

D

DÖW — Bibliothek

Handbibliothek

des österreichischen Widerstandes



JAHRBUCH

1986

16228

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

JAHRBUCH 1986

Redaktion: Siegwald Ganglmair

*Bibliothek
Dokumentationsarchiv
des Österreichischen
Widerstandes*

Österreichischer Bundesverlag, Wien

Österreichischer Bundesverlag, Gesellschaft m. b. H., Wien
© 1986 by Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien
Printed in Austria
Umschlaggestaltung: Atelier Fuhrherr, Wien
Hersteller: Plöchl-Druckgesellschaft m. b. H. & Co. KG., 4240 Freistadt
ISBN 3-215-06387-5

INHALT

Vorwort

HERBERT MORITZ

Festvortrag anlässlich der Jahresversammlung 1985 des
Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

7

NORBERT SCHAUSBERGER

Sieben Jahre deutsche Kriegswirtschaft in Österreich
(1938-1945)

10

WOLFGANG NEUGEBAUER

Was ist Widerstand?

61

ERICH FRIED

Geschichten von meiner Großmutter

72

DU WEN TANG

Für Mauthausen

76

BRIGITTE GALANDA

Rechtsextremismus und Rassismus in Österreich

78

HANS LANDAUER (OPERSCHALL)

La Bisbal und der "Zweite Einsatz"

86

PETER EPPEL

Der Schwerpunkt Exilforschung im Dokumentationsarchiv
des österreichischen Widerstandes

104

PETER EPPEL

Ferienspiel - Aktion "Friede ist mehr" - Jugendwettbewerb
1986 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Wider-
standes zum Thema "Holocaust"

113

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN
WIDERSTANDES

Jahresbericht 1985

115

Die Autoren

122

VORWORT

Den "eigenen Beitrag" Österreichs zu seiner Befreiung im Sinne der Moskauer Deklaration der Alliierten von 1943 zu dokumentieren war das Hauptmotiv bei der Gründung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) im Jahre 1963 und ist ein zentrales Anliegen seiner Tätigkeit bis heute. Unter Berücksichtigung der Schwerpunkte Widerstand und Verfolgung - Exil - Rechtsextremismus wurden aus kleinsten Anfängen zum einen ein Archiv, eine wertvolle Spezialbibliothek sowie verschiedene wissenschaftliche Sammlungen aufgebaut, zum anderen sah sich das DÖW stets als eine Stätte der Forschung mit der Aufgabe, durch umfassende Veröffentlichungen sowohl zur wissenschaftlichen Diskussion als auch zur Information der breiten Öffentlichkeit beizutragen.

Für diese seine umfangreichen wissenschaftlichen Vorhaben verfügt das DÖW über mehrere Publikationsreihen, wie "Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern 1934-1945", "Österreicher im Exil", "Erzählte Geschichte", doch für andere einschlägige Arbeiten, die sich beispielsweise durch Teilnahme der DÖW-Mitarbeiter an Tagungen oder Symposien ergeben, sind die Möglichkeiten einer Veröffentlichung beschränkt.

Um diesen Engpaß zu beheben, beschloß das DÖW die Herausgabe eines Jahrbuchs, in dem neben Artikeln, Tagungsberichten, Referaten etc. auch Berichte über wissenschaftliche Aktivitäten des DÖW, ferner Auszüge aus biographischen Manuskripten, Faksimiles von aufschlußreichen Dokumenten und ausführlichere Rezensionen ihren Platz finden sollen. Darüber hinaus werden die jeweilige Festansprache anlässlich der Jahresversammlung und der Jahresbericht des DÖW als regelmäßige Beiträge im Jahrbuch aufscheinen.

Innerhalb des zeitgeschichtlichen Rahmens, den sich das DÖW setzt, sollen freilich die drei erwähnten und im vorliegenden Jahrbuch behandelten Forschungsakzente keineswegs als eine thematische Einschränkung gesehen werden. Auch der Mitarbeiterkreis ist weder auf die Mitglieder des Archivs allein beschränkt noch auf jene des DÖW-Vorstands und Kuratoriums, die jedoch speziell zur Mitarbeit eingeladen sind.

Unser Dank gilt im besonderen Herrn Erich Fried für das Überlassen seiner unveröffentlichten Erzählung über seine Großmutter, Herrn Prof. Du Wen Tang für sein spontan niedergeschriebenes Gedicht anlässlich einer Besichtigung des KZ Mauthausen sowie Herrn Univ. Prof. Norbert Schausberger für seine Ausführungen über die Eingliederung Österreichs in die Rüstungswirtschaft Großdeutschlands. Herr Markus Paul besorgte in dankenswerter Weise die Reinschrift des Manuskripts.

Das DÖW ist bemüht, als überparteiliche Institution, deren Vorstand und Kuratorium Vertreter verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtung angehören, über alle innenpolitischen Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre hinweg, einen Geist österreichisch-demokratischer Zusammenarbeit zu pflegen. Dieser Absicht dient auch das Jahrbuch; es soll zugleich zur Vielfalt zeitgeschichtlicher Periodika in Österreich beitragen.

BUNDESMINISTER HERBERT MORITZ

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER JAHRESVERSAMMLUNG DES DOKUMENTATIONSARCHIVS DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES AM 12. MÄRZ 1985 IM GEMEINDERATSSITZUNGS-SAAL DES ALTEN RATHAUSES, WIEN

Meine Herren Präsidenten des Nationalrates, Herr Vizekanzler, meine Herren Bundesminister, sehr geschätzte Herren Botschafter, meine Damen und Herren.

Es wird mir heute abend die hohe Auszeichnung und darüber hinaus die persönliche Freude zuteil, Ihnen zum festlichen Anlaß die Grüße und die Wünsche des Herrn Bundespräsidenten zu vermitteln. Der Herr Bundespräsident hat mich gestern spätabends davon in Kenntnis gesetzt, daß er zum Staatsbegräbnis nach Moskau fliegen müsse, und er hat mich ersucht, in seiner Vertretung, an seiner Stelle heute hier zu Ihnen zu sprechen. Ich bitte Sie, meine verehrten Damen und Herren, um Verständnis dafür, daß ich nicht einen wohlausgefeilten, gut überlegten Festvortrag, sondern nur eine Improvisation, einige persönliche Marginalien zum großen Thema zu bieten habe.

Die Republik Österreich und das österreichische Volk werden in diesem Jahr der 40. Wiederkehr der Befreiung Österreichs und des Wiedererstehens der Republik gedenken. Das österreichische Volk wird sich daran erinnern, daß vor 30 Jahren der Abschluß des Staatsvertrages gelungen ist und daß am 26. Oktober 1955 die fremden Besatzungsmächte unser Land verlassen haben, nachdem der Nationalrat das Neutralitätsgesetz beschlossen hatte. Aber meine Damen und Herren, wir alle sind uns in diesem festlichen Jahr sehr wohl bewußt, daß der Befreiung 1945, dem Jahr der Wiedererlangung unserer vollen Souveränität, ein 12. März 1938 vorausgegangen ist, ein Tag, an dem Österreich - wie es die Alliierten in der Moskauer Deklaration von 1943 bestätigt haben - zum Opfer der Hitleraggression geworden ist.

Aber wir, meine Damen und Herren, wir Österreicher, wissen ganz genau, daß an diesem Tag ein langer Prozeß der Selbstaufgabe Österreichs zu Ende gegangen ist. Österreich ist nicht nur unter den Stiefeln des Hitlerfaschismus zugrunde gegangen, es ist letztlich schon daran gescheitert, daß es in der Ersten Republik kein Vertrauen in die Lebensfähigkeit dieses Staates gegeben hat und daß ein sehr erheblicher Teil unserer Bevölkerung auch von tiefen Zweifeln an der Funktionstüchtigkeit unserer parlamentarischen Demokratie erfüllt war. Dem 13. März 1938 sind mehrere aufeinanderfolgende, nicht bewältigte, tiefgreifende Wirtschaftskrisen mit Massenheeren von Arbeitslosen vorangegangen. Es sind diesem Tag die Auflösung des Parlaments, das Verbot demokratischer Parteien vorange-

gangen, und es hat schließlich den furchtbaren Bürgerkrieg im Februar 1934 gegeben. Spät unternommene Versuche, die damals aufgerissenen Gräben zwischen den politischen Kräften und den Menschen Österreichs zuzuschütten, sind nicht mehr wirksam geworden, sie haben den Sieg des Hitlerregimes nicht mehr verhindern können. Und schon in jenen März- und Aprilwochen sind die ersten langen Züge westwärts gerollt, mit den ersten Opfern der Verfolgung, die in die Gefängnisse, in die Konzentrationslager, viele Tausende von ihnen auch in die Gaskammern geschickt wurden und nicht mehr zurückgekommen sind. An diese Opfer wollen wir uns an diesem Abend erinnern. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß in den Gefängnissen, in den Konzentrationslagern Hitlers die eigentliche Wiedergeburt Österreichs stattgefunden hat. Denn die Gegner von einst, die einander an Barrikaden gegenüberstanden waren, sie hatten unter dem Eindruck der geschichtlichen Erfahrung einander geschworen, es niemals mehr zuzulassen, daß es in Österreich wieder einen Bürgerkrieg geben würde, daß noch einmal Hunderttausende dem Elend der Wirtschaftskrise ausgeliefert werden dürften. Damals ist diese Zweite Republik in den Herzen einiger weniger wiederbegründet worden. Und dieser Geist hat sich manifestiert bereits im April 1945, als man unter rauchenden Trümmern, unter den letzten Bränden des Zweiten Weltkrieges darangegangen ist, diese Republik wiedererstehen zu lassen aus einer gemeinsamen Kraftanstrengung jener demokratischen Kräfte, die in den Konzentrationslagern, in den Gefängnissen zueinander gefunden haben. Auch ihnen, den Gründungsvätern dieser Republik, sind wir zu tiefem Dank und Respekt verpflichtet.

Wir haben aber auch ein Erbe übernommen, das uns Verpflichtung zu bedeuten hat. Die Republik hat sich in 40 Jahren erstaunlich entwickelt. Wir haben ein hohes Maß an wirtschaftlichem Wohlstand und an wirtschaftlicher Stabilität erreicht. Wir bieten unseren Menschen ein hohes Maß an sozialer und auch physischer Sicherheit. Wir verfügen über wohlgeordnete staatliche Organe, die ihrer Funktion jederzeit nachzukommen in der Lage sind. Und wir haben alle Grundlagen dafür geschaffen, auch mit Krisen jederzeit fertig zu werden. Schmerzliche Ereignisse der jüngsten Wochen gerade haben meines Erachtens erwiesen, daß der Faschismus hier ein für allemal seine Rolle ausgespielt hat.

Meine Damen und Herren, wir sollten daher allen jenen, die aus einer vielleicht begreiflichen Verbitterung des Augenblicks, unter dem Eindruck von Wählerentscheidungs- und auch Meinungsumfrageergebnissen glauben, wir befänden uns in einer Systemkrise, und die nach einer Dritten Republik rufen, doch mit allem gebotenen Ernst entgegentreten und ihnen gegenüber auf die Kontinuität dieser Republik pochen, die alle Voraussetzungen dafür bietet, mit den ihr gestellten Aufgaben auch in Zukunft fertig zu werden.

Meine Damen und Herren, Österreich wird auch in schweren Zeiten bestehen können, wenn es gelingt, ein Mindestmaß an guter wirtschaftlicher Entwicklung zu sichern, den Menschen das Gefühl zu geben, daß sie in

einem freien, in einem Rechtsstaat leben, daß ihre wohlverworbenen Ansprüche gewahrt werden und daß vor allem die Jugend die Chance hat, sich frei und ungebunden zu entwickeln. Natürlich ist Demokratie kein endgültiger Zustand. Demokratie ist ein ständig wählender Prozeß. Unsere politische Ordnung hat sich den geänderten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Verhältnissen anzupassen. Sie hat immer danach zu streben, sich zu vervollkommen, den demokratischen Prozeß der Willensbildung zu verfeinern, und vor allem danach zu trachten, daß der Österreicher sich nicht als Untertan fühlt, sondern als ein mündiger, kritischer Staatsbürger aufgerufen ist, nicht nur am Wahltag mit dem Stimmzettel mitzuentcheiden, sondern dem es aufgegeben ist, täglich mitzudenken, täglich mitzuhandeln und täglich mitzuverantworten, was in dieser Republik geschieht. Auf solche Weise hat sich die Republik geöffnet, sie hat eine offene Form der Demokratie entwickelt, sie hat bewiesen, daß sie auch zum Umdenken fähig ist, wenn es die Verhältnisse erfordern.

Ich glaube also, daß wir das Erbe, das uns die Gründungsväter unserer Republik, das uns die Opfer der faschistischen Verfolgung hinterlassen haben, daß wir es gut verwaltet haben, daß wir es, wie ich glaube, ohne Sorge an unsere Nachkommen werden weitergeben können. Aber noch einmal soll in dieser Stunde des Gedenkens die Erinnerung daran stehen, was einst den Untergang mitverschuldet hat, was wir an Mitschuld an diesem Untergang alle mitzutragen haben, und daß wir aus der historischen Erfahrung heraus zu lernen versuchen, aus alten Fehlern zu lernen, sie nicht mehr zu wiederholen.

Wir denken in dieser Stunde an Österreich, an seine Menschen, an eine gute Zukunft unseres Landes.

NORBERT SCHAUSBERGER

SIEBEN JAHRE DEUTSCHE KRIEGSWIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH (1938-1945)

Kurz nach der Annexion Österreichs sowie im Zusammenhang mit der Eingliederung des Sudetengebietes in das Deutsche Reich bezeichneten sowohl der Wehrwirtschaftsstab im OKW (1) als auch der Sonderberater im Reichswirtschaftsministerium, Hans Kehrl, der maßgeblich an der ökonomischen Integration Österreichs beteiligt war, (2) Österreich als einen Modellfall bzw. als ein Muster für die rasche und erfolgreiche Indienstnahme externer Volkswirtschaften durch die deutsche Kriegswirtschaft. Tatsächlich bot sich in der Alpenrepublik die erste Möglichkeit, bereits seit 1936 vorliegende Planungen zu verifizieren und für weitere Expansionsfälle entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Im vorliegenden Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit Österreich als ein Modellfall angesehen werden kann, wenn es darum geht, Planung und Durchführung einer Wirtschaftsstrategie zu beurteilen. Das österreichische Beispiel bietet dafür insofern eine günstige Gelegenheit, da es sich um einen kleinen Wirtschaftskörper handelte, der leicht überschaubar und relativ gut dokumentiert ist.

Die deutsche Globalkonzeption ging bekanntlich von folgenden Überlegungen aus:

- Deutschland ist in bezug auf sein Gesamtpotential den möglichen Gegnern eindeutig unterlegen.
- Dieser Nachteil kann durch schrittweises Hinzugewinnen von Wirtschaftspotential soweit ausgeglichen werden, daß Erfolgchancen in einer weltweiten Auseinandersetzung bestehen.
- Die Eingliederung zusätzlicher Ressourcen soll, solange dies möglich ist, auf friedliche Weise vor sich gehen; erst wenn durch Zuwarten der deutsche Rüstungsvorsprung gefährdet erscheint, müssen militärische Mittel angewendet werden.
- Als erste Expansionsobjekte wurden von Hitler in der Besprechung in der Reichskanzlei vom 5. 11. 1937 Österreich und die Tschechoslowakei avisiert ("Bei günstiger Gelegenheit").

Diese strategische Konzeption basierte zunächst auf der totalen Mobilisierung der eigenen Reserven durch den Vierjahresplan und auf der Erreichung einer militärischen und rüstungstechnischen Überlegenheit. Das Deutsche Reich mußte also früher und stärker aufrüsten und als erstes den wirtschaftsexpansiven Weg beschreiten. Das Mittel zu diesem Zweck war die Blitzkriegsstrategie, (3) die, nicht nur operativ, sondern globalstrategisch angelegt, als Ausdruck spätimperialistischer Machtpolitik durch schrittweise Eroberung der europäischen Länder eine Hegemonial-

stellung auf dem Kontinent und so einen verteidigungsfähigen Großwirtschaftsraum gewinnen und damit eine reale Basis für den Kampf um die Weltmacht erreichen sollte. Dabei nahmen die Nationalsozialisten an, durch flexible, der Kriegslage angepaßte Schwerpunktbildung in der Rüstung einer totalen Kriegswirtschaft ausweichen zu können.

Nach der Stabilisierung der Macht im Inneren kündigte sich eine Aktivierung der deutschen Außenpolitik bereits im Sommer 1936 an, als informierte Kreise in Berlin annahmen, daß Hitler in Zukunft "die einzelnen Probleme in einer bestimmten Reihenfolge" anfassen werde, um die Großmächte von einer Partei- und Anteilnahme an diesen Vorgängen fernzuhalten. Ihrer Meinung nach zählten die Tschechoslowakei, Danzig und Österreich zu den nächsten "Opfern". (4) Die eigentliche Wende von der inneren Ausschöpfung kriegswirtschaftlicher Ressourcen zum Ausgriff über die Reichsgrenzen erfolgte in der deutschen Planung aber im Jahre 1937, als die massive Aufrüstung an die Grenzen ihrer ökonomischen Möglichkeiten gelangt war und die Gefahr bestand, Vorsprung und Tempo der Rüstung nicht aufrechterhalten zu können. Die krisenhafte Situation in der deutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1937/38 ergab sich zusammengefaßt u. a. aus folgenden Problemen: (5)

- Der Devisenbestand war auf ein besorgniserregendes Maß abgesunken.
- Die Rohstoffbevorratung, vor allem an Eisenerz, Stahlveredlern und Buntmetallen, hatte einen Tiefstand erreicht.
- Die Verknappung der Arbeitskräfte, vor allem der Facharbeiter, wurde extrem spürbar.
- Ein zunehmender Mangel an freien Industriekapazitäten trat auf.
- Das ungünstige Produktionsverhältnis zwischen Normalstahl und Edelstahl (= bevorzugter Rüstungsstahl) hemmte eine große Rüstungsausweitung.
- Die Importabhängigkeit auf dem Nahrungsmittelsektor blieb trotz der "Ernährungsschlachten" bestehen.

Hitler drängte daher bei der Geheimbesprechung mit der obersten Führung, die am 5. November 1937 in der Reichskanzlei stattfand, auf eine Beschleunigung bei der Weiterverfolgung des Etappenplanes, denn die "einzige Abhilfe läge in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes", aber "die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger in unmittelbarem Anschluß an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen." (6) Aus der Niederschrift Hoßbachs über diese Besprechung, in der ausdrücklich Österreich und die Tschechoslowakei als erste deutsche Expansionsziele genannt wurden, geht die Entschlossenheit Hitlers hervor, bereits im Jahre 1938 jeden günstigen Zeitpunkt dafür auszunutzen. (7) Man wußte im Deutschen Reich nicht nur über die damalige Wirtschaftslage Österreichs genauestens Bescheid, sondern hatte sich seit 1936 auch eingehend mit der ökonomischen und strategischen Bedeutung der Alpenrepublik für Deutschland beschäftigt. Es existieren Analysen des österreichischen

Potentials vom Wehrwirtschaftsstab, vom Statistischen Zentralamt, vom Reichswirtschaftsministerium, von der Vierjahresplanbehörde sowie von zahlreichen Institutionen der deutschen Privatwirtschaft, insbesondere von den Großbanken. (8) Sie kamen dabei zu einer eindrucksvollen Zusammenstellung dessen, was Deutschland bei einer Eingliederung des Landes erwarten könnte:

- Der Gebiets- und Menschenzuwachs würde Deutschland zum größten und mächtigsten Staat in Europa außer der Sowjetunion machen.
- Deutschland würde eine gemeinsame Grenze mit dem Achsenpartner Italien und einen direkten Zugang zu dem rohstoffreichen Balkanraum gewinnen.
- Die Tschechoslowakei würde militärisch-strategisch in eine Situation hoffnungsloser Umklammerung durch das Deutsche Reich geraten.
- Die militärische Stärke der deutschen Wehrmacht würde um mindestens 8 bis 10 Divisionen anwachsen.
- Die steirischen und kärntnerischen Eisenerze würden die prekäre Lage in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie fühlbar entlasten und könnten bei weiterem Ausbau die devisa-intensiven Eisenerzeinfuhr um fast die Hälfte herabsetzen.
- Kleinere, andere österreichische Erzvorkommen (Mangan, Wolfram, Blei, Zink, Antimon, Kupfer) würden eine zusätzliche Ersparnis auf dem Devisensektor bringen.
- Die damals zweitgrößten Magnesit- und Graphitlager der Welt in Österreich würden nicht nur den gesamtdeutschen Bedarf decken, sondern noch hohe Exporterlöse in Devisen ermöglichen.
- Die neuerschlossenen Erdölfelder im Weinviertel würden bei forcierendem Ausbau das größte deutsche Rohölvorkommen und damit einen besonderen Wert darstellen.
- Das deutsche Holzdefizit würde durch den Anschluß fast zur Gänze gedeckt werden können.
- Außerordentlich wichtig für die deutsche Energieversorgung würde ein großzügiger Ausbau der österreichischen Wasserkräfte, vor allem von alpinen Speicherwerken und Flußkraftwerken sein.
- Um das Aufrüstungstempo auch umfangmäßig beibehalten zu können, würden die zahlreichen leerstehenden österreichischen Industriekapazitäten hochwillkommen sein.
- Von besonderem Nutzen für die deutsche Rüstungsindustrie würde die hochentwickelte österreichische Edelmetallindustrie sein, die infolge ihrer Qualitätsprodukte eine weltweit anerkannte Position einnahm.
- Außerordentlich hilfreich würde auch die Eingliederung von rund einer halben Million österreichischer Arbeitsloser in die bereits unter schwerem Arbeitskräftemangel leidende deutsche Wirtschaft sein,

wobei Zehntausenden hochqualifizierten Ingenieuren und Facharbeitern eine besondere Bedeutung für die Rüstungsindustrie zukommen würde.

Für die momentane Lage der deutschen Rüstungswirtschaft am begehrtesten waren aber wohl die österreichischen Gold- und Devisenvorräte. Die restriktive Wirtschaftspolitik des autoritären Regimes, die der Währungsstabilität einen absoluten Vorrang eingeräumt hatte, führte im Laufe der Jahre zur Anhäufung eines ansehnlichen Gold- und Devisenschatzes in Österreich, der nicht produktiv verwendet - etwa zur Arbeitsbeschaffung -, sondern zur Währungsdeckung gehortet wurde. Während die Deutsche Reichsbank Ende 1937 bloß über rund 90 Millionen Reichsmark an Gold und Devisen verfügte - eine bedenkliche Größe in bezug auf den ungeheuren Bedarf einer rohstoffabhängigen Riesenrüstung -, befanden sich allein in den Tresoren der Österreichischen Nationalbank zum selben Zeitpunkt rund 471 Millionen Schilling, d. s. rund 235 Millionen Reichsmark nach der ökonomisch ungerechtfertigten Parität zwischen Schilling und Reichsmark. Erst nach dem Anschluß konnte der gesamte Gold- und Devisenwert, der dem Deutschen Reich durch die Valutenablieferungspflicht und die Nationalbank-Beute in die Hand fiel, berechnet werden. Demnach gewann Deutschland 2,7 Milliarden Schilling, d. s. 1,4 Milliarden Reichsmark (nach der ungünstigen Parität), oder den 18fachen Betrag der damaligen deutschen Gold- und Devisenbestände. (9) Dadurch erhalten Dimension und Bedeutung der deutschen Anschluß-Forcierung um die Jahreswende 1937/38 erst ihr wirkliches weltpolitisches Gewicht: Das Deutsche Reich konnte mit dem Gewinn Österreichs kurzfristig seine kritische wirtschaftliche Situation überwinden sowie Tempo und Vorsprung der Rüstung durch mindestens neun Monate, d. h. bis über die nächste Expansion hinaus, aufrechterhalten.

Die erste deutsche Expansion als Probefall

Es war kein Zufall und von langer Hand vorbereitet, daß Österreich das erste Ziel der deutschen Expansion wurde; die Motive eines Anschlusses aus wirtschaftspolitischen und militär-strategischen Überlegungen reichen bis in den Ersten Weltkrieg zurück, wurden selbst von der Weimarer Republik im verborgenen betrieben und bildeten bei Hitler das erste und zunächst wichtigste außenpolitische Postulat. Die nationalen Emotionen und eine ungehemmte Propaganda - von der "Wiedervereinigung zweier Brudervölker", der die unglückliche These der austro-faschistischen Regierung seit 1934 von den "beiden deutschen Staaten" nur entgegenkam - sowie die künstlich am Leben gehaltene Legende von der "Lebensunfähigkeit" der Republik Österreich, die von der unzweckmäßigen Wirtschaftspolitik der Verantwortlichen scheinbar untermauert wurde, dies alles verdeckte die über die nationalen Aspirationen weit hinausgehenden Intentionen der deutschen politischen und wirtschaftlichen Führung, Österreich als Basis für ein erstes Ausgreifen nach dem Südosten zu gewinnen. Zweifellos wurden die deutschen Intentionen durch die ungünstige Wirtschaftslage Österreichs nach 1918 außerordentlich begünstigt. Der Zu-

sammenbruch der Monarchie im Ersten Weltkrieg hinterließ der jungen Republik auf wirtschaftlichem Gebiet bedeutende Strukturschwierigkeiten. Die inflationäre Entwicklung im Krieg hatte die Währung völlig derangiert, der kleine Nachfolgestaat konnte sich vorläufig nicht durch die eigene Landwirtschaft ernähren, und besonders die Industrie geriet in eine verhängnisvolle Krise. Sie hatte die meisten Rohstoffquellen - vor allem die Kohlenbasis - verloren und verfügte über eine Kapazität, die weit über den nun zusammengeschrumpften, für Massenproduktion kaum geeigneten Binnenmarkt hinausreichte. Bei dieser tristen Ausgangsbasis war die überwiegende Mehrzahl der österreichischen Betriebe gezwungen, schlagartig von einer geschützten Binnenindustrie auf eine konkurrenzumtoste Exportindustrie umzuschalten. Das erforderte Rationalisierung und Erhöhung der Produktivität. Zur Reorganisierung wären aber große Kapitalmittel notwendig gewesen. Es ist eine der tragischen Wendemarken in der Geschichte der Ersten Republik, daß es nicht gelang, die entsprechenden Gelder im Inland flüssig zu machen. Der chronische Kapitalmangel war schließlich eine der Hauptursachen für die stagnierende Investitionstätigkeit und Krisenempfindlichkeit der österreichischen Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit. Es war kein Wunder, daß das ausländische Großkapital die Expansionschancen, die sich nun in Österreich boten, nicht ungenutzt ließ. So gab es zur Inflationszeit Anfang der Zwanziger Jahre kaum ein größeres Wiener Bankinstitut, an dem nicht ausländisches Kapital beteiligt gewesen wäre, wobei englisches und französisches Kapital dominierte. Anders als im Bankensektor sah es bei den Direktbeteiligungen des Auslandskapitals an Industrieunternehmungen in Österreich aus. In diesem Bereich dominierte eindeutig Deutschland.

Die Schwerpunkte der deutschen Direktbeteiligungen lagen bei der Montanindustrie (25 % in deutscher Hand), bei der elektrotechnischen Industrie (19 %), bei der Maschinen- und Metallindustrie (7 %) sowie bei der chemischen Industrie (4 %). (10) Als besonderes Interessensobjekt fungierte Österreichs größter Industrie- und Bergbaubetrieb, die Alpine Montangesellschaft, die 1926 an die Vereinigten Stahlwerke Düsseldorf fiel, dem größten deutschen Stahl- und Rüstungskonzern. Auch der Ausbau der Hydro-Ressourcen in Westösterreich erfolgte vornehmlich mit deutschem Kapital; insgesamt beherrschten deutsche Unternehmen vor 1938 mindestens 10 % der österreichischen Großindustrie. Neben den Direktbeteiligungen gab es dazu noch andere Formen der deutschen Penetration Österreichs, die sich in fast allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft auswirkten. (11)

Nach dem Juli-Abkommen von 1936 entwickelten die Nationalsozialisten schließlich die sogenannte "Evolutionstheorie" zur politischen und wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs, die vor allem seit dem deutschen Achsenbündnis mit Italien sehr rasch zur außenpolitischen Isolierung der Alpenrepublik führte. Im Jahre 1937 nun fielen zwei Tendenzen in bezug auf die österreichische Wirtschaft zusammen: Einerseits das größer werdende deutsche Interesse, die Verfügungsgewalt über die alpenländischen Ressourcen zu erlangen, und andererseits eine deutliche Belebung der

österreichischen Produktions- und Exportindustrie auf Grund der internationalen Rüstungskonjunktur. Österreich begann sich also gerade zu erholen, als die deutsche Expansion erfolgte. In diesem Zusammenhang muß man allerdings erwähnen, daß die Arbeitslosenzahlen nur sehr langsam sanken. 1937 hatte Österreich zwar gegenüber dem Höhepunkt der Krise im Jahre 1933 fast 200.000 Menschen wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert, aber mit über 400.000 Arbeitslosen blieb die Alpenrepublik noch immer das Land mit der relativ höchsten Zahl der Beschäftigungslosen in Europa. Dieser Umstand wurde von der nationalsozialistischen Propaganda geschickt ausgenutzt, sodaß viele - vor allem junge - Österreicher vom Anschluß an Deutschland eine Besserung ihrer materiellen Situation erwarteten und sich nach dessen Vollzug willig in die deutsche Hochleistungswirtschaft eingliedern ließen. Abgesehen von der inneren Schwäche des österreichischen Staates, konnte Hitler kaum eine günstigere internationale Konstellation für die konkrete Inangriffnahme seiner weitreichenden Pläne finden als im Frühjahr 1938. Seit dem letzten deutschen Coup, der die Weltöffentlichkeit erregt hatte, waren zwei Jahre vergangen, und die politische Lage hatte sich durch den Frontwechsel Italiens sehr zugunsten des Deutschen Reiches entwickelt. Mit der wachsenden Annäherung der beiden faschistischen Großmächte war das Österreichproblem für Italien zweitrangig geworden; die Ambitionen Mussolinis wandten sich immer stärker dem mediterranen Raum und der Schaffung eines neuen "Imperium Romanum" zu. Andererseits hatte auch das Interesse der Westmächte an der Unabhängigkeit der Alpenrepublik stark nachgelassen: Weder Großbritannien noch Frankreich waren bereit, sich wegen einer mitteleuropäischen Streitfrage in einen Konflikt hineinzuziehen zu lassen. Nach dem Berchtesgadner Abkommen vom 12. Februar 1938, das ohne reale Gegenleistung Deutschland beträchtliche Vorteile brachte und von dem Hitler überzeugt war, "daß bei voller Durchführung die Österreich-Frage automatisch gelöst werde", (12) ging es den Nationalsozialisten vor allem darum, einen größeren Substanzverlust der österreichischen Wirtschaft zu verhindern. In einem Lagebericht des deutschen Außenamtes heißt es z. B.:

Seit dem 17. Februar 1938 hat plötzlich eine außerordentlich starke Kapitalflucht eingesetzt, die zu einem erheblichen Absinken der österreichischen Anleihewerte /.../ führte. Schillingnoten werden in großen Mengen schwarz über die Grenze gebracht, sodaß eine Notierung seit gestern abend nicht mehr stattfinden konnte. Diese Entwicklung ist für das Reich zunächst nicht ungünstig, man wird jedoch sehr genau aufpassen müssen, daß die Aushöhlung der österreichischen Währung und damit auch der Wirtschaft nicht zu weit geht. Es kann sich hier wahrscheinlich nur um Tage handeln /.../ Aufgrund viertägiger genauer und umfassender Beobachtung muß festgestellt werden, daß der Durchbruch restlos gelungen und viel tiefgehenderer Art ist, als man mancherorts im Reich annimmt /.../ In jüdischen Kreisen ist man überzeugt, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann Österreich politisch und wirtschaftlich mit dem Reich vereinigt wird. Der Zusammenbruch ist ein derartig totaler, daß unter der Voraussetzung, daß eine Beschleunigung der Entwicklung dem Führer in sein außenpolitisches Konzept paßt, durch bestimmten Nachdruck seitens des Reiches innerhalb der nächsten Wochen eine Reihe entscheidender Positionen

erobert werden können. (13)

Bekanntlich vollzog sich der weitere Ablauf sehr rasch: Am 12. März überschritten deutsche Truppen die österreichische Grenze, und tags darauf verkündete Hitler den Anschluß. Der deutsche Expansionsschlag war ohne militärischen Kampf gelungen; die Leichtigkeit, mit der die erste Erprobung der Blitzkriegsstrategie über die weltpolitische Bühne lief, ließ Hitler bald die militärischen Pannen vergessen, die sich während des improvisierten Einmarsches der Deutschen Wehrmacht abgespielt hatten. (14) Während sich also das operative Blitzkriegsinstrument im Frühjahr 1938 noch als wenig zuverlässig herausstellte - erst bei der nächsten Expansion im Sudetenland legte die Wehrmacht eine gelungene Bewährungsprobe ab -, mußte sich nun zeigen, ob wenigstens die kriegswirtschaftliche Nutzbarmachung der ersten hinzugewonnenen Volkswirtschaft modellhaft durchexerziert werden konnte.

Die erste Eingliederung einer externen Volkswirtschaft

Um die vorhin gestellte Frage gleich vorwegzunehmen: Ein Modellfall für die Kriegswirtschaft war die Eingliederung Österreichs nur in eingeschränktem Maße - höchstens ein Musterbeispiel für die ungehemmte, private wie staatliche Besitzergreifung einer fremden Volkswirtschaft. Unter dem Vorwand der Arbeitsbeschaffung vollzog sich die größte Besitzumschichtung in der Geschichte Österreichs. Abgesehen von einigen Großprojekten, die für die Blitzkriegsstrategie von Bedeutung waren, standen die deutschen Investitionen in keinem Verhältnis zu den realen Gewinnen, die das Reich durch die Annexion Österreichs erzielte. Das soll nun nicht heißen, daß es 1938/39 keine positiven Effekte für den Alpenraum bzw. für die deutsche Kriegswirtschaft gab. Der stimulierende Bedarf der deutschen Kriegswirtschaft führte im Alpenraum zu einer raschen Ankurbelung der Wirtschaft. (15) Die hektische Betriebsamkeit in den ersten Monaten nach dem Anschluß konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei der Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in die nunmehr großdeutsche keine einheitliche Politik verfolgt wurde. Vielmehr stießen verschiedene, einander oft ausschließende Interessen zusammen. Auf der einen Seite standen die deutschen Konzerne und das Großkapital, die sich - im Bewußtsein ihrer Stärke und Unentbehrlichkeit im Rahmen der Hitlerschen Aufrüstung - die Eingliederung der Ostmark als einen willkommenen Beutezug vorstellten. Auf der anderen Seite überkreuzten sich drei staatliche Interessensrichtungen: Die NS-Wirtschaftsführung (Göring und sein Ausführungsgehilfe Funk) betrachtete Österreich als gerade rechtzeitig - wegen der Vierjahresplanschwierigkeiten - gewonnenes Rohstoffgebiet, das noch dazu über große unausgenützte Reserven an Arbeitskräften und Industriekapazitäten verfügte und eine dringend benötigte Aufbesserung der Devisenbestände brachte. Eine größere Investitionstätigkeit kam für sie nur dort in Frage, wo es um die ursprünglichen Ziele des Vierjahresplanes ging, das heißt,

wenn die Autarkisierung und Rüstung gefördert wurde. Besonders bemerkenswert war der Wettlauf zwischen den deutschen Montan-Monopolen inklusive den Göring-Werken und dem IG-Farben-Konzern um die Industriewerte in Österreich. Für die NSDAP und die Staatsführung dagegen bedeutete eine erfolgreiche Belegung der österreichischen Wirtschaft eine unerhörte Prestigeangelegenheit und eine einmalige Bewährungsprobe der zwar nebulösen, aber lautstark propagierten Wirtschaftstheorien des Nationalsozialismus. Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit war daher ihr erklärtes Hauptziel. Als "Heimat des Führers" erfuhr Österreich von dieser Seite manche echte Förderung, besonders den Ausbau der Industrie in Oberösterreich muß man auch unter diesem Gesichtspunkt sehen. Schließlich spielten die Interessen der Wehrmacht - in der Wirtschaft vertreten durch die sofort eingerichteten Wehrwirtschaftsinspektoren des OKW - eine immer bedeutendere Rolle. Zunächst standen sie im Schatten der Partei und der Industrie, mit der Ausweitung der Rüstungsanstrengungen wurde die Rolle der Wehrmacht aber ständig größer.

Eine weitreichende Maßnahme der Anschlußtage war die Auswechslung der Führungsgarnitur sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Reichskommissar Bürckel hat in einem Aufruf vom 8. Mai 1938 klar ausgedrückt, daß die alten nationalsozialistischen Kämpfer das Recht beanspruchen könnten, in die führenden Positionen einzuziehen. Neben den einheimischen Parteileuten wurden aber auch zahlreiche Reichsdeutsche in die Schlüsselstellungen eingesetzt. Noch im Mai 1938 gab es infolge der dauernden Posten-Neu- und -Umbesetzungen große Schwierigkeiten auch für die privaten Unternehmungen. Damit verknüpft war eine Besitzumschichtung größten Ausmaßes. Ziel dieser Politik, die sowohl vom Staat als auch von der Großindustrie betrieben wurde, war es, die volle Verfügungsgewalt über die österreichische Industrie zu gewinnen und gegen Papiermark wertvolle Sachwerte in die Hand zu bekommen. Nach der Eigentumsumschichtung stellte man als nächste Phase die österreichische Industrie bewußt in den Dienst der deutschen Wirtschaft. Darunter verstand man Rationalisierung, Angleichung der Erzeugungskosten an die des Reiches, Koordinierung und Vereinfachung der Produktionsprogramme sowie Konzentrationsmaßnahmen.

Im einzelnen standen nach legislatorischer Vorbereitung Maßnahmen im Rahmen der Beschäftigungspolitik und der raschen Rohstoffausbeute bzw. der Ausbau von Großprojekten im Vordergrund, die mit den österreichischen Ressourcen in Zusammenhang standen. Bereits am 15. März 1938 ordnete Hitler die Gültigkeit des Vierjahresplanes für Österreich an und setzte Wilhelm Keppler zum "Reichsbeauftragten für Österreich" ein, mit dem Auftrag, die wirtschaftliche Eingliederung des Landes in die Wege zu leiten. Göring persönlich - als Beauftragter für den Vierjahresplan - verkündete am 26. März 1938 in Wien ein sogenanntes "Aufbauprogramm für Österreich", welches stark von beschäftigungspolitischen und propagandistischen Überlegungen, aber auch von langfristigen kriegswirtschaftlichen Erfordernissen geprägt war. Unter der Devise "Hauptziel ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit" wurden 17 Programmpunkte von

Göring aufgezählt: (16)

1. Durch die Art der Festsetzung des Umrechnungskurses sei es ermöglicht worden, mit der Reichsmark in Österreich zu arbeiten und zu wirtschaften.
2. Sofortige Auszahlung der Clearingpitze von 60 Millionen, die nun die Fabrikanten in voller Höhe für ihre Lieferungen erhalten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, dieses Kapital wieder in Arbeit umzusetzen.
3. Aufhebung der Zölle.
4. Maßnahmen, die die unmittelbare Aufrüstung betreffen: Bau von Kasernen und Flugplätzen, von Flugzeugen und Flugzeugfabriken, Inbetriebnahme der Wiener-Neustädter-Flugzeugfabrik, Ausbau der Rüstungsindustrie.
5. Maßnahmen für die mittelbare Aufrüstung, d. h. Erschließung sämtlicher Produktionsreserven und Erstellung neuer Produktionswerkstätten.
6. Ausnützung der Wasserkraft: Unverzügliche Errichtung eines Kraftwerkes in den Hohen Tauern und eines bereits projektierten Kraftwerkes bei Grein an der Donau sowie verschiedener kleinerer Einzelprojekte. Damit im Zusammenhang sollte die Donauregulierung erfolgen.
7. Hebung der österreichischen Bodenschätze, und zwar: Ausbau und Steigerung der Produktion der Alpenen Montanwerke zunächst bis zum doppelten Ausmaß und Erschließung weiterer Erzvorkommen durch die Reichswerke Hermann Göring. Die für Franken projektierten Hüttenwerke sollen in Linz erbaut werden. Die Planung dieses Werkes müsse bis Ende April vollzogen und der Bau im Mai begonnen werden. Ferner Erweiterung des bisherigen Abbaus der Kupfervorkommen in Tirol sowie der sonstigen Vorkommen von Blei, Kupfer, Magnesit, Mangan usw.
8. Förderung der Erdölgewinnung im Wiener Becken. Bohrtürme seien aus dem Reich heranzuführen.
9. Ausbau der chemischen Industrie, da die hiesige Kohle durch ihr großes Schwelvermögen eine beträchtliche Verflüssigung zu Benzin und Leichtöl gewährleiste.
10. Sofortige Inbaunahme einer Zellstofffabrik auf Hartholzgrundlage.
11. Bessere Ausnützung des Holzes durch eine bessere Organisation und eine gewissenhafte Abholzung.
12. Sofortige Inangriffnahme des Baues von 1100 km Reichsautobahn auf der Strecke München-Salzburg und Salzburg-Linz-Wien, ferner von Passau nach Linz, schließlich von Wien-Radstadt-Salzburg mit Abstecher nach Graz. Ferner werde das sonstige Straßennetz einer Neuregelung unterzogen.
13. Bau von zwei Donaubrücken, davon eine bei Linz. Ferner seien noch zwei weitere Donaubrücken projektiert.
14. Neubau von Eisenbahnlinien. Ausbau bisheriger Schmalspurbahnen zu Vollspurbahnen.
15. Beschleunigter Bau des Rhein-Main-Donaukanals.
16. Planung und spätere Durchführung eines Donaugroßhafens in Wien.
17. Maßnahmen auf landwirtschaftlichem Gebiet: durchgreifende Wild-

bachregulierung, Gewinnung und Befruchtung der Hochtäler und Hochmoore, Drainagearbeiten; ferner Einfuhr von verbilligtem Kunstdünger, Kredite für den Ausbau der Höfe, Scheunen, Ställe und Silos, Neuregelung und Verbesserung des gesamten landwirtschaftlichen Kreditwesens.

Während die kapitalstarke deutsche Privatindustrie mehr ein Interesse an den Arbeitskraftreserven und den unausgenutzten Produktionskapazitäten für Unterlieferungen hatte und weniger am forcierten Ausbau der österreichischen Industrie und damit der Konkurrenz, gingen die Überlegungen der staatlichen Vierjahresplanbehörde von einer Ausweitung der Rohstoffbasis und kriegswirtschaftlich wichtiger Grundindustrien aus. Das zeigt die "Erste Ermittlung zur Aufstellung eines Vierjahresplanes für das Land Österreich", die noch im März 1938 im Reichswirtschaftsministerium erstellt wurde und in der als vordringliche Maßnahmen galten: (17)

1. Ausbau der Wasserkraftwerke, um die Mangellagen in Bayern zu beheben und die Energiebasis für die später zu errichtende chemische und Leichtmetallindustrie zu gewinnen.
2. Steigerung der Braunkohlenförderung, gegebenenfalls als Basis für zwei Werke zur synthetischen Benzinerzeugung mit 300.000 bis 400.000 t Jahreskapazität.
3. Die Eisenerzförderung auf 4 Mill. t zu erhöhen unter Ausbau der Transportwege und der Hochofenkapazität.
4. Forcierung des sonstigen Bergbaus mit Schwerpunkt auf Kupfer, Blei, Zink, Arsen, Antimon, Magnesit, Talk und Graphit.
5. Großzügiger Ausbau von Aluminiumwerken auf der Basis der Wasserkräfte mit 15.000 t und 25.000 t Jahresproduktion. Die notwendige Tonerdefabrik sollte an der Donau in der Nähe von Wien (ca. 100.000 Jahrestonnen) errichtet werden.
6. Erdölförderung war mit allen Mitteln zu steigern, die Raffineriekapazität zu erweitern.
7. Bau einer Stickstoffanlage von 60.000 bis 100.000 Jahrestonnen.
8. Zur Versorgung der gut ausgebauten österreichischen Textilindustrie ist der Bau einer Zellwollefabrik (mit ca. 15.000 Jahrestonnen) zu erwägen.

Die hochgeschraubten Planungen konnten im weiteren Verlauf, vor allem nach Ausbruch des Krieges, nicht in die Realität umgesetzt werden. Bloß die Erz- und Erdölförderung sowie die Aluminium-, Stickstoff- und Zellstoffproduktion erreichten einigermaßen die Planziele. Der kapitalaufwendige Bau von Großkraftwerken, der Straßen-, Bahn- und Kanalbau wurden bald wieder stillgelegt. Der augenscheinlichste Effekt der deutschen Aktivitäten war eindeutig die rasche Senkung der Arbeitslosenzahlen: Bereits Anfang 1939 war die Zahl der Beschäftigungslosen auf 156.000 gesunken, und bei Kriegsbeginn herrschte Vollbeschäftigung. (18) Dabei darf allerdings der Aderlaß an hochqualifizierten Facharbeitern und Technikern nicht übersehen werden, den Österreich erlitt. Allein 1938 gingen etwa 100.000 österreichische Fachkräfte - zum Teil zwangsvermittelt - nach Deutschland und hinterließen eine Lücke, die während des ganzen Krieges nicht mehr geschlossen werden konnte. (19)

Auch viele andere Maßnahmen des Deutschen Reiches können nicht mit rein kriegswirtschaftlichen Erfordernissen motiviert werden; so war z. B. die ungeheure Besitzumschichtung schlicht ein Beutezug und keine Notwendigkeit für die Stärkung der Rüstung. Gleichsam im Gefolge der deutschen Truppen kamen die Vertreter der Konzerne und der Großfinanz nach Österreich, um sich von den NS-Behörden das Vorverkaufsrecht auf Industrie- und Bankbeteiligungen zu sichern. Meist wurden die österreichischen Besitzer unter dem Druck der neuen Machthaber dazu bestimmt, ihre Beteiligungen zu stark ermäßigten Kursen an deutsche Gesellschaften abzugeben. Besonders günstig war im Rahmen der "Arisierungen" das jüdische Eigentum zu haben. (20) Dazu kam, daß das gesamte direkte staatliche Eigentum der Republik Österreich sofort in den Besitz des Deutschen Reiches übergang. Das galt nicht nur für den Gold- und Devisenschatz der Nationalbank, dessen Bedeutung für die Fortführung der deutschen Blitzkriegsstrategie schon erwähnt wurde, sondern auch für alle österreichischen Staatsbeteiligungen.

Innerhalb kürzester Zeit gelangten so fast der gesamte österreichische Kreditapparat und der überwiegende Teil der Großindustrie in deutsche Hände. So war es möglich, daß der deutsche Anteil an den wichtigsten Unternehmungen Österreichs, der vor dem Anschluß rund 10 % betrug, während der Annexion auf über 80 % anstieg. Aufschlußreich in dieser Hinsicht ist ein Blick auf die Unternehmenssparten, in denen die stärkste deutsche Durchdringung erfolgte: (21)

Wirtschaftszweig	Deutscher Anteil in %	
	1938	1945
1. Banken (mit großen Industrie-Anteilen)	8	83
2. Berg- und Hüttenwesen	25	72
3. Elektrotechnische Industrie	19	72
4. Chemische Industrie	4	71
5. Maschinen- und Metallindustrie	7	54
6. Holzindustrie	0	39

Geringe Durchdringungsgrade weisen dagegen die Papier-, Nahrungsmittel- und Bauindustrie auf. "Daraus ist in unvergleichlicher Art der kriegswirtschaftliche und rüstungskonjunkturelle Charakter der deutschen Durchdringung der österreichischen Wirtschaft abzuleiten." (22) Nach dem Krieg erwuchs aus dieser Situation das Problem des "Deutschen Eigentums", dessen kostspielige materielle Lösung eine Voraussetzung für den Abschluß des Staatsvertrages von 1955 darstellte.

Nicht in demselben Tempo wie die privatwirtschaftliche Durchdringung Österreichs vollzog sich die Eingliederung des Landes in die eigentliche Rüstungsendfertigung. Investitionen wurden von der Wehrmacht vor allem zur Erweiterung und Rationalisierung bestehender Rüstungswerke getätigt; für Neubauten wurde bis 1. Oktober 1938 der relativ geringe Betrag von

30 Mill. RM ausgeschüttet. (23) Die beiden größten Rüstungsvorhaben, deren Bau noch 1938 in Auftrag gegeben wurde, deuteten bereits den künftigen Schwerpunkt der Rüstungsindustrie im österreichischen Raum an: Die Reichswerke Hermann Göring in Linz als Hüttengroßprojekt mit einem später angeschlossenen Panzerwerk einerseits und die Wiener-Neustädter-Flugzeugwerke andererseits. Mit einem Aufwand von rund 100 Mill. RM begann bereits im April 1938 der Ausbau von Wiener Neustadt zu einem Zentrum der deutschen Luftrüstung. (24) In Schnellbauweise wurden hier die Wiener-Neustädter-Flugzeugwerke (WNF), ein Lizenzbetrieb von Messerschmitt, errichtet, später eines der "größten Jägerwerke des Reiches". Ansonsten wurden bis 1. Oktober 1938 von der Wehrmacht in erster Linie Unterlieferungen nach Österreich vergeben sowie kleinere Auftragsposten an Lastkraftwagen, Gewehren, Pioniergeräten, Nachrichtengeräten und Munition. (25) Das gesamte deutsche Auftragsvolumen in Österreich betrug im Jahre 1938 annähernd 450 Mill. RM, eine bescheidene Summe im Vergleich zu den Werten, die dem Deutschen Reich durch die Annexion in die Hände gefallen sind. (26)

Zusammengefaßt kann in bezug auf die rüstungswirtschaftliche Nutzbarmachung Österreichs gesagt werden, daß eine solche zunächst nur in wenigen Sektoren erfolgt ist (Edelstahl, Rohstoffe, KFZ-Industrie). Das mag damit zusammenhängen, daß ursprünglich aus ideologisch-politischen Gründen ganz andere Pläne mit der nunmehrigen "Ostmark" bestanden. Bekanntlich versuchte der Nationalsozialismus, die österreichische Identität auszulöschen und die historisch gewachsene Einheit des Landes zu zerschlagen. Zu diesem Zweck wurde versucht, vor allem Wien als bisheriges Kommunikationszentrum auszuschalten, wurde jeder NS-Reichsgau direkt Berlin unterstellt und alles beseitigt, was noch an die ehemalige Einheit erinnern konnte. Österreich wurde zuerst die "Ostmark", und als selbst das noch gefährlich erschien, zu den "Alpen- und Donaureichsgauen". Auch auf wirtschaftlichem Gebiet war eine völlige Umstrukturierung vorgesehen. Der Westen Österreichs sollte ganz den Rohstoff- und Energiebedürfnissen des "Altreiches" untergeordnet werden (dort daher sofortiger Ausbau und Aufschwung), der Osten mit Wien dagegen sollte in einer künftigen europäischen Großraumwirtschaft das deutsche Ausstrahlungszentrum nach Südosteuropa bilden und danach ausgerichtet werden. Da es sich hierbei aber um eine langfristige Planung handelte, die augenblicklich noch keinen Gewinn abzuwerfen versprach, zögerte man im Osten Österreichs mit dem Einsatz großzügiger Investitionen. Das trug ebenso zu dem gegenüber dem Westen verlangsamten Aufschwung in Wien bei wie die bekannte Animosität der obersten Reichsführung der Donaumetropole gegenüber, die sich in der sogenannten "Bereinigung der Hypertrophie der Wiener Wirtschaft" auch auf ökonomischem Gebiete äußerte. (27) Das große Rüstungs- und Exportprogramm vom Herbst 1938 blieb auf die österreichische Industrie jedenfalls ohne sonderliche Auswirkung, ebensowenig wurde eine nennenswerte Rüstungs-Endfertigung in Österreich erzielt. Österreich war also eher ein erstes Erfahrungsobjekt für die weitere Expansion, ein Modellfall höchstens in bezug auf die

rasche Inbesitznahme der wirtschaftlichen Ressourcen eines hinzugewonnenen Landes, wie auch das nächste Beispiel des Sudetenlandes zeigen sollte.

Die größte wehrwirtschaftliche Bedeutung der Eingliederung Österreichs lag offensichtlich in der neuen geostrategischen Position des Deutschen Reiches: Die Tschechoslowakei befand sich in einer militärisch hoffnungslosen Lage, und das Reich ragte nunmehr "weit in den kriegsversorgungswirtschaftlich überaus bedeutsamen europäischen Südosten hinein". (28) Nach dem geglückten Coup in Österreich war Hitlers Selbstvertrauen so weit gestärkt, daß die Methode des weiteren Vorgehens deutlich zu erkennen war. Hitler baute darauf, "bei jeder sich bietenden Gelegenheit - also vor allem bei jeder irgendwie gearteten internationalen Krise oder Schwächeerscheinung im Bereiche anderer Staaten - auf diese oder jene Weise dem Endziel näherzukommen". (29) Jetzt kam es darauf an, Deutschland in einen Zustand zu bringen, "in dem es mit Aussicht auf den größten Erfolg in die zu erwartende politische Auseinandersetzung über die Großraumlösung eintreten konnte". (30) Der Österreich-Anschluß bedeutete eine entscheidende Kräfteverlagerung und einen wichtigen Schritt Hitlers auf dem Weg zur Herrschaft über Südosteuropa. Das ganze System der Kleinen Entente, des Balkanpaktes und der französischen Balkanpolitik hatte damit einen tödlichen Schlag erhalten. Die verschiedenen Sicherungsmaßnahmen, die Hitlers Vordringen in den Donauraum bremsen oder verhindern sollten, seit dem Zusammengehen Mussolinis mit dem Dritten Reich ohnehin geschwächt, verloren nun ihre prophylaktische Wirkung. Der nüchterne Kommentar des sowjetischen Außenkommissars Litwinow zum Anschluß: "Die politische wie wirtschaftliche Selbständigkeit Ungarns und aller Donaustaaten werde unter dem Vordringen und dem riesigen Übergewicht des Deutschen Reiches leiden, und wenn sie keinen entsprechenden Widerstand leisten können, würden sie ihre Unabhängigkeit verlieren", (31) wurde zwar in den Balkanländern vernommen, die Furcht vor dem Kommunismus war aber bei den Donaustaaten größer als die Aversion gegen Hitler. Die meisten von ihnen ließen sich alsbald in die deutsch-italienische Antikominternfront einordnen. Österreich und vor allem Wien dienten nun als Sprungbrett für die weitere Durchdringung des Südostens. "Die Öffnung des Südostraumes für die deutsche Kriegsversorgung" wurde von militärischen Stellen als ein besonders wertvoller wehrwirtschaftlicher Zuwachs der Österreich-Okkupation bezeichnet. (32)

Der Übergang zur kriegsmäßigen Wirtschaft in Österreich

Am Beispiel Österreichs zeigt es sich deutlich, daß die Nutzbarmachung von hinzugewonnenen Gebieten durch die deutsche Wirtschaft von der Blitzkriegsstrategie bestimmt war. Sie war so lange kurzfristig geplant, als Hitler die einzelnen Expansionsphasen mit sogenannten "Verdauungsphasen" alternieren konnte. Die Ausbeutung der okkupierten Länder be-

stand daher vornehmlich in der Sicherstellung von kriegswirtschaftlichem Potential. Die ökonomische "Verdauung" Österreichs hatte entgegen früheren Absichten etwa ein Jahr gedauert. Nach dem Zwischenspiel der Einverleibung des Sudetenlandes konnte im März 1939 der nächste deutsche Expansionsschub gegen die Rest-Tschechei erfolgen, um sich in den Besitz des dortigen kriegswirtschaftlichen Potentials zu setzen, welches noch beträchtlich über dem Österreichs lag. Dadurch hatte sich aber die weltpolitische Lage erheblich verschärft, und es mußte damit gerechnet werden, daß die nächste Ausweitungsaktion des Deutschen Reiches nicht mehr ohne Waffeneinsatz vor sich gehen werde. In Deutschland setzte um diese Zeit daher die Phase der "kriegsmäßigen Friedenswirtschaft" ein, das heißt, man hielt die Rüstungsindustrie für flexibel und den erzielten Rüstungsvorsprung für groß genug, um im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung den Beanspruchungen gewachsen zu sein. Die Friedensproduktion lief ungestört weiter, um das Volk bei der Stange zu halten. Hitler wollte beides: Kanonen und Butter. Die für einen etwaigen langandauernden Krieg notwendigen Rohstoff- und Produktionskapazitäten sollten - wie schon erwähnt - die einzeln zu führenden Blitzkriege bringen. Diese, am Vorabend des Kriegsausbruches in der deutschen Führung maßgebende Ansicht sprach am deutlichsten Carl Krauch vor dem Generalrat des Vierjahresplanes aus: "Heute wie 1914 scheint die deutsche politische und wirtschaftliche Lage - eine von der Welt belagerte Festung - eine rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten zu verlangen." Da der "Wirtschaftsraum in Großdeutschland zu klein" sei, müsse eine "Großraumplanung" unter "Einbeziehung des südosteuropäischen Wirtschafts- und Rohstoffraumes" durchgeführt werden. "Deutschland muß das eigene Kriegspotential und das seiner Verbündeten so stärken, daß die Koalition den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen ist." (33)

Es war daher nach dieser Auffassung Hitlers gar nicht notwendig, die Wirtschaft zu sehr von ihren Friedensaufgaben abzulenken und eine Tiefenrüstung auf weite Sicht zu betreiben, sondern es genügte, die Wirtschaft in einem Zustand dauernder Mobilmachung zu halten, um sie für die jeweiligen Überraschungsschläge schnellstens bereit zu haben. Die Rüstung sollte nur in der Intensität und Größe betrieben werden, als dies für die Niederringung des nächsten Gegners notwendig erschien. Hitlers Überzeugung, daß es, wenn überhaupt mit den Westmächten, dann nur zu einem kurzen Krieg kommen werde, geht auch aus einem Dokument des Wehrwirtschaftsstabes (34) hervor, welches - gerade zu einem Zeitpunkt, als sich Hitler entschlossen hatte, "Polen bei erster passender Gelegenheit anzugreifen" - infolge der Rohstoffschwierigkeiten von gebremsten Zuteilungen für die Wehrwirtschaft spricht. Demzufolge müsse man ab Anfang 1940 mit einem allgemeinen Lieferabfall bei Waffen und einer Krise in der Munitionsversorgung rechnen. Nach Hitlers Blitzkriegskonzeption sollte der Krieg aber bis dorthin bereits gewonnen sein. Die organisatorisch zweigeteilte deutsche Wirtschaft lief zwar schon seit Monaten in einem Zustand der Mobilmachung, der Blick blieb aber nur auf die Rü-

stungsendfertigung gerichtet, eine Ausweitung der Produktionsbasis fand nur im Rahmen der Blitzkriegsaufgaben, das heißt in beschränktem Umfang, statt. Man kann diese Phase der deutschen Wirtschaft (etwa vom März bis August 1939) gut mit "kriegsmäßiger Produktion im Frieden" charakterisieren. Durch Rohstoffkontingentierung, Arbeitslenkung und Investitionsverbote in der Friedensindustrie war die kriegsmäßige Ausrichtung der Wirtschaft lange vor Ausbruch des Kampfes durchgeführt. Deutschland trat im September 1939 also mit einer Rüstung in den Kampf ein, die für einen kurzen Krieg geeignet war, der es aber für den Fall eines langen zermürbenden Materialkrieges an der nötigen Tiefe fehlte.

Als besondere Engpaßgebiete, die der Vierjahresplan trotz aller gegen- teiligen Propaganda und trotz Vorratslagerung nicht hatte beseitigen können, müssen die Versorgung mit Treibstoffen und Rüstungsmetallen genannt werden. Sehr unangenehm war auch die ungünstige Situation auf dem Gummisektor, da sie zu immer größeren Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Motorisierung führte. Aber selbst in der unmittelbaren Rüstung waren keine allzu großen Reserven vorhanden. Von der geforderten Viermonatsbevorratung fehlten bei den meisten Ausrüstungsgegenständen über die Hälfte, bei der Munition sogar durchschnittlich zwischen 45 und 95 %. (35)

Die "kriegsmäßige Friedenswirtschaft" führte in Österreich zu einem gewissen Anstieg der Rüstungsproduktion. Knapp vor Kriegsausbruch arbeiteten in der ehemaligen Alpenrepublik bereits 243 Rüstungsbetriebe; Hindernisgeräte und Stellungsbaumaterial für den überstürzt angeordneten Ausbau des Westwalles standen an vorderster Stelle der Dringlichkeit. Von den traditionellen österreichischen Rüstungsfirmen wurden nun die ersten Produkte der umgestellten Erzeugung abgeliefert: zum Beispiel von Schoeller-Bleckmann in Ternitz Aufbauten für Panzerspähwagen und von den Steyr-Werken die ersten Karabiner K 98. Die Ausbautätigkeit erreichte knapp vor Kriegsbeginn ihre ersten Ziele. Drei Werke für die Panzer- bzw. Panzerteileproduktion (Nibelungenwerk St. Valentin, Böhler Kapfenberg und Eisenwerke Oberdonau in Linz), drei Werke für die Geschützfertigung (Schoeller-Bleckmann Ternitz, Gußstahl Judenburg und Elin Weiz), zwei Werke für Flugzeugteile (Heinkel Jenbach und Messerschmitt Kematen) sowie zahlreiche Betriebe für die Munitions-, Bomben- und Nachrichtengerätefertigung wurden in Bau gegeben. Am weitesten fortgeschritten präsentierten sich die Wiener-Neustädter-Flugzeugwerke, die am 30. März 1939 stolz die "Fertigstellung des ersten allein aus den Mitteln der Ostmark" erzeugten Flugzeuges meldeten. (36) Angesichts der drohenden Kriegsgefahr setzte in den Monaten vor Kriegsausbruch auch eine größere Aktivität in der Erkundung und Neuaufschließung von Erz- und Minerallagerstätten ein. In Österreich wurde vor allem die Eisenerz- und Erdölförderung forciert; die erstere stieg seit 1937 um über 1 Mill. t, die letztere sogar um 350 %. (37) Aber auch völlig unbedeutende oder als unrentabel bekannte Vorkommen wurden nun wieder in Abbau genommen.

Wie im gesamten deutschen Einflußbereich gab es bei Kriegsbeginn auch in Österreich keine entscheidende Umorientierung der Wirtschaft, geschweige denn eine totale Mobilisierung des kriegswirtschaftlichen Potentials. Im Verhältnis zu den möglichen Gegnern hatte das Deutsche Reich einen deutlichen Vorsprung in der Kriegsbereitschaft erreicht, große Umstellungen schienen daher entbehrlich. In Österreich wirkte sich die Phase der "kriegsmäßigen Friedenswirtschaft" - seit September 1939 auch "friedensmäßige Kriegswirtschaft" genannt - gegenüber dem "Alt-reich" teilweise sogar hemmend aus, da die deutschen Kreditgesetze in der "Ostmark" erst am 1. Oktober 1939 wirksam wurden. Bis dorthin mußte die alpenländische Rüstungsindustrie mit öffentlichen Beihilfen oder Eigenmitteln auskommen, was ein stark verspätetes Anlaufen der österreichischen Betriebe zur Folge hatte. Besondere Schwierigkeiten gab es auf dem Munitionssektor. Auf Grund des Blitzkriegskonzepts, nach dem mit einem schnellen Sieg gerechnet wurde, war die langfristige Planung und Vorbereitung der Munitionserzeugung gegenüber der Produktion von Waffen vernachlässigt worden. Auf diesem Gebiet zeigten sich aber sehr bald die Grenzen der von Hitler geforderten Flexibilität der Rüstung. Jede Änderung der Munitionsprogramme - Hitler verfügte sie ad hoc nach seinem Urteil über den augenblicklichen Bedarf, was zu fortwährenden Umstellungen führte - beeinträchtigte den Ausstoß. Werkzeugmaschinen, Arbeits- und Meßlehren sind sozusagen die "Hauptkampfmittel" der Industrie. Ohne ihre rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung, die nicht improvisiert erfolgen kann, ist der Anlauf einer neuen Fertigung unmöglich. Infolge Fehlens einer langfristigen Planung und der chronischen Devisenknappheit ist die Lehrenbeschaffung völlig unzureichend geblieben und in dem Moment zum größten Engpaß geworden, als die Forderung nach einer beschleunigten und stark erhöhten Munitionserzeugung gestellt wurde. Die lange Zeit unregelmäßige Lehrenfrage war schließlich zum Teil verantwortlich dafür, daß sich der Anlauf der Munitionsfabriken um viele Monate verzögerte und die dadurch verursachte Munitionskrise des Winters 1939/40 zu einem Revirement in den Führungsstellen der Waffen- und Munitionserzeugung führte, weil Hitler das Heereswaffenamt für das Versagen verantwortlich machte. Besonders in Österreich wirkte sich der Mangel an Lehren und Werkzeugmaschinen für die an erster Dringlichkeitsstufe stehende Munitionsfertigung stark aus. Irgendwelche bedeutende Lehrenbuanstanalten gab es nicht, und es verging viel Zeit, bis die geeigneten Lieferfirmen erkundet und belegt waren. Aber auch für die Beschaffung der Kokillen und Rohlinge war nicht entsprechend vorgesorgt. Bis das große Munitionsprogramm im Sommer 1940 in Österreich vor dem Anlauf stand, war es überholt und wurde abgeblasen. (38)

Auf Grund einer Anordnung Görings über die Einschränkung der Bauwirtschaft vom 11. Oktober 1939 (39) erfuhren in Österreich auch die Investitionen für Neubauten im Herbst 1939 wieder eine spürbare Verminderung und führten sogar zu einem weiteren Abzug von Arbeitskräften nach Deutschland. Von einer vollen Integration der "Ostmark" in die deutsche Kriegswirtschaft konnte also 1939 noch keine Rede sein, im

Gegenteil: Während die Rohstoffausbeute und die Energiegewinnung vorangetrieben wurden, verblieb die österreichische Wirtschaft zum Teil wie während der Zwischenkriegszeit in der Rolle des "Rand- und Grenzproduzenten".

Die Kriegswirtschaft in Österreich während der Blitzkriegsphase

Mit der Errichtung eines Ministeriums für Bewaffnung und Munition am 17. März 1940 unter Fritz Todt wurde eine Neuordnung vor allem in der bisher unbefriedigend arbeitenden Munitionsindustrie durchgeführt. In der Munitionserzeugung sah man damals die Schlüsselproduktion für die Kriegsentscheidung, in sie gingen noch 1940 rund 2/5 des gesamten kriegsindustriellen Aufwandes. Schließlich wurde gerade sie besonders forciert, weil man eine neuerliche Munitionskrise wie im Winter 1939/40 vermeiden wollte. Inzwischen war das Unternehmen gegen Dänemark und Norwegen beendet und der Feldzug im Westen im erfolgreichen Vorschreiten. Die günstige Wendung in der Kriegslage veranlaßte die deutsche Führung, ganz im Sinne der Blitzkriegsstrategie, die ersten rüstungsmäßigen Schwerpunktverlagerungen anzuordnen. Anfang Juni 1940 zeichnete sich der völlige Zusammenbruch Frankreichs bereits ab, Hitler befahl daher, die Planung für eine Umsteuerung der Rüstung auf die Geräte einzuleiten, die für den Krieg gegen Großbritannien unmittelbar notwendig seien. (40) Schließlich folgte am 9. Juli 1940 der OKW-Erlass über die Umsteuerung der Rüstung, (41) der alle vorangegangenen Einzelmaßnahmen noch einmal zusammenfaßte und richtungweisend für die nächste Zeit sein sollte. Demzufolge galten unter allgemeiner Zurückstellung der Munitionsproduktion als besonders vordringlich: U-Boot-Programm, Ju-88-Programm einschließlich Bombenausrüstung der Luftwaffe und die Ausstattung der Schnellen Truppen.

Das neue Programm befand sich noch kaum im Stadium der tatsächlichen Umsetzung, als es schon wieder umgestoßen wurde. Inzwischen war nämlich - auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge - die Hoffnung Hitlers auf einen vorübergehenden Kompromißfrieden mit Großbritannien, der ihm wieder eine längere Phase zur "Verdauung" der immensen Beute in Westeuropa gesichert hätte, geschwunden. Der Plan für einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion begann bereits im Juli 1940 bei der obersten deutschen Führung konkretere Formen anzunehmen. Hitler glaubte, mit der bisher erfolgreichen Blitzkriegsstrategie auch die UdSSR niederwerfen zu können. Am 28. September 1940 unterzeichnete Hitler daher den "Erlass zur Steigerung der Rüstung", (42) um bis zum Frühjahr 1941 das Feldheer auf eine Stärke von 180 Divisionen zu bringen und zugleich das Marine- und Luftwaffenprogramm fortzuführen; auch die Munitionsdrosselung wurde wieder zurückgenommen. Von einer vollen Mobilisierung der Wirtschaft für den Krieg war aber auch jetzt nicht die Rede, man baute so fest auf den Sieg im Jahre 1941, daß jede Planung auf weitere Sicht unterlassen wurde. Die wirtschaftlichen Versäum-

nisse des Winters 1940/41 konnten von Deutschland nie mehr aufgeholt werden, die Blitzkriegsphilosophie hatte das Bewußtsein über die wahren Kräfteverhältnisse in der Welt entscheidend getrübt. Neue große Umänderungen der Programme und Dringlichkeiten standen wieder bevor. Es war schließlich keine nur rhetorische Frage, als in diesem Chaos von Sonderstufen und Umsteuerungen General Thomas bei Generalfeldmarschall Keitel anfragte, was nun "eigentlich wirklich am wichtigsten" sei. (43) Die Antwort darauf gab Hitler selbst beim Empfang der Rüstungsinspektoren in der Reichskanzlei am 11. Dezember 1940, als er erklärte, daß die dauernden Änderungen in den Aufgaben für die einzelnen Industriezweige nicht Fehldispositionen der Führung seien, sondern die Aufgaben je nach der politisch-militärischen Lage gestellt werden. Er müsse auch in Zukunft die volle Wendigkeit der Rüstungswirtschaft fordern. (44) Damit umriß er noch einmal eindeutig das Prinzip der Blitzkriegsrüstung: am wichtigsten ist das, was momentan gebraucht wird! Ein schneller Sieg über die Sowjetunion, den Hitler in der euphorischen Stimmung des Sommers 1940 mit einer einzigen großen Kraftanstrengung für möglich hielt, sollte das Deutsche Reich rohstoff- und kräftemäßig in die Lage versetzen, den Kampf um die Weltherrschaft auch mit den USA, deren Eingreifen in den Krieg bald befürchtet werden mußte, aufzunehmen.

In Österreich verursachten die ständigen Programmänderungen außerordentliche Schwierigkeiten. In der Munitionsindustrie herrschte ein totales Chaos; viele Betriebe, die wieder umstellen sollten, wichen in die Marine- und Luftwaffenfertigung aus. Alle großen Rüstungswerke beklagten einen Mangel an Facharbeitern und konnten die Planziele nicht erfüllen. Mit ständig steigenden Ausstoßzahlen arbeitete eigentlich nur die Jägerproduktion in Wiener Neustadt. Die Ausweitung des Bedarfs der deutschen Flugzeugindustrie zeigte sich im Baubeginn eines Leichtmetallwerkes in Berndorf, eines Bord-MG-Werkes in Kufstein und von zwei Großwerken der Holzfaserplattenerzeugung für den Flugzeugbau in Kärnten. In Moosbierbaum schließlich wurde 1940 im Rahmen der Erweiterung der deutschen Treibstoffbasis ein Werk zur Erzeugung von Hochleistungs-Flugtreibstoff in Angriff genommen. Ebenfalls in die 1. Dringlichkeitsstufe gesetzt wurde das Donauschiffbauprogramm, durch das der nötige Tankraum für die wichtigen rumänischen Ölimporte geschaffen werden sollte. Auf diesem Gebiet war in erster Linie die Linzer Schiffswerft beschäftigt. (45)

Eine neue Etappe der Kriegswirtschaft in Österreich leitete der deutsche Überfall auf die Sowjetunion ein. Bereits nach den ersten Anfangserfolgen in Rußland stellte die deutsche Führung allerdings schon Überlegungen für die "Zeit nach Barbarossa" an. Der neuen Situation trug die Weisung Hitlers vom 14. Juli 1941 Rechnung, die eine Neuregelung der Dringlichkeitsstufen brachte. In dieser Weisung wurde gesagt: "/.../ die Niederwerfung Rußlands erlaubt es, den Umfang des Heeres demnächst wesentlich zu verringern." Dabei handelte es sich aber um keinen allgemeinen Rüstungsstopp, sondern die schon vor dem Ostfeldzug begonnene Schwerpunktverlagerung wurde nun definitiv. Der Luftrüstung blieb die

Spitzenstellung gesichert; in der Dringlichkeit gleichrangig folgten nun der Ausbau der Leichtmetall-, Buna- und Mineralölerzeugung. Das U-Boot-, Flak- und Panzerprogramm erfuhr keine Veränderungen. Die übrigen Heereserfordernisse, vor allem wieder die Munitionserzeugung, sollten dagegen stark gedrosselt werden. Die Kriegswirtschaft war auf die Aufgaben umzustellen, die das Jahr 1942 mit der Sicherung des europäischen Kontinents gegen die USA und Großbritannien mit sich bringen würde. Eine Kapazitätsausweitung und eine größere Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte in der deutschen Rüstung wurde aber noch immer nicht für notwendig erachtet. Mit den zu erobernden sowjetischen Industriekapazitäten hielt man den europäischen Großraum auch für verteidigungsfähig. Besonderer Ausdruck dieses Programms und zugleich Höhepunkt des ökonomischen Blitzkriegskonzepts war das am 23. Juni 1941 absegnete "Göringprogramm", welches eine gigantische Luftrüstung in Angriff nehmen, aber auch die Leichtmetall- und Treibstoffbasis stark erweitern sollte. (47)

Auf Grund der neuen Konstellation setzte daher auch in Österreich eine verstärkte Ausbautätigkeit ein, von der die Rüstungsinspektion in Wien berichtete: "Wie nirgend anderswo im Reich sind im Wehrkreis XVII eine Reihe von großen Werken des Krauchplanes (Aluminiumwerke Ranshofen und Flugbenzinwerk Moosbierbaum) sowie des Flugmotorenprogramms (Ostmark-Werke) zum Teil im Anlaufen, teils in Bau, deren Kräftebedarf eine ungeheure Belastung bringt." (48) Das Jahr 1941, vornehmlich das 2. Halbjahr, brachte in Österreich somit die bisher größte rüstungswirtschaftliche Ausweitung. Vor allem durch den härter werdenden Luftkrieg verwandelte sich das Nachhinken der österreichischen Rüstungsindustrie hinter der reichsdeutschen in eine stetige Aufwärtsentwicklung. Die momentan noch luftgeschützte Lage führte in steigendem Ausmaß zu Verlagerung von Betrieben in den Alpenraum. Österreich begann der "Luftschuttkeller des Reiches" zu werden, und mit den Verlagerungen setzte auch ein Zustrom von Maschinen und Kapital, nicht aber von Arbeitskräften ein. Der bis Ende 1942 geplante Anlauf der Ostmark-Flugmotorenwerke in Wiener-Neudorf, an deren Bau 7700 Arbeiter tätig waren, erforderte einen beschleunigten Ausbau der Zubringerindustrie, die im sogenannten "Industriehorst-Liesing" konzentriert werden sollte. Die Deckung des Energie- und Arbeitskräftebedarfes wurde auch bald zum Hauptproblem.

Im Sommer 1941 ging noch ein weiteres Großprojekt in Österreich seiner Vollendung entgegen. Am 17. August 1941 nahm die Ostmärkische Mineralölgesellschaft in ihren Anlagen im neuen Ölhafen Lobau die Destillation von Rohöl mit einem stündlichen Durchsatz von 30 t auf. Der Wiener Raum erhielt durch den Ölumschlag und die Ölverarbeitung eine zunehmende Bedeutung in der deutschen Treibstoffwirtschaft. (49) Schließlich erfuhr der Linzer Raum eine weitere Aufwertung, als am 15. Oktober 1941 der 1. Hochofen der Hütte Linz angeblasen wurde. (50) Damit war die Grundlage gelegt für ein neues Zentrum der Schwerindustrie in Österreich, das die Rohmaterialversorgung der vorgesehenen großen Panzer-

und Panzerteilefabrikationsstätten, des Nibelungenwerkes St. Valentin und der Eisenwerke Oberdonau in Linz, übernehmen konnte. Laut Führerbefehl vom 20. Juni 1941 blieben Panzer als einzige Heeresgeräte in der obersten Dringlichkeitsstufe. Für die Steigerung ihrer Produktion wurden auch in Österreich neue Kapazitäten erschlossen. So wurde ein Teil der Wiener Automobilfabriken in die Ausweitung der Panzererzeugung einbezogen ebenso wie viele Klein- und Mittelbetriebe in der Obersteiermark.

Inzwischen war aber im Dezember 1941 vor Moskau der Blitzkrieg endgültig gescheitert, und die USA waren in den Krieg eingetreten. Nicht nur in militärischer Hinsicht, ebenso auf dem kriegswirtschaftlichen Sektor bedeutete die Katastrophe vor Moskau die eigentliche Wende des Krieges. Das Blitzkriegskonzept, das Deutschland die totale Mobilisierung ersparen und dennoch den Sieg bringen sollte, konnte jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden. Auch in der Kriegswirtschaft mußte sich das Deutsche Reich auf die Bedingungen eines langandauernden Krieges umstellen, für die es nicht vorbereitet war.

Die Umstellung auf volle Kriegswirtschaft in Österreich

Infolge der weit unterschätzten Widerstandskraft der Sowjetunion war das Deutsche Reich im Winter 1941/42 in eine Lage geraten, die eine Forcierung der großwahn sinnigen Welteroberungspläne mittels der Blitzkriegsstrategie nicht mehr erlaubte. Ja, noch mehr: Spätestens Anfang Dezember 1941 dämmerte es Hitler selbst, daß das Scheitern der Konzeption vom Blitzkrieg den Krieg zu einem langandauernden Kräfte messen mit den überlegenen Ressourcen der UdSSR und der USA machen würde. Da selbst den deutschen Vorstellungen zufolge eine solche Konstellation unbedingt zu vermeiden war - sie bot keine realen Chancen auf einen Sieg -, war die nun gescheiterte Blitzkriegsstrategie entwickelt worden. Der leichfertige vom Zaun gebrochene Krieg war also in Wirklichkeit verloren; die Frage lautete nur mehr: Wie lange kann er von Deutschland noch geführt werden? In der Ungewißheit des Zeitfaktors erblickte die deutsche Führung noch eine geringe Hoffnung, wenigstens einen Remisfrieden retten zu können, denn es war nicht abzuschätzen, welche politischen Möglichkeiten sich ergeben könnten, wenn es dem nationalsozialistischen Deutschland gelänge, noch jahrelang fanatischen Widerstand zu leisten. Die nun entwickelte "Zermürbungsstrategie" erforderte allerdings eine völlige Umstellung der deutschen Kriegswirtschaft und sollte sich schließlich als eine ebensolche Illusion erweisen wie die Blitzkriegskonzeption. Dies vor allem deshalb, weil diese Strategie auf einen Produktionswettbewerb mit den alliierten Mächten hinauslief, die nicht nur über unvergleichlich größere ökonomische Ressourcen verfügten, sondern während der Blitzkriegsphase auch einen uneinholbaren Vorsprung an langfristigen Investitionen in der Basisproduktion erreicht hatten. Tatsächlich waren die nationalsozialistischen Weltherrschaftspläne schon in ihrem Ansatz abenteuerlich; sie fanden vor Moskau auch wirtschaftsstrategisch ihr

Ende: Alle Produktionsrekorde, die zu verzeichnen waren, konnten die realen Kräfteverhältnisse nicht beseitigen. Sie dienten also eher der Verlängerung des Krieges und einer furiosen Steigerung der Vernichtung von Leben und Sachwerten bis zu seinem Ende.

Obwohl sich Hitler nur sehr ungern von der Blitzkriegswirtschaft trennte - ihre Aufgabe bedeutete das Eingeständnis des völligen Scheiterns der deutschen militärischen und ökonomischen Planungen und Zielsetzungen -, erforderte die Kriegssituation eine Umstellung auf volle Kriegswirtschaft für einen langen Krieg. Am 10. Jänner 1942 erließ er daher die grundlegende Weisung zur "Rüstung 1942", (51) derzufolge die neue kriegswirtschaftliche Konzeption auf längere Fristen und höhere Kriegsproduktion abgestellt sowie die Zentralisierung der Rüstungssteuerung angeordnet wurden. Die Initiative dafür war vor allem von der deutschen Industrie und Großfinanz ausgegangen, die nunmehr auch die Führung im neuen kriegswirtschaftlichen Regulierungssystem übernahmen und damit den Bemühungen der militärischen Kriegswirtschaftsorganisation um die ökonomische Dominanz ein Ende setzten. (52) Bereits am 13. Jänner 1942 erklärte Minister Todt, daß zur Maximierung der Kriegsproduktion "die Selbstverwaltung der Wirtschaft" nötig sei: "Die Wirtschaft selbst hat Vorschläge zu machen, wie die Konzentration der Fertigung, d. h. die rationellste Ausbeute, erzielt wird." (53) Somit wurden die schon Ende 1941 für jedes Produktionsgebiet gebildeten Hauptausschüsse, an deren Spitze bewährte Industriemanager berufen wurden, zu den eigentlichen Leitungsgremien der deutschen Rüstungsindustrie. Als nach dem Flugzeugabsturz Todts Albert Speer die Leitung des Ministeriums für Bewaffnung und Munition übernahm, führte er beschleunigt die Maßnahmen seines Vorgängers weiter. Alle waffentechnischen Entwicklungen wurden untersagt, um die Kräfte auf einen möglichst hohen Ausstoß zu konzentrieren: "Führer legt Wert darauf, daß die Friedensplanungen und Entwicklungen bei allen Firmen ab sofort eingestellt werden." (54) General Thomas, der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, der bald seine Stellung verlieren sollte, war sich indes noch nicht ganz klar darüber, ob es sich bei der Rüstungsweisung Hitlers um eine prinzipielle Änderung der deutschen Kriegswirtschaft handelte oder ob nur eine einmalige wirtschaftliche Kraftanstrengung zur Niederwerfung der Sowjetunion im Jahre 1942 unternommen werden sollte. Am 21. Jänner 1942 erläuterte er in Berlin vor den Rüstungsinspektoren die neue Lage aus seiner Sicht: Da Rußland nicht, wie erwartet, zusammengebrochen sei, werde ein neuer Feldzug notwendig sein. Wenn auch das bisherige Luftwaffenprogramm auf weite Sicht den Vorrang genieße, würden 1942 alle Maßnahmen auf dem Sektor der Heeresrüstung an der Spitze stehen. Eine größtmögliche Steigerung sollte ferner die Grundstoffproduktion erfassen, besonders das Mineralöl- und Bergbauprogramm. Schließlich zeigte Thomas noch einmal das Dilemma auf, in dem sich die Rüstung des Reiches befand, als er sagte: "Mein Wunsch war es immer, die Gesamtforderungen der deutschen Rüstung auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abzustellen. Uns diesen Wunsch zu erfüllen, lehnt

der Führer aber grundsätzlich ab, weil er in seinen Weisungen ausgeht von der politischen Zielsetzung, dann die zur Erreichung dieser Zielsetzung notwendigen Programme anordnet und dann verlangt, daß wir im Rahmen dieser Programme das Höchstmögliche aus der Wirtschaft herausholen. So wird es dabei bleiben, daß erheblich größere Programme in der Wirtschaft laufen, als sie zeitlich in der Lage ist zu erfüllen." (55)

Weitere Maßnahmen Hitlers bezogen sich auf die Arbeitskräftebeschaffung und auf die Zentralisierung. Am 19. März 1942 wurde Gauleiter Sauckel zum Generalbevollmächtigten der Arbeit ernannt, mit dem Auftrag der rücksichtslosen Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials, vor allem in den von Deutschland besetzten Ländern. (56) Und am 7. Mai 1942 wurde durch den Erlaß Hitlers über die einheitliche Steuerung der Rüstungswirtschaft (57) das bisherige Rüstungsamt im OKW und mit ihm der gesamte Apparat der Rüstungsinspektionen dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition unterstellt.

Als sich das Ende des Winters an der Hauptfront in Rußland abzuzeichnen begann, regte sich bei der deutschen Führung allerdings wieder Hoffnung, das Rad der Geschichte noch einmal zurückdrehen zu können. Die Menschen- und Wirtschaftskraft der UdSSR hielt Hitler durch die Winterschlachten für so erschöpft, daß er der Roten Armee keinen entscheidenden Widerstand bei einem schweren Offensivschlag mehr zutraute. Andererseits befürchtete er ab dem Jahre 1943 die Möglichkeit einer angelsächsischen Invasion im Westen: bis dahin mußte der Krieg im Osten beendet sein. Im Besitze des wesentlichen sowjetischen Potentials sollte Deutschland dann in der Lage sein, den Großraum Europa zu verteidigen. Zu diesem Zweck ordnete Hitler an, daß die Hauptoperationen im Südabschnitt stattzufinden hätten, um "die den Sowjets noch verbliebene lebendige Wehrkraft endgültig zu vernichten und ihnen die wichtigsten kriegswirtschaftlichen Kraftquellen soweit als möglich zu entziehen". (58) Gemeint waren damit die kaukasischen Erdölgebiete, deren Besitz Hitler als wesentlich für die Weiterführung des Krieges ansah. Der zunächst erfolgreiche Verlauf des deutschen Angriffes, der Erfolgshöhepunkt im U-Boot-Krieg und die Siege in Afrika ließen bei Hitler kurzfristig Zweifel aufkommen, ob die Aufgabe der Blitzkriegswirtschaft nicht voreilig gewesen sei. Im Sommer 1942 begann die deutsche Führung einige Wochen lang, wieder in den Kategorien des Blitzkrieges zu denken, weil es verlockend war, Parallelen zu den Zeiten der großen Erfolge zu ziehen. Das ging Ende Juni so weit, daß Hitler von Speer die Wiederankurbelung der Konsumgüterproduktion im früheren Umfang forderte. (59)

Der Beginn des Jahres 1942 führte in Österreichs Rüstungsindustrie zu einer recht zwiespältigen Situation. Auf der einen Seite setzte eine Flut von Umstellungsmaßnahmen und neuen Direktiven ein, die auf eine weitgehende generelle Produktionserhöhung hinausliefen, auf der anderen Seite erreichte die tatsächliche Produktion gerade jetzt einen Tiefpunkt, weil sich nun erst die Drosselungsmaßnahmen und Einschränkungsverfügen des vergangenen Herbstes auszuwirken begannen. Erst ab April

wurde der Leistungsabfall in der Rüstungsindustrie überwunden und in der Folge eine beträchtliche Kapazitätsexpansion eingeleitet. Die mit immer größerer Vehemenz geführten englischen Luftangriffe gegen das Deutsche Reich veranlaßten viele Betriebe, aus den luftgefährdeten Gebieten Verlagerungen durchzuführen. Trotz des Widerstandes der Gauleiter, die fürchteten, daß ihre Gaue selbst Ziele von Bombardements werden könnten, setzte eine sich ständig steigernde Ausweichbewegung deutscher Industrieanlagen nach Österreich ein. Vor allem die Konstruktions- und Entwicklungsabteilungen größerer Unternehmen hofften, hier ungestörte Arbeitsbedingungen vorzufinden. So verlegten Heinkel-Werke von Rostock nach Heidfeld-Schwechat und Dornier nach Bregenz.

Die ersten großen Produktionssteigerungen erzielten die nach dem Anschluß gebauten Panzer- und Jägerwerke. So erzeugten die Nibelungenwerke im Jahre 1942 bereits 16 % der gesamten deutschen Panzer-IV-Produktion, (60) und die Wiener-Neustädter-Flugzeugwerke stiegen zur größten deutschen Produktionsstätte von Me 109-Jagdflugzeugen auf, die 1942 mit rund 1400 abgelieferten Apparaten mehr als die Hälfte der Produktion dieses Flugzeugtyps erreichten. (61) Während durch Zuliefererschwierigkeiten die Ostmark-Werke 1942 noch keinen einzigen Flugmotor erzeugen konnten, liefen die Flugmotorenwerke in Steyr, einem der größten Rüstungszentren in Österreich, gegen Ende des Jahres mit der Produktion an. Die Bedeutung der Luftrüstung in Österreich wird durch den Anstieg der in ihr tätigen Firmen von 16 % auf 31 % dokumentiert. (62) Nur in der Munitionsindustrie hatte sich der unbefriedigende Zustand nicht wesentlich verändert. Die befohlene Umstellung auf 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten war bei den meisten Betrieben im Juli/August 1942 abgeschlossen; nur einige Firmen brauchten teilweise bis November. Von einer größeren Produktion konnte aber keine Rede sein, da eklatanter Rohlingsmangel herrschte und sich technische Schwierigkeiten beim Feldhaubitzengranaten-Anlauf ergaben, was in sehr hohen Ausschuffziffern zum Ausdruck kam. So war auch das Jahr 1942 - immerhin das 4. Kriegsjahr - in der österreichischen Munitionsfabrikation noch kein Vollaufjahr. Die Linzer Schiffswerft dagegen hatte eine Produktionssteigerung erzielt und im 2. Halbjahr 1942 bereits 9 Schnellboote, 4 U-Boote und 46 Fährrähmen gefertigt. (63)

Mit der weiteren Verschlechterung der Kriegslage im Spätherbst 1942 verschärfte sich die Lage auf dem Arbeitssektor immer mehr. Maßgebend dafür war der Führerbefehl vom 19. November 1942, (64) demzufolge ein weiterer Abzug aus der gewerblichen Wirtschaft gefordert wurde und verstärkte Einberufungen die Lücken des Feldheeres schließen sollten. Den Rüstungsbetrieben wurden als Ersatz vor allem ausländische Arbeitskräfte zugewiesen, die in steigendem Ausmaß von den Sauckel-Aktionen erfaßt wurden. Die Beschäftigten-Statistik gibt einen guten Hinweis auf die bemerkenswerte Strukturverschiebung, die auf dem Arbeitssektor innerhalb von 20 Monaten eingetreten war. Während sich die Beschäftigungszahl in der Rüstungsindustrie fast verdoppelt hat, ist die Zahl der Facharbeiter nur um 50 % angestiegen, die Zahl der Kriegsgefangenen

dagegen hat sich verfünffacht, die der ausländischen Zwangsarbeiter sogar mehr als versiebenfacht. (65)

In den Spätsommertagen des Jahres 1942 wurde nunmehr vollends klar, daß auch der letzte Versuch, mit dem bereits untauglichen Mittel der Blitzkriegsstrategie das Schicksal doch noch zu zwingen, gescheitert war. Erst jetzt gestand sich Hitler die endgültige Wendung des Krieges ein. Der Führerbefehl vom 8. September 1942 über "Grundsätzliche Aufgaben der Verteidigung" (66) war das Signal für den Übergang zu einer fanatischen Defensivstrategie. Die "Festung Europa" sollte so lange an der Peripherie verteidigt werden, bis qualitativ überlegene Waffen den Sieg bringen würden. Für die Rüstung bedeutete das die Anwendung des Prinzips der "qualitativen Überlegenheit", welches Speer folgendermaßen skizzierte: (67)

Deutschland müsse zwar dem Gegner eine umfassende quantitative Überlegenheit in der Rüstungsproduktion zugestehen, aber es könne dennoch in einem Krieg der Massenproduktionsmöglichkeiten siegen, wenn es seiner Technik und Wissenschaft gelänge, bei zahlreichen Einzelwaffen eine qualitative Überlegenheit zu behalten.

Es war das die letzte Hoffnung, die nicht nur angesichts des ungeheuren materiellen Übergewichtes der Gegenseite auf schwachen Beinen stand, sondern deren Voraussetzungen, nämlich langfristige Planung, wissenschaftliche Grundlagenforschung und Ausweitung der Produktionskapazitäten, in den Zeiten des Blitzkrieges versäumt bzw. bewußt eingestellt worden waren, weil "nicht mehr tragend für diesen Krieg". Außerdem war es nicht gelungen, den für diese Konzeption notwendigen autarken Großraum zu erobern, vor allem war die Inbesitznahme des sowjetischen Erdöls gescheitert. Das Treibstoffproblem sollte bald besonders akut werden, und alle technischen Anstrengungen auf diesem Gebiet mußten ohne die Rohstoffbasis vergeblich sein. Dennoch kam es in der deutschen Rüstung ab Herbst 1942 zu einer zweiten großen Ausdehnungsperiode, weil jetzt die bisher unausgenützten Reserven zum Tragen kamen und die Umstellungsmaßnahmen sich voll auszuwirken begannen. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Katastrophe, die bei Stalingrad über die Deutsche Wehrmacht hereinbrach. Das Rüstungsprinzip der "qualitativen Überlegenheit", das jetzt die Hoffnungen der obersten Führung trug, konnte aber nur für kurze Zeit aufrechterhalten werden, nämlich so lange, bis der Gegner durch Nachbau und den Einsatz seiner überlegenen Kapazität den Vorsprung egalisiert hatte. Ein Führerbefehl vom 3. Jänner 1943 (68) gab daher grünes Licht für ein stets neu zu modifizierendes, also kurzfristiges Rüstungskonzept, das auf der höheren deutschen Qualität beruhen sollte. Um alle Kräfte dafür sinnvoll einzusetzen, wurde erstmals in diesem Krieg von einer totalen Mobilisierung gesprochen. Durch den Führererlaß vom 13. Jänner 1943 (69) sollten geeignete Maßnahmen für die Aufgaben der Reichsverteidigung getroffen und ein weiteres Vorantreiben der Rationalisierung und der zusätzlichen Beschaffung von Arbeitskräften erreicht werden. Die Liste der Maßnahmen, die auf Grund dieses Erlasses tatsächlich ergriffen worden sind, zeigt, daß von einem wirklich totalen Kriegs-

einsatz aber noch nicht die Rede war, denn die Durchführung wurde vielfach den Reichsverteidigungskommissaren überlassen, die als höchste Parteifunktionäre schon lange in Opposition zu den Zentralisierungsforderungen Speers standen und auch aus politischen Gründen die völlige Stilllegung der Zivilproduktion verhindern wollten. Speer selbst meinte zu den Anstrengungen nach Stalingrad, daß sie letztlich nur bewirkt hätten, mehr Arbeitskräfte freizumachen. (70)

Die Proklamation des "totalen Krieges" durch Goebbels im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 fand keine Effektivierung in der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Sie blieb, wie so vieles im Dritten Reich, lediglich Propagandaphrase. Speer dagegen forderte, daß im Rahmen totaler Kriegsanstrengungen die Zusammenfassung der gesamten Wirtschaft in einer Hand unbedingt notwendig sei, und trieb diese Konzentration voran. Im März 1943 übertrug ihm z. B. der neue Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dönitz, den U-Boot-Bau, als der 1942 erfolgreiche U-Boot-Krieg in eine schwere Krise geriet.

Die Konsequenzen von Stalingrad, aber auch die des verstärkten Einsatzes der Westalliierten an der Wende 1942/43 (Nordafrika und Luftkrieg) auf die deutsche Wirtschaft waren weitreichend:

1. Verlagerung der Produktionsschwerpunkte auf Verteidigungswaffen, wie das z. B. aus dem deutlichen Typenwechsel bei der Panzerwaffe von Kampfpanzern auf Sturmgeschütze und Panzerjäger, ebenso wie durch die Ausstoßvermehrung von Pak- und Flakgeschützen sowie von Abfangjägern hervorging.
2. Reduzierungen in der Kapazitätserweiterung der Rüstungsindustrie zugunsten der Intensivierung der unmittelbaren Kriegsproduktion. Der Blick der Führung begann sich fast ausschließlich auf die Ausstoßzahlen zu richten.
3. Verstärkte Ausbeutung des "europäischen" Wirtschaftspotentials, insbesondere im Bereich der Rekrutierung von Zwangsarbeitern und des ungehemmten Raubbaues an Bodenschätzen.
4. Weitere Versuche Speers und der Großindustrie, die Kriegswirtschaft zu zentralisieren sowie mit amerikanischen Methoden zu vereinheitlichen und zu rationalisieren.

Die Bedeutung Österreichs für die deutsche Rüstungsproduktion begann im Jahre 1943 stark zuzunehmen. Dafür waren vor allem zwei Gründe maßgebend: einerseits zwang die Verschärfung der Kriegslage, alle vorhandenen Ressourcen maximal auszunützen, und andererseits erweiterte sich durch verstärkte Betriebsverlagerungen in den als luftsicher betrachteten Donau- und Alpenraum ständig die Produktionskapazität in Österreich. Am 4. Februar 1943 verfügte Speer die "Sofortverlagerung von durch Luftangriffe bedrohten einmaligen Fertigungen" aus den Gebieten westlich der Linie Stettin-Berlin-München in stillliegende Betriebe. (71) Da ein Teil Tirols und Vorarlberg selbst westlich dieser Linie lagen,

versuchten die lokalen Parteibehörden, gegen den Verlagerungsbefehl Widerstand zu leisten, wurden aber abgewiesen, und der ganze Alpenraum wurde in die Verlagerungsaktion einbezogen. Besonders die großen und modern ausgestatteten Werkanlagen der Vorarlberger Textilindustrie, aber sogar die verkehrsgeographisch ungünstiger liegenden freien Kapazitäten im Süden Österreichs wurden nun zu begehrten Verlagerungsobjekten der deutschen Kriegsindustrie. Resümierend ist daher festzustellen, daß erst das Desaster der Blitzkriegsstrategie die weitgehende Integration des österreichischen Potentials in die deutsche Kriegswirtschaft zur Folge hatte. Dabei ist weniger Moskau als die eigentliche Wendemarke anzusehen denn die Katastrophe an der Wolga.

Der Höhepunkt der Kriegswirtschaft in Österreich

Nachdem der letzte - real aussichtslose - Versuch der nationalsozialistischen Führung, durch eine Großoperation bei Kursk im Sommer 1943 an der entscheidenden Kriegsfront die Handlungsfreiheit wiederzugewinnen, gescheitert war, befand sich das Deutsche Reich an allen Fronten in einem reinen Defensivkrieg. Die Strategie des "Zermürbungskrieges" begann nun immer mehr, die Aggressoren selbst zu zermürben; das Rüstungskonzept der qualitativen Überlegenheit erschien spätestens nach der deutschen Niederlage bei Kursk, wo auch die neuen Panzertypen "Panther" und "Tiger" keine Entscheidung hatten bringen können, als kurzlebige Aushilfe. Die überlegene Wirtschaftskraft der alliierten Mächte begann Deutschland quantitativ langsam zu erdrücken und bald auch qualitativ zu überflügeln. Die Lagebetrachtung der Seekriegsleute vom 20. August 1943 (72) spiegelt sehr gut die Situation wider, in die Deutschland durch die Illusionsstrategie Hitlers geraten war. Es heißt darin, daß "Die Entwicklung der Kriegslage ... gekennzeichnet ist durch das allmähliche Wirksamwerden des überlegenen Kriegspotentials unserer Gegner an Volkskraft und Rüstung gegenüber dem seit langem aufs äußerste angespannten Potential der Dreierpaktmächte". Unter Abwägung der vorhandenen Kräfte und Möglichkeiten erschiene es zweifelhaft, ob das Reich den Krieg mit militärischen Mitteln allein erfolgreich beenden könne, aus Deutschland sei statt des Hammers ein Amboß geworden.

Als weiterer Versuch, mit dem übermächtigen Gegner mithalten zu können, ist der Erlaß Hitlers vom 2. September 1943 über die Konzentration der Kriegswirtschaft anzusehen. (73) Mit Ausnahme der Luftrüstung wurde nunmehr die gesamte Rüstungs- und Zivilproduktion von Speer und seinem im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion umbenannten Organisationsapparat zusammengefaßt. Die Antwort Hitlers auf die militärischen und politischen Niederlagen des Herbstes 1943 war eine starre Verteidigungsstrategie, deren propagandistische Auswirkung das Schlagwort von der "Festung Europa" werden sollte. Der Großraum Europa sollte durch fanatischen Widerstand so lange als Rohstoff- und Menschenbasis dienen, bis die deutsche Qualitätsrüstung den feindlichen

Quantitätsvorsprung egalisiert hatte. Infolge der Länge der Front, für deren durchgehende Verteidigung die deutschen Kräfte nicht mehr ausreichten, bröckelten dabei schon im Osten gerade die wirtschaftlich wertvollsten Gebiete, wie der Donbass und große Teile der Ukraine, von dem "verteidigungsfähigen Großraum" ab. Zu den bedrohlichsten Engpässen der deutschen Kriegsführung waren inzwischen der Mangel an Menschenmaterial und die beschränkte Kapazität der Zulieferindustrie geworden. Durch drastische Anordnungen Hitlers sollte Ende 1943 mindestens 1 Million Mann zum Fronteinsatz freigemacht (74) und damit das erste Problem gelöst werden. Weniger schnell war die zweite Frage zu lösen. Da man bisher wie gebannt auf die Endmontage geblickt und den Finalindustrien immer größere Produktionsaufgaben gestellt hatte, wurde die Bedeutung der Zulieferindustrie viel zu spät erkannt. Außerdem beschränkten sich die Endfertiger in zunehmendem Maße auf reine Montagearbeiten und versuchten, alle Vorarbeiten auf andere Betriebe abzuschieben. So wurde die Kapazitätsgrenze der Zulieferindustrie trotz des ständigen Zuwachses an ehemaligen Konsumgüterbetrieben erreicht. Speer war sich bei seiner Rede vor den Gauleitern in Posen am 6. Oktober 1943 der grundlegenden Wichtigkeit der Zulieferindustrie durchaus bewußt, (75) aber erst am 6. Dezember 1943 befahl Hitler ihre Ausweitung. Als wichtigste Voraussetzung zur Sicherstellung der zusätzlichen Rüstungsprogramme des Jahres 1944 erhielt sie den absoluten Vorrang. (76) Zu gleicher Zeit machte sich in der Industrie aber eine starke Tendenz auf Ersatz- und Neuinvestitionen bemerkbar, wie Hans Kehrl, der Chef des Planungsamtes, Ende 1943 feststellte: (77)

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Drang zur Substanz, zur Verbesserung des Betriebes, zur normalen Friedensreparatur, zu Ersatz- und Neuinvestitionen in der ganzen Wirtschaft übermächtig ist und in konträrem Gegensatz zu den Erfordernissen der Kriegswirtschaft im fünften Kriegsjahr steht, die eine Abbremsung der Investitionen zugunsten /.../ des laufenden Rüstungsausstoßes verlangen. /.../ Der Sog, der /.../ von der Seite privatwirtschaftlicher Überlegungen ausgeht, ist übermächtig und wird sogar durch die Steuerpolitik begünstigt (Abschreibungen).

Ohne diese umfangreichen Investitionen, die schon auf eine künftige Friedenswirtschaft zielten, ist allerdings der Höchstlauf der deutschen Rüstungsindustrie, der trotz der schweren alliierten Luftangriffe im Sommer 1944 zu verzeichnen war, nicht zu erklären. (78) Sie kamen in gewisser Hinsicht auch Österreich zugute, da 1943 eine außerordentliche Verlagerungswelle in den Alpenraum einsetzte, die zu beträchtlichen Kapazitäts- und Betriebserweiterungen führte. Dabei handelte es sich neben der Verlagerung von heiklen Luftwaffen- und Marinefertigungen ebenso um den Aufbau von Geheimproduktionen, z. B. der "Vergeltungswaffen" V1 und V2. Weitere Kapazitätsausweitungen gab es in der Panzerindustrie, wo vor allem die Erzeugung von Sturmgeschützen und Jagdpanzern einen deutlichen Schwerpunkt erhielt. Die Verlagerungswelle nach Österreich ist freilich auch unter einem anderen Gesichtspunkt zu sehen. In vielen Fällen handelte es sich nämlich nicht um bombengeschädigte Firmen,

sondern die Verlagerungsmöglichkeit war willkommener Anlaß zur weiteren Expansion. In den österreichischen Alpen schien sowohl die Möglichkeit zur günstigen Kapitalsanlage und zur Fertigungsausweitung als auch die bombensichere Unterbringung von Spezialisten und hochempfindlichen Maschinen gegeben. Nicht nur wegen der besseren Kapazitäten wurden Tirol und Vorarlberg bevorzugt, auch die günstigeren Verkehrsverhältnisse zum "Altreich" spielten bei den Verlagerungswünschen eine Rolle. So konnten sich auch Firmen ohne Bombenschaden durch Beziehungen zu Zivil- und Parteidienststellen und unter Umgehung der Rüstungsbehörden Objekte in Österreich sichern, indem sie mit Firmen, die freie Kapazitäten hatten, unmittelbar verhandelten. (79)

Die Schnelligkeit, mit der sich die Kriegslage veränderte, führte allerdings zu der merkwürdigen Tatsache, daß zum Zeitpunkt, als die deutsche Industrie von den letzten freien Kapazitäten Österreichs Besitz ergriff und im Rahmen der Verlagerung umfangreiche neue Rüstungskapazitäten schuf, die begünstigte luftstrategische Lage des Landes ihrem Ende entgegenging. Eine der wichtigsten Folgen der militärischen Ereignisse im Mittelmeerraum war, daß nun auch der Alpen- und Donauraum in den Operationsbereich amerikanischer Fernbomber geriet und somit eine zweite Luftfront gegen das Deutsche Reich errichtet werden konnte. Der erste schwere Luftangriff, der am 13. August 1943 von nordafrikanischen Basen gegen Österreich geflogen wurde, richtete sich gegen Wiener Neustadt, das Zentrum der österreichischen Luftrüstung. Das war aus zwei Gründen kein Zufall: einmal hatte die alliierte Strategie des Bombenkrieges noch kein überzeugendes Konzept gefunden und begnügte sich mit selektiven Angriffen gegen die Flugzeugendfertigung, andererseits war mit den Wiener-Neustädter-Flugzeugwerken als "größten Jägerwerken des Reiches" eine unbekümmerte Propaganda im In- und Ausland entfaltet worden. (80) Die Einbeziehung des österreichischen Raumes in den Luftkrieg, die nach der Eroberung der italienischen Flugbasen im Raum von Foggia stark an Intensität zunahm, betraf 1943 vor allem die Me 109- und die Raketenfertigung. Die erstere wurde dezentralisiert und in zahlreiche Standorte der näheren und weiteren Umgebung von Wiener Neustadt verlagert, letztere übersiedelte in die Harzstollen. Die 15. US-Luftflotte flog 1943 noch zwei weitere Angriffe gegen Wiener Neustadt, was zur vorübergehenden Stilllegung der Me 109-Produktion in Österreich führte. Bis zur Ausschaltung von Wiener Neustadt liefen hier allerdings rund ein Drittel aller 1943 erzeugten Me 109-Maschinen von den Fließbändern. (81)

Der Forderung nach Qualität plus Quantität entsprechend erlebte die Rüstungsindustrie in Österreich im 2. Halbjahr 1943 ihren ersten Vollauf und bot ein mannigfaltiges Produktionsbild. Als Schwerpunkte der Fertigung standen die neuen Waffen absolut im Vordergrund, allerdings wurde am 18. Juli 1943 als Sofortmaßnahme die Munitionserzeugung ebenfalls in die höchste Dringlichkeitsstufe eingereiht und ihre besondere Steigerung angeordnet. (82) Diese Maßnahme war notwendig geworden, weil die Munitionsversorgung immer unzureichender wurde, je mehr Großkampfen-

fronten versorgt werden mußten, und die Defensive erfahrungsgemäß ein weitaus größerer Munitionsverbraucher ist. Außerdem brachte der alliierte Luftkrieg einen wesentlich gesteigerten Bedarf an Flakmunition mit sich, was diese Sparte der Rüstungsindustrie wieder wie zu Beginn des Krieges in den Vordergrund rückte. Daß durch die Einreihung der Munitionserzeugung in die Stufe der bevorzugten Fertigungen jede wirkliche Dringlichkeit zur Illusion wurde, entlarvte das ganze komplizierte System der Dringlichkeitsrangordnungen als Scheinlösung. Immer neue Programme, zum Teil mit bombastischen Namen (Adolf-Hitler- oder Blitzprogramm), erhielten oberste Dringlichkeit, ohne daß die bisherigen Vorrangprogramme reduziert wurden. Damit hoben sich die Dringlichkeitsstufen aber von selbst auf.

Wie schon mehrfach erwähnt, war innerhalb der Rüstungsindustrie in Österreich die Munitionserzeugung die größte Schwachstelle. Sie ist im Verlaufe von vier Kriegsjahren wegen der dauernden Programmänderungen und der damit verbundenen kostspieligen Umstellungen, die über die Kraft der kapitalschwachen österreichischen Firmen hinausgingen, niemals zur vollen Produktion gelangt, die wenigen Spezialfirmen ausgenommen. Viele Munitionsbetriebe waren daher längst auf andere Fertigungen ausgewichen bzw. seit der Verlagerungswelle in die vielfältigen Möglichkeiten der Unterlieferung eingegliedert worden. Seit Sommer 1943 wurden aber alle Leerkapazitäten rücksichtslos der Munitionsindustrie zugeführt und durch besondere Aktionen nicht unwesentliche Steigerungen der Produktion erzielt. (83) Die Schwerpunkte der Munitionserzeugung lagen in Wien, im Wiener Becken, in der Obersteiermark mit Graz und in Vorarlberg.

Eine wesentliche Ausweitung wurde auch für die Kugellagererzeugung (84) befohlen, nachdem durch die amerikanischen Luftangriffe auf Schweinfurt diese Engpaßproduktion schwer getroffen worden war. Im Rüstungszentrum Steyr entstand daher einer der Schwerpunkte dieser deutschen Fertigung. Ende 1943 lieferten die Steyr-Werke bereits 10 % der deutschen Gesamtproduktion. (85) Montagerekorde erzielte auch der größte Panzer-Endfertiger in Österreich, die Nibelungenwerke in St. Valentin. Sie blieben mit 1376 montierten Panzern IV der größte Produzent dieses Typs in Deutschland (44 %), das waren damals rund 11 % der gesamten Panzererzeugung des Reiches. (86) In den Edelstahlbetrieben der Obersteiermark und des Wiener Beckens stand die Herstellung von Artillerie- und Kampfwagenkanonen im Vollauf, während die hochqualifizierte Wiener Elektroindustrie zu einem wichtigen Zulieferzentrum für spezielle Marinefertigungen (Torpedos, U-Boot-Akkumulatoren, Schleich-Elektromaschinen für die neuen U-Boot-Typen XXI und XXIII) emporstieg. (87)

Wie es mit der Rüstungswirtschaft allerdings wirklich stand und wie man die Situation zu meistern gedachte, geht viel besser aus der schon erwähnten Rede Speers vom 6. Oktober 1943 vor Gauleitern in Posen hervor, die den Zweck hatte, die wohlwollende Mitarbeit der höchsten Parteifunktionäre, deren Macht mit zunehmender Kriegsdauer ständig anstieg, für die Vereinheitlichung der Wirtschaft und deren völlige Ausrichtung

auf Kriegsproduktion zu gewinnen. Zunächst schilderte der Minister die momentane Lage und führte den Gauleitern eindringlich vor Augen, daß nur durch schärfste Maßnahmen eine Wendung zu erwarten sei. Das Konzept der "qualitativen Überlegenheit" reiche nicht mehr aus, um das ungeheure materielle Übergewicht der Gegner zu egalisieren. Speer umriß daher das Konzept mit folgenden Worten: "Der Qualitätsvorsprung, der von uns erreicht wird und der auch gerade bei den neuen Waffen einzigartig in der Welt dasteht, dieser Qualitätsvorsprung muß trotzdem noch ergänzt werden durch eine Steigerung der Massen. Sie ist dringend notwendig! Denn wir sind nicht mehr in der glücklichen Lage wie nach dem Frankreichfeldzug, wo wir bestimmen konnten, was der Feind zu machen hat, sondern der Feind diktiert uns heute mit seiner Produktion, was wir zu machen haben." (88) Die Forderung nach Qualität plus Quantität ist nur mehr als der Ausdruck des Unvermögens zu werten, eine realistische Rüstungskonzeption dem Übergewicht der Alliierten gegenüberzustellen. Dabei gab es noch durchaus Reserven auf dem Sektor der Verbrauchsgüterindustrie. Nach den Angaben Speers beschäftigte im Herbst 1943 die Grundindustrie (Kohle, Eisen, Chemie, Energie) 1,8 Millionen Arbeitskräfte, die gesamte deutsche Rüstungsindustrie (inklusive Zulieferindustrie) 5,2 Millionen Menschen, während in der übrigen Industrie (plus Handwerk) noch über 6 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt waren. Alle im Laufe der Kriegsjahre durchgeführten Stilllegungs- und Umsetzaktionen, auch die letzte vom 1. September 1943, scheiterten letzten Endes am Widerstand der Betriebe in der Verbrauchsgüterindustrie, die ihr lukratives Geschäft mit der Erzeugung von kriegsbedingten Mangelwaren nicht aufgeben wollten. Es war klar, daß für die Bombengeschädigten und auch für die Wehrmacht ein gewisses Maß an Konsumgütern weiter hergestellt werden mußte, aber dem Luxus und den übertriebenen Forderungen sagte nun Speer den Kampf an. Er prophezeite ein rücksichtsloses Stilllegen von Betrieben, die sich noch mit Friedensfertigungen beschäftigten, und die Eingliederung der dadurch freiwerdenden Arbeitskräfte in die Rüstungsindustrie. Daß er damit in einen Konflikt, vor allem mit der Großindustrie kam, war Speer durchaus bewußt. Die ökonomischen Interessen der Industrie dominierten aber über die rüstungspolitischen Erwägungen. Und die Gauleiter unterstützten, aus dem Blickwinkel des Wirtschaftsvorteils ihres engeren Machtbereiches heraus, die Widerstände der Industrie gegen die Maßnahmen des Rüstungsministeriums. Die Grenzen der Macht des absoluten Staates wurden zuerst in der wirtschaftlichen Wirklichkeit sichtbar, als Speer wehklagte, daß "viele Großbetriebe nebenbei Bestechungsgegenstände, das sind Verbrauchsgüter, die heute nicht mehr zu haben sind, erzeugten" und daß "die Wirtschafts- und Fachgruppen hauptsächlich Vertreter der Großfirmen sind" und ihn dauernd belügen. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, blieb dem auf seinem Machthöhepunkt stehenden Rüstungsminister nur die Drohung mit dem Sicherheitsdienst: "Jeder Gau muß dieses Opfer, das seine Wirtschaftsstruktur ändert, auf sich nehmen /.../ Soweit die Gaue nicht innerhalb von 14 Tagen meiner Aufforderung nachkommen nach Stilllegung, wird es Himmler machen." (89) Hier bahnte sich eine Verschiebung in der

Hierarchie des Dritten Reiches bereits an. In der Endphase des Kampfes, wenn Fanatismus, Härte und Rücksichtslosigkeit am meisten gefragt sein werden, wird Himmler mit seiner SS-Organisation der erste Mann nach Hitler sein. Trotz aller weiteren Produktionsrekorde: Speers Stern war Ende 1943 bereits im Sinken. Am besten kennzeichnete General Jodl ungewollt die Zukunftserwartung, als er bei der Beschwörung des Sieges, im Irrationalen Zuflucht nehmend, sagte: "/.../ daß wir siegen werden, weil wir siegen müssen, denn sonst hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren." (90)

Wie sehr Hitler selbst noch das Wesen der Kriegswirtschaft im allgemeinen und der langfristig geplanten Rüstungsfertigung im besonderen verkannte, demonstriert seine Art, in die Produktion durch Befehle zu "Gewaltaktionen" einzugreifen. Er schätzte dabei die Möglichkeiten der Wirtschaft noch immer so ein wie zur Zeit der Blitzkriege, als eine flexible, hochentwickelte Rüstungsindustrie für beschränkte Aufgaben in der Lage war, auf alle kurzfristigen Wünsche einzugehen. Zur Verstärkung des Atlantikwalles sollte zum Beispiel die Flammenwerferproduktion wesentlich erhöht werden; Hitler selbst gab im Dezember 1943 entsprechende Befehle, die charakteristisch sind für die Art, in der Hitler den Krieg und die Rüstung führte: (91)

Der Führer: /.../ Schlimmstenfalls müßte man eine Gewaltaktion machen (durch) Speer. Der hat Arbeiter frei durch die zusammen(geschlagenen) Fabriken. Die könnte man irgendwo hineinpumpen (und Flammen)werfer fabrizieren lassen. /.../
 Der Führer: Saur, (wieviel) Flammenwerfer machen Sie jetzt im Monat? /.../ Ich brauche (die drei)fache Zahl von dem, was Sie jetzt machen, (und zwar in zwei) Monaten. Da müssen Sie so schnell wie möglich (Arbeiter) hineinpumpen. Also im ganzen Januar/Februar (das) Dreifache von dem, was Sie jetzt machen! (Das ist die Mindestforderung. /.../ (Also) schnell höher, höher! Wir brauchen es ganz (dringend).

Aber mit der weiteren Verschlechterung der Kriegslage für Deutschland und dem Verlust wichtiger Rohstoffgebiete im Osten gründete die deutsche Führung ab 1944 ihre Hoffnungen mehr und mehr auf den Masseneinsatz der bisherigen Waffen. In der Rüstung stand daher ohne Rücksicht auf zukunftsträchtige neue Fertigungen die Massenproduktion im Vordergrund. Allerdings waren zwei Wehrmachtsteile - Luftwaffe und Marine - schon 1943 in ihrer operativen Bedeutung praktisch ausgefallen. Das Versagen der Luftwaffe wiederum führte zur Ohnmacht der feindlichen Bomberoffensive gegenüber, so daß eine leistungsfähige Massenproduktion auf längere Sicht in Frage gestellt war. Speer glaubte nun, mit einer großen Steigerung der Erzeugung von Jagdflugzeugen die deutsche Rüstungsindustrie vor den Luftangriffen sichern zu können. Es gelang ihm, mit der Bildung des sogenannten "Jägerstabes" am 1. März 1944 erstmals einen Teil der Luftrüstung in die Hand zu bekommen und die Produktionssteigerung von Jägern voranzutreiben. (92) Die Organisation des Jägerstabes war ein verkleinertes Abbild des Ministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion. Erfahrene Industriemanager wurden als

Sonderbeauftragte für einzelne Werke bestimmt, und fliegende Baustäbe sollten unmittelbar nach schweren Luftangriffen für die rascheste Wiederherstellung der wichtigsten Objekte sorgen. Zu den weiteren Aufgaben gehörten: Verlagerung, Dezentralisation, Erweiterung der vorhandenen Fertigung in einem bisher noch nicht durchgeführten Ausmaß und Schaffung bombensicherer Erzeugungsstätten. (93) In der Führerkonferenz vom 5. März 1944 erhielt die Jägerfertigung auf sechs Monate absoluten Vorrang, außerdem wurde befohlen, die Produktion unter Einsatz aller Mittel und durch Typenkonzentration wesentlich zu steigern. Zu diesem Zweck erhielten die Beschlüsse des Jägerstabes Verordnungskraft. Zu berücksichtigen ist aber, daß es sich bei den Jagdmaschinen, deren Fertigung jetzt so gesteigert werden sollte, noch immer um die alten Typen Me 109 und FW 190 handelte, das heißt um den Alliierten qualitativ bereits unterlegene Maschinen, und somit die erhoffte Wirkung gar nicht eintreten konnte. Vom Konzept der "qualitativen Rüstungsüberlegenheit" war also nicht mehr viel übriggeblieben - die Masse erhielt den absoluten Vorrang. Nun hatte sich die deutsche Luftrüstung in einen unentwirrbaren Knäuel verstrickt: Um die Bomberoffensive abwehren zu können, brauchte man eine wesentlich höhere Zahl von Jägern; die konnte nur erzielt werden, wenn man bei den alten Typen blieb; die alten Typen schließlich konnten wegen ihrer qualitativen Unterlegenheit wieder keine Entscheidung bringen. Als man sich zur anderen Alternative entschloß, nämlich die überlegene Me 262 als Jäger zu forcieren, war es zu spät: die Luftoffensive hatte inzwischen die deutsche Treibstoffwirtschaft zerschlagen, und allein durch den Benzinmangel waren dann auch die besten Flugzeuge wirkungslos geworden, weil sie nicht aufsteigen konnten. Es war dies der endgültige Zusammenbruch des deutschen Luftrüstungskonzepts, wenn auch der Jägerstab an Ausstoßzahlen alles bisher Dagewesene bei weitem überbieten konnte.

Aus dem Zwang heraus, sofort große Ausstoßsteigerungen erzielen zu müssen, sabotierten Saur und Milch auch Hitlers Befehl nach weitgehender Untertageverlagerung der Jägerproduktion. (94) Selbst Speer stellte sich gegen die Pläne nach umfangreichen Untertageverlagerungen; er hielt solche Maßnahmen für wirtschaftlich unsinnig und war nur bereit, die geheimsten und modernsten Waffen in unterirdischen Anlagen erzeugen zu lassen. So kam es, daß sich letzten Endes nur 1 % der Gesamtkapazität der deutschen Rüstungsindustrie in unterirdischen Anlagen befand. Mit seinem Erlaß vom 22. April 1944, demzufolge jede Neuentwicklung von Waffen zu unterbleiben hatte und alle Anstrengungen auf die Waffen und Geräte zu richten waren, die schon in Serienfertigung liefen, betonte Hitler selbst die absolute Zuwendung auf die Massenproduktion. (95) In der Notsituation vom Frühjahr 1944 war jede langfristige Planung bereits zur Farce geworden, und die Forderung nach Qualität plus Quantität wurde nun still zu Grabe getragen. Sie war undurchführbar geworden. Das gigantische Jägerprogramm, das der Jägerstab in Angriff nahm, stand allerdings in keinem Verhältnis zum ständigen Abfall der Treibstoffproduktion. Vor allem die großangelegte Öloffensive der alliierten Bomber

im Mai und Juni 1944 gegen die deutschen Hydrierwerke und Raffinerien brachte die deutsche Benzinversorgung an den Rand des völligen Zusammenbruches, obwohl die Alliierten nicht den speziellen Engpaß in der deutschen Flugbenzinerzeugung erkannt hatten. Erst im September 1944 gelang es, auch die Hydrierwerke in dem Maße auszuschalten, daß das deutsche Produktionsniveau zu weit absank, um eine wirksame Luftabwehr aufrechterhalten zu können.

Am 22. Juni 1944 konnte Speer schließlich die gesamte Luftrüstung seinem Ministerium eingliedern, und in den Sommermonaten des Jahres 1944 erreichte die deutsche Rüstung tatsächlich den absoluten Produktionshöhepunkt. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß diese quantitative Kulmination nur durch Beibehaltung bewährter, aber zum Teil schon veralteter Waffen und Geräte in der Massenproduktion möglich war. Das von Speer apostrophierte "Wunder der Rüstung" war nur mehr eine Notlösung; der Krieg war auch produktionstechnisch längst verloren. Die letzte Hoffnung der deutschen Führung lag in Wirklichkeit bereits bei den "Wunderwaffen", und es ging darum, Zeit zu gewinnen, bis die Produktion der Raketenwaffen und der neuen U-Boote entsprechende Dimensionen erreicht haben würde. Obwohl sich der Luftkrieg immer stärker auszuwirken begann und die Rohstoff-, Transport- und Arbeitskräftelage ständig schwieriger wurde, erreichte die Rüstungsproduktion 1944 auch in Österreich knapp vor ihrem Zusammenbruch noch einen Höchststand. Bis in den Sommer hielt auch die Ausweichbewegung von Rüstungsbetrieben nach dem Alpenraum an, allerdings bereits kombiniert mit der innerösterreichischen Verlagerungswelle von den Industriezentren in die weniger luftgefährdeten Gebiete. (96)

Zum dominierenden Problem war inzwischen aber die Arbeiterfrage geworden. Die schweren Verluste an den Fronten führten zu immer neuen Sondereinberufungsaktionen, die bedenkliche Einbrüche in den Facharbeiterstamm verursachten und einen ständig vermehrten Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter zur Folge hatten. Von den Ausländern kehrte aber durchschnittlich die Hälfte vom Urlaub nicht mehr zurück, so daß für ausländische Zivilarbeiter ab 7. Mai 1944 eine allgemeine Urlaubssperre verhängt wurde. (97) Die vom Jägerstab befohlene Erhöhung der Wochenstunden auf 72 brachte nicht den erwünschten Erfolg, da in der verlängerten Arbeitszeit die Stundenleistung absank und die Ausschußzahlen anstiegen. Um den Arbeitskräfteengpaß einigermaßen zu lockern, griff man zu radikalen Mitteln: es kam zum verstärkten Einsatz von Lazarett- und Gefängnisinsassen sowie zu weiteren Zuweisungen von Zwangsarbeitern, damals vor allem von Griechen und Italienern. Als charakteristisch für diesen Rüstungsabschnitt muß die fortwährende Machtausweitung der SS auf dem Produktionssektor angesehen werden, was mit der Verfügungsgewalt dieser Organisation über bedeutende Arbeitskräftereserven in den Konzentrationslagern zusammenhing. Im gleichen Maße, in dem die Verwendung von Häftlingen in der Kriegswirtschaft anstieg, nahm auch der Einfluß der SS zu, die bereits ein eigenes Wirtschaftsimperium aufgebaut hatte, das sich der Befehlsgewalt Speers völlig entzog. Die

bedeutendsten Fertigungsstätten, die in Österreich mit KZ-Häftlingen arbeiteten, lagen um das Konzentrationslager Mauthausen. Anfang 1944 begann der Sonderstab Kammler mit der Errichtung großer unterirdischer Anlagen in St. Georgen an der Gusen bei Mauthausen, die aber nur zum Teil vollendet wurden. Hier lief ab März 1944, in Durchführung des Projekts "Esche 2", die Montage des Düsenjägers Me 262 an. (98)

Im allgemeinen gelang es aber durch Anspannung aller Kräfte, den Höchstlauf der Rüstungsindustrie zu erreichen. Neben der unablässigen Produktionssteigerung in allen Sektoren hatten 4 Teilbereiche Vorrang: das Jägerprogramm, das neue Munitionsprogramm, die Ölindustrie sowie die Geheimwaffen. Ein ernsthaftes Hindernis, den Höchstlauf der Produktion auch zu halten, war die Luftoffensive der 15. USAAF, die sich mit immer stärkerer Wucht gegen wichtige Rüstungsziele in Österreich richtete. Der Zweikampf Rüstungsvollauf-Präzisionsbombardement dauerte rund ein Dreivierteljahr und wurde erst beendet, als die Zerschlagung der Verkehrswege den Rohstoff- und Fertigwaretransport zusammenbrechen ließ.

Besondere Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft hatte 1944 das österreichische Erdöl gewonnen. Der Anstieg der deutschen Erdölgewinnung war in erster Linie auf die Steigerung im Zistersdorfer Revier zurückzuführen, und nach Verlust der rumänischen Ölfelder wurde das niederösterreichische Erdöl von geradezu lebenswichtiger Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft. (99) Steigende Wichtigkeit gewann in diesem Zusammenhang auch die österreichische Treibstoffproduktion. Die alliierte Luftoffensive gegen die deutschen Hydrierwerke und Raffinerien erfaßte allerdings ebenso die Anlagen in Österreich. Diese bestanden aus den Raffinerien in Schwechat, Wien-Kagran, Wien-Floridsdorf, Wien-Vösendorf, Korneuburg und Moosbierbaum sowie den Tanklagern in Wien-Lobau (auch Destillationsanlagen) und Linz. Am wichtigsten für die deutsche Kriegswirtschaft war die Raffinerie in Moosbierbaum bei Tulln, deren Hydroforminganlage zu den wenigen Flugtreibstoffproduzenten des Deutschen Reiches zählte. (100) Sie wurde im Verlauf des Luftkrieges bis Ende 1944 ebenso ausgeschaltet wie die anderen Treibstoffwerke in Österreich. Die Unmöglichkeit, Raffinerien wirksam gegen die Luftbedrohung zu schützen, führte schließlich zum Versuch, das Minimum des deutschen Kraftstoffbedarfes in luftsicheren, unterirdischen oder wenigstens stark dezentralisierten und getarnten Betrieben herzustellen. In Nieder- und Oberösterreich wurden im Rahmen des Mineralölsicherungsplanes vom 1. August 1944 daher 20 Kleindestillationsanlagen mit einem monatlichen Durchsatzvermögen von je 3000 t Rohöl errichtet, (101) acht davon in unterirdischen, von Mauthausener KZ-Häftlingen gebauten Anlagen in Ebensee. Sie kamen aber nur mehr teilweise in Vollbetrieb.

Was die Munitions- und Sprengstoffindustrie in Österreich betrifft, so wurde auch sie 1944 in zunehmendem Maße vom Luftkrieg in Mitleidenschaft gezogen. Gerade zu dem Zeitpunkt, als sie auf Höchstlauf kam und alle noch verfügbaren Kapazitäten mit Munitionsaufträgen belegt

waren, verhinderten immer neue Typenumstellungen, fehlerhafte Zulieferungen und Sabotageakte der Widerstandsbewegung sowie Luftschäden die erwartete, von Hitler ununterbrochen geforderte überdimensionale Produktionssteigerung. (102) Die im August 1944 von Speer befohlene 60%ige Erhöhung der Ausstoßleistung bis September (103) konnte in Österreich auch von den Spitzenwerken im Wiener Becken nicht erbracht werden.

Ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten, die Dezentralisierung eines Großbetriebes während gegnerischer Luftangriffe reibungslos durchzuführen, bieten die Wiener-Neustädter-Flugzeugwerke. Die Dezentralisierung von entscheidenden Rüstungswerken und die Untertageverlagerung der Vorrangfertigungen waren die Antwort Speers auf die alliierte Bomberoffensive. Doch sollten nur wirkliche Engpaßproduktionen ausgelagert werden; Speer war aus rationellen und organisatorischen Gründen ein Gegner von zu weitgehenden Verlagerungen. (104) Zunächst sollten die Schlüsselpunkte der Rüstungsindustrie durch Errichtung von Flakfestungen abgesichert und durch künstliche Vernebelung geschützt werden. Die durch die Angriffe vom Herbst 1943 schwer getroffenen Wiener-Neustädter-Flugzeugwerke erholten sich im ersten Quartal 1944. Sie erreichten im März und April ihre absoluten Produktionshöchstleistungen, obwohl die Verlagerung nicht abgeschlossen war und die Luftangriffe wieder einsetzten. Im März lieferte Wiener Neustadt 400, im April sogar 443 Me 109-Maschinen (105) aus, das war mehr als die Hälfte der gesamtdeutschen Erzeugung. Kein Wunder, daß im April 1944 eine zweite Luftoffensive gegen Wiener Neustadt und die WNF-Verlagerungsorte einsetzte. In fünf Großangriffen konnte die 15. USAAF Wiener Neustadt als Rüstungszentrum ausschalten. Nach dem letzten Angriff vom 29. Mai mußten die Totalzerstörung der Flugzeugwerke gemeldet und neue Verlagerungsobjekte ausfindig gemacht werden. Von den Zulieferern erlitt das Leichtmetallwerk Berndorf am 10. Mai mittlere Schäden, (106) was zum Rückgang der Halbzeuglieferungen für das Jägerprogramm führte. Da inzwischen das Leichtmetallwerk in Enzesfeld wieder in Vollauf kam, konnte der Ausfall von Berndorf aber bald egalisiert werden. Nicht nur die Wiener-Neustädter-Flugzeugwerke bekamen die Konzentration der alliierten Bomber auf die deutsche Luftrüstung zu spüren, auch die anderen Fabrikationsstätten des Luftrüstungsprogramms wurden angegriffen. Seit Heinkel mit seinem Konstruktionsbüro nach Wien und Neuhaus an der Triesting übersiedelt war, stieg auch der Ausstoß von Heinkel-Produkten in Österreich ständig an. Die amerikanische Luftwaffe schaltete durch Angriffe am 23. April und 26. Juni das Heinkel-Nachtjägerwerk in Heidfeld bei Schwechat aus, wo im April 1944 bereits 17 Stück He 219 montiert wurden. (107) Am 8. Juli wurde auch das Heinkel-Entwicklungswerk in Zwölfaxing, südöstlich von Wien, getroffen. Dort war im Frühjahr 1944 der erste Prototyp des viermotorigen Höhen-Langstreckenbombers He 277 hergestellt und ausprobiert worden. Keine besondere Wirkung zeigte dagegen das Bombardement des ehemaligen Gipsbergwerkes in Hinterbrühl bei Mödling am 24. Mai, das Anfang 1944 im Rahmen der

Untertageverlagerung wichtiger Fertigungen von der Rüstungsinspektion zugunsten der Heinkel-Werke beschlagnahmt wurde und wo KZ-Häftlinge den Anlauf vorbereiteten. Ein Fiasko wurde der mit großem Aufwand betriebene Ausbau der Ostmark-Flugmotorenwerke in Wiener-Neudorf. Wegen dauernder Typen-Umstellungen und schwerer Luftangriffe fiel dieses Großprojekt der deutschen Luftrüstung ab Juli 1944 vollkommen aus, ohne einen einzigen brauchbaren Flugzeugmotor geliefert zu haben. (108) Obwohl noch keine Luftangriffe auf die Rüstungsindustrie in Westösterreich geflogen wurden, begann nun auch hier vorbeugend eine Untertageverlagerung. Messerschmitt Augsburg bezog die unterirdischen Hallen des Schwazer Erzbergbaues, Heinkel Jenbach lief ab Juli im Hechenbergstollen der projektierten Reichsautobahn an Achensee an, und Messerschmitt Kematen begann Stollenbauten zu errichten. Mit Ausnahme von Kematen, wo wieder einmal eine Produktionsänderung befohlen wurde, lief die Rüstungsindustrie im Westen auf Hochtouren. (109)

Einen schweren Schlag mußte durch den 400-Bomber-Angriff vom 25. Juli 1944 auf Linz auch die Panzerteilefertigung hinnehmen. Der Angriff erfolgte nicht im Rahmen einer bestimmten Offensive, er galt dem neuen Industriezentrum Linz ganz allgemein, den Eisenwerken Oberdonau und der Hütte Linz im besonderen. Bis zu diesem Zeitpunkt erreichte das modernste Hüttenwerk in Österreich bereits einen Ausstoß von monatlich rund 55.000 t Roheisen, und in den Eisenwerken wurde am 25. Juni 1944 von Reichsminister Speer persönlich der vierte Elektrostahlofen (mit einer Kapazität von 25 t/mon.) eingeschaltet, der für die Panzerstahlerzeugung eine weitere Ausstoßsteigerung bedeutete. (110) Im Mai und Juni erreichte die Teileproduktion der Eisenwerke Rekordhöhen, so wurden zum Beispiel im Mai 200 Wannen für den Panzer IV und 120 Aufbauten und ebensoviele Wannen für den "Panther" erzeugt. (111) Ferner kamen die Wannen für den "Jagdtiger", Antriebsräder für den "Tiger II" ("Königstiger") sowie Ketten und Laufradkurbeln für den "Panther" aus Linz. Nach dem Luftangriff ging die Fertigung stark zurück und erreichte erst wieder im September die ursprüngliche Höhe. Das Nibelungenwerk in St. Valentin dagegen blieb vorläufig von allen Angriffen verschont und verzeichnete im 1. Halbjahr einen Rekordausstoß von 1620 Panzern IV. (112) Große Schwierigkeiten dagegen gab es mit dem schon erwähnten "Jagdtiger", dessen Porsche-Laufwerk und Olvargetriebe nicht wunschgemäß funktionierten. Die langwierigen Versuche mit dem 72-t-Koloß führten dazu, daß die Endmontage immer weiter hinausgeschoben wurde und erst im 3. Quartal 1944 einsetzte. Schließlich sei noch auf die Inbetriebnahme eines neuen Grobwalzwerkes bei Schoeller-Bleckmann in Ternitz hingewiesen, das als eines der modernsten Werke seiner Art das Panzerspähwagenwerk in Mürzzuschlag besser mit schweren Panzerblechen versorgen konnte.

Mitte 1944 erreichte die Rüstungsproduktion auf fast allen Sektoren ihren Höhepunkt. In seiner Rede vom 24. Juni 1944, anläßlich der großen Rüstungstagung in Linz, die vom 24. bis 26. Juni 1944 stattfand, brachte Speer diese Tatsache auch für die ganze deutsche Rüstungsindustrie zum Ausdruck. (113) Diese Rede war zugleich ein Rechenschaftsbericht über

die Leistungen seines Ministeriums seit 1942. Knapp vor dem endgültigen Produktionszusammenbruch, dessen baldiges Eintreten auch Speer bewußt gewesen sein mußte, erreichte die Rüstungsindustrie in Österreich, die sich infolge der Verlagerungen stark ausgeweitet hatte, durch das Wirksamwerden der Rationalisierungsmaßnahmen ihre Kulmination. Aber auch im österreichischen Raum kündigte der sich verschärfende Luftkrieg das bevorstehende Ende der gesamten Kriegswirtschaft an. So lagen Höhepunkt und Ende des kriegswirtschaftlichen Einsatzes der "Ostmark" dicht nebeneinander.

Das Ende der deutschen Kriegswirtschaft in Österreich

Inzwischen war der Krieg in seine letzte Phase getreten. Die militärische Entwicklung hatte bereits Ende 1944 zur teilweisen "Regionalisierung" der einzelnen Wirtschaftsbezirke geführt und damit das Deutsche Reich als kriegführende Einheit in wirtschaftlicher Hinsicht aufgelöst. Die letzten Versuche Hitlers und Speers, noch eine Kontrolle über die Kriegswirtschaft auszuüben und das im Jänner 1945 erlassene "Notprogramm für die Rüstungsendfertigung", (114) das das illusionäre "Siegprogramm" vom Sommer 1944 abgelöst hatte, zu verwirklichen, bildete die Ernennung von Rüstungsbevollmächtigten mit kommissarischer Gewalt für die einzelnen selbständigen Rüstungskommissionsbereiche. Sie wurden eingesetzt, weil die Lage auf dem Gebiet der Rüstungsfertigung einen verstärkten Ausgleich der Erzeugungsvoraussetzungen zugunsten der vordringlichen Programme (115) und zugleich vermehrte wirtschaftliche Selbsthilfe in größeren Gebieten unter einer einheitlichen verantwortlichen Leitung erforderte. Das Notprogramm sollte die Zeit überbrücken helfen, bis das oberschlesische Industriegebiet zurückgewonnen war und das Ruhrgebiet wieder voll für die deutsche Rüstung eingesetzt werden konnte. Speer allerdings war sich klar darüber, daß durch den Verlust Oberschlesiens die verbliebene Kampfkraft nur noch einige Wochen aufrechterhalten werden konnte: (116)

Die deutsche Rüstung wird nach dem Verlust von Oberschlesien nicht mehr in der Lage sein, auch nur im entferntesten die Bedürfnisse der Front an Munition, Waffen und Panzern, die Verluste an der Front und den Bedarf für die Neuaufstellung zu decken. Das materielle Übergewicht des Gegners ist danach auch nicht mehr durch die Tapferkeit unserer Soldaten auszugleichen.

Die Gebietsverluste trafen die Rüstungsproduktion aber erst, als diese ohnehin stark im Abfall begriffen war. So war es nur ein kleiner Schritt vom Produktionshöhepunkt zum Verfall der Rüstungsindustrie. Bereits ab Herbst 1944 begann die deutsche Kriegswirtschaft, in das Stadium der Agonie einzutreten. Auslösendes Moment dafür wurde die systematische Zerschlagung des deutschen Verkehrsnetzes durch die alliierten Bomber. Im September 1944 setzte die Luftoffensive auf das deutsche Transportwesen ein, und im Oktober 1944 kam es dadurch zu einer katastrophalen Versorgungskrise, vor allem auf dem Kohlensektor. Hätten

die Luftkriegsstrategen der Alliierten die Bedeutung des Kommunikationssystems in einem komplizierten Wirtschaftskörper rechtzeitig erkannt, wäre es vermutlich schon viel früher zu einem Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft gekommen. Denn durch die Luftangriffe auf Bahnknoten, Rangierbahnhöfe und neuralgische Bahnstrecken wurden Unterbrechungen und Störungen des ganzen Verkehrssystems hervorgerufen, die zu einem gigantischen Rückstau führten. Mit der Ernennung eines Generalbevollmächtigten (117) und durch Verhängung radikaler Verkehrssperren versuchte man das Problem zu lösen. Nun gelangte die für die Gesamtindustrie entscheidend wichtige Kohle nicht mehr in ausreichendem Maße zu den Rüstungsbetrieben und Kraftwerken, und ein steiler Produktionsabfall setzte ein. Als durch die am 18. Oktober 1944 verkündete Bildung des Volkssturmes (118) alle waffenfähigen Männer zum Kampfeinsatz aufgerufen wurden, war das Ende der Kriegswirtschaft in greifbare Nähe gerückt.

Nun war Hitler zu der Auffassung gelangt, daß die Männer lieber mit der Waffe in der Hand kämpfen sollten, als Kriegsmaterial zu erzeugen. Wie lange bei einem solchen Entzug der meisten männlichen Arbeitskräfte von 16 bis 60 Jahren die Rüstungswirtschaft überhaupt noch produktionsfähig sein konnte, war vorauszusehen. Das Problem der Arbeitskräftebeschaffung konnte nun nicht mehr befriedigend gelöst werden. Daran änderten auch die Millionenheere der Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten und die Einbeziehung der Konzentrationslagerhäftlinge in die Rüstungsarbeiten nichts. Der Aderlaß an den Fronten machte in immer kürzeren Abständen Einberufungswellen erforderlich, die an der Substanz der Rüstungsfacharbeiter zehrten. Seit Spätsommer 1944 trat dann die groteske Situation ein, daß hochqualifizierte Facharbeiter an der Front standen, in den Rüstungsbetrieben aber die Ausschußzahlen infolge Facharbeitermangels ständig anstiegen. Eine gewisse Besserung bahnte sich erst an, als durch den Luftkrieg im Herbst 1944 große Teile der Rüstungsindustrie zerschlagen waren und Arbeitskräfte frei wurden. Das ging so weit, daß am Ende des Krieges sogar wieder eine leichte Arbeitslosigkeit in gewissen Regionen eintrat.

Bei der zunehmenden Desorganisation der Gesamtwirtschaft hatten Führerbefehle und Produktionsprogramme daher nur mehr platonischen Charakter. So erscheint der Befehl nach "sofortiger Steigerung des Flakwaffen- und Munitionsprogrammes" als Ausdruck ohnmächtiger Wut der feindlichen Bombenoffensive gegenüber und blieb ohne wirklichen Effekt. Die Hoffnung auf ein weiteres Durchhalten der Wirtschaft reduzierte sich Ende 1944 bereits auf so unsichere Faktoren wie das Wetter. Bei schlechtem Flugwetter war mit einer Einschränkung der alliierten Bombenoffensive zu rechnen; im Falle der Panzerproduktion ging diese Rechnung auch tatsächlich auf. Die Ablenkung der Alliierten durch die Ardennenoffensive und winterliche Flugbedingungen über dem Reich brachten dem schwer angeschlagenen deutschen Wirtschaftskörper aber nur eine kleine Atempause. Während auch die blindesten Fanatiker an einem deutschen Sieg zu zweifeln begannen, bemühte Hitler die Weltgeschichte und seine Wil-

lensstärke, um die Fortsetzung des Kampfes zu motivieren. Seine Hoffnungen konzentrierten sich auf einen Zerfall des anglo-amerikanisch-sowjetischen Kampfbündnisses. "Koalitionen sind in der Weltgeschichte noch immer einmal zugrunde gegangen. Nur muß man den Augenblick abwarten /.../" (119) Den Einwand, daß man die militärische und wirtschaftliche Situation nüchtern einschätzen müsse, versuchte er mit der Beschwörung des Preußenkönigs Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg zu begegnen, wo es die Standhaftigkeit eines Mannes ermöglicht hatte, "daß dieser Kampf durchgeführt worden war und doch am Ende das Wunder einer Wende eintrat". (120) So bekräftigte Hitler seine Entschlossenheit "zu kämpfen, bis am Ende eben doch die Waage sich auf unsere Seite neigt", "es ist ja nur die Frage, wer es länger aushält. Derjenige muß es länger aushalten, bei dem alles auf dem Spiel steht. Bei uns steht alles auf dem Spiel /.../ Wenn wir heute sagen würden: Wir haben es satt, wir hören auf - dann hört Deutschland auf zu existieren". (121) Die Auffassung, die aus diesen Worten spricht, ist letzten Endes die gleiche, mit der Hitler noch immer den wirtschaftlichen Erfordernissen gegenüberstand. Nicht das Potential und die technologische Leistungsfähigkeit sind seiner Meinung nach in diesem Krieg entscheidend, sondern zuletzt wird derjenige Sieger sein, "der mit der zähesten Beharrlichkeit das alles übersteht. Der Einwand, daß es Momente geben kann, in denen das technische Material am Ende die Entscheidung gibt, ist völlig hinfällig. Denn auch technisch gesehen handelt es sich hier nicht um Überlegenheiten, die von vornherein auf einer Seite liegen /.../ (Unsere jetzige Lage) hängt mit einem vorübergehenden Absinken unserer Kriegsrüstung auf bestimmten technischen Gebieten zusammen, nicht zahlenmäßig, sondern nur wertmäßig /.../" (122) In Wirklichkeit handelte es sich aber um kein "vorübergehendes Absinken" der Produktion, sondern Wirtschaft, Politik und Kriegsführung des Reiches standen vor dem Ende. Die ungeheuren Zerstörungen, die in der nun folgenden letzten Phase des Krieges Deutschland und in besonderem Maße auch Österreich erlitten, waren der Preis für die Fortsetzung eines schon lange aussichtslosen Kampfes. Die totale militärische Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg war schließlich auch eine totale Niederlage der deutschen kriegswirtschaftlichen Strategie.

Kurz nach dem absoluten Produktionshöhepunkt der Rüstungsindustrie in Österreich begannen sich ab Spätsommer 1944 die ersten Desintegrationserscheinungen in der Wirtschaft bemerkbar zu machen. Entscheidend für die rückläufige Tendenz der Fertigung wurden die schweren Schläge der 15. USAAF gegen Transporteinrichtungen und das Verkehrsnetz in den Alpen- und Donauländern. Mit der Unterbrechung bzw. der Störung des Kommunikationssystems wurde zweierlei erreicht: Einerseits erhielten die Rüstungsbetriebe nicht mehr den notwendigen Rohstoffnachschub, und andererseits häuften sich die Lager mit Fertigprodukten in manchen Werken zu Bergen, weil der Abtransport zusammengebrochen war. Das Verkehrsproblem war mindestens ab Oktober 1944 zum Hauptengpaß in Österreich geworden. In den Monaten vorher war es der Mangel

an Arbeitskräften, der die größten Sorgen verursacht hatte. Infolge Programmweiterungen in der Industrie, durch verstärkte Einberufungen sowie durch Heranziehung von Rüstungsarbeitern zum Stellungsbau am sogenannten "Südostwall" (123) war der Arbeitsmarkt bis an die Grenzen des Erträglichen ausgeschöpft worden. Dabei hatte sich die Beschäftigungsstruktur während des Krieges auch in Österreich dramatisch verschoben - mehr als ein Drittel der in der österreichischen Industrie beschäftigten Arbeitskräfte waren bereits ausländische Zwangsarbeiter: (124)

Zeitpunkt	Industriebeschäftigte (Gesamt)	davon Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene	in %
31. 5. 39	536.000	5.200	1,0
31. 5. 40	527.000	15.000	2,8
31. 5. 41	553.000	55.500	10,0
31. 5. 42	579.000	86.000	15,0
31. 5. 43	674.000	168.500	25,2
31. 5. 44	735.000	260.500	35,5

Den Umschwung in der Kriegsmaterialproduktion führten in erster Linie die Luftangriffe herbei; während bis etwa September 1944 die Fertigung noch einigermaßen gehalten werden konnte, setzte jetzt ein ununterbrochener Abfall ein. Die Taktik des reinen Industrieangriffes, die in Österreich bisher von den Amerikanern verfolgt worden war, hatte ab September dem kombinierten Angriff gegen Verkehrsziele plus Wohnviertel Platz gemacht. Dabei kamen in den dichtverbauten Städten natürlich auch immer wieder Rüstungsbetriebe zu Schaden. Direkte Schläge auf Endfertigungsstätten wurden nur mehr im Rahmen der alliierten Luftoffensive gegen deutsche Panzerwerke, die vom August bis Oktober 1944 abrollte, geführt. Dabei wurde auch der größte Montagebetrieb auf diesem Sektor, das Nibelungenwerk in St. Valentin, am 17. Oktober 1944 schwer getroffen. Von den Fließbändern dieses Werkes war im Jahre 1944 das Gros der deutschen Panzer IV-Produktion gekommen, (125) die ab jetzt einen deutlichen Rückschlag erlitt. Dagegen konnten trotz des Luftangriffes die Anlaufschwierigkeiten mit dem "Jagdtiger" überwunden und in St. Valentin die Serienfertigung dieses größten Jagdpanzers aufgenommen werden. Bis zum Jahresende 1944 wurden 48 Stück ausgeliefert, das ist die gesamte deutsche Produktion dieses Typs. (126) Die Eisenwerke in Linz hatten sich Ende des Jahres von dem Juliangriff wieder erholt und liefen mit annähernder Solleistung. (127) Die Erzeugung von Waffen und Material für den Abwehrkampf hatte in dieser Phase des Krieges einen absoluten Vorrang bekommen. Laut Führerbefehl vom 5. August 1944 wurde die Produktion von Hindernismaterial besonders gesteigert, (128) und die Panzerfaust-Fertigung erhielt bis 15. November überhaupt Vorrang vor allen Dringlichkeitsstufen. Die Waffenfabrik in Steyr erholte sich im Verlauf des Jahres von den schweren Februarbombardements. Im Rahmen des "Infanterie-Rüstungsprogramms" erreichte

die im Vollauf begriffene MG 42-Erzeugung im Dezember 1944 mit 5.000 Stück ihre absolute Spitze, ebenso die erst im Juli 1944 angelaufene Sturmgewehr 44-Erzeugung mit 12.500 Stück. (129) Die Luftwaffenproduktion dagegen kam in Steyr nicht mehr auf den früheren Umfang.

Die Zerschlagung der großen Endmontagerwerke der WNF und von Heinkel führte in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 zum Versuch, eine Serienproduktion untertags aufzuziehen. Dies gelang zwar nur teilweise, aber mit 3.564 Stück Me 109 waren die verlagerten Fertigungsstätten der WNF im Jahre 1944 noch mit fast 25 % der Gesamtproduktion dieses Jägertyps beteiligt. (130) Die verinselte österreichische Rüstungsproduktion wurde in den letzten Monaten des Krieges sowohl durch den nun besonders massiven alliierten Luftkrieg als auch durch die zunehmende Rohstoff-, besonders Kohlenknappheit an einem normalen Ausstoß gehindert. Immerhin kamen 1945 aus Österreich noch "Volksjäger" des Typs He 162, die in den schon erwähnten unterirdischen Anlagen in Hinterbrühl, sowie Düsenjäger vom Typ Me 262, die in St. Georgen an der Gusen bei Mautausen von den Fließbändern liefen.

Trotz der bereits im Februar 1945 eingetretenen Regionalisierung des deutschen Wirtschaftskörpers betrachtete die oberste Führung die Eisen- und Erdölvorkommen in Österreich wirklichkeitsfremd noch unter dem Gesichtspunkt ihrer gesamtdeutschen Bedeutung. So stellte Hitler Überlegungen an, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die Förderung des Erzberges wesentlich zu steigern. (131) Als Dönitz am 5. Februar 1945 auf die entscheidende Bedeutung ausreichender Diesellozuteilung für die Weiterführung des U-Boot-Krieges aufmerksam machte, operierte Hitler noch mit den Erdöllagern in Zistersdorf und Ungarn, die zusammen 80 % des damaligen Ölaufkommens lieferten, und philosophierte über späte Erkenntnisse von der Bedeutung der Wirtschaft im modernen Krieg: (132)

Der moderne Krieg sei vorwiegend ein Wirtschaftskrieg, dessen Forderungen bevorzugte Berücksichtigungen finden müßten.

Der Alpenraum gewann in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges auch noch durch das illusionäre Projekt einer "Alpenfestung" an Bedeutung. Ursprünglich bestanden nicht näher präziserte Pläne über ein Reduit, das in der Lage sein sollte, sich ungefähr ein Jahr lang zu halten. Allgemein erwartete man auch, Hitler werde sich zum Endkampf nach Berchtesgaden zurückziehen. Als seit Anfang 1945 laufend Vorbereitungen getroffen wurden, wichtige Regierungs- und Wehrmachtsdienststellen nach dem Süden zu verlegen, begann sich ein dichter Legendenkranz um diese "Alpenfestung" zu ranken. Aber Hitler hatte sich in den Apriltagen 1945 schließlich anders entschieden. Er fürchtete, daß er "als ein ruhmloser Flüchtling von Berlin" keine Autorität mehr besitzen werde: "Der Führer bin ich, solange ich wirklich führen kann. Führen kann ich nicht dadurch, daß ich mich auf einen Berg setze /.../" (133) Dennoch kam es nach der erzwungenen Teilung des der Wehrmacht verbliebenen Restgebietes in den Nord- und Südraum am 28. April 1945 noch zu einem "Erkundungs-

und Ausbaubefehl" für die sogenannte "Kernfestung Alpen". (134) Auf Befehl Hitlers sollte sie derart mit Munition und Verpflegung ausgestattet werden, "so daß Verteidigung als Bollwerk und zur Aufnahme der Verbände der Oberbefehlshaber West, Südwest und Südost sowie der Heeresgruppe Süd möglich". Den militärischen Oberbefehl sollte Generalfeldmarschall Kesselring, die zivile Leitung (als Reichsverteidigungskommissar für den Südraum) der Tiroler Gauleiter Franz Hofer übernehmen. Interessant ist die Umgrenzung dieser geplanten "Alpenfestung", als deren Zentren die Räume Berchtesgaden, Salzburg, Innsbruck, Bozen, Villach und Spittal an der Drau besonders stark ausgebaut werden sollten: Sie beginnt mit dem Kamm der Allgäuer Alpen, führt über die Valluga und den Arlberg (also unter Ausschluß von ganz Vorarlberg) und in Anlehnung an die Schweizer Grenze über Nauders zum Stilfser Joch. Von dort geht sie über den Ortler, die Adamello-Gruppe, nördlich des Gardasees vorbei über Feltre-Caporetto bis zu den Karawanken (das heißt unter Einschluß ganz Südtirols und der Dolomiten). Entlang des Karawankenkamms führt sie bis Unter-Drauburg, benützt die "Gunther-Stellung" und reicht von Leoben quer durch die Kalkalpen bis zum Dürrenstein. Dort biegt die Linienführung nach Westen um, geht über Waidhofen an der Ybbs und Steyr entlang des Alpenrandes bis zum Brückenkopf Salzburg und schließt über Tegernsee und Murnau bei Füssen den Kreis. Das bedeutet den Verzicht auf eine nennenswerte Industriekapazität, da sowohl die steirischen Zentren Graz und das Mürztal als auch ganz Ostösterreich ausgeschlossen bleiben sollten. Um wenigstens den Rüstungsschwerpunkt Linz-St. Valentin-Steyr-Wels so lange als möglich zur Verfügung zu haben, sollte eine Vorstellung auf der Linie Dürrenstein-Amstetten-Donau-Hausruck eingerichtet werden. (135) Es ist keine Frage, daß eine solche "Alpenfestung" auf längere Sicht kaum verteidigungsfähig gewesen wäre. Es fehlte ihr sowohl eine entsprechende Vorratshaltung als auch das nötige Rohstoff- und Industriepotential, um selbst nur die Munitionserzeugung größerer Verbände sicherzustellen, von der Erzeugung neuer Waffen und Ausrüstungsgegenstände ganz zu schweigen. Auch die großen Eisenerzlager am steirischen Erzberg (der sich übrigens im direkten Verlauf der Ostgrenze befunden hätte) mußten ohne Kohlenbasis wertlos sein. Und die Kohlenversorgung war schon seit langem der bedeutendste Engpaß der österreichischen Wirtschaft gewesen. Dazu kam, daß sich seit Jänner 1945 ein unübersehbarer Flüchtlingsstrom gerade in den Alpenraum ergoß, der zweifellos mit dazu beigetragen hätte, die Lebensmittelversorgung dieser "Kernfestung" zur reinen Utopie werden zu lassen. Es bestand für Großverbände keine reale Chance, in einem solchen alpinen Reduit einen längeren Widerstand zu leisten. Hitler selbst erkannte den Unsinn, ohne hinreichende Wirtschaftsbasis eine selbständige, verteidigungsfähige Bastion einzurichten, als er sagte: "Diese sogenannte Südfestung ist nicht autark. Das ist eine Illusion /.../ Es ist im Süden einfach nichts zu machen." (136)

Der endgültige Zusammenbruch der Kriegsproduktion in Österreich ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zunächst konnten die Direkt-

wirkungen des Bombenkrieges abgeschwächt werden, indem man die wichtigsten Produktionsstätten dezentralisierte und zum Teil unter Tage brachte. Erst die Krise auf dem Transportsektor, die sich seit Herbst 1944 abzuzeichnen begann und die mit dem alliierten Vernichtungsschlag gegen das deutsche Verkehrswesen im Februar 1945 endete, führte zur völligen Desorganisation in der österreichischen Rüstungsindustrie. Als die Kohlen- und Energieversorgung nicht mehr gewährleistet und infolge zerstörter Verkehrswege die Rohstoffzufuhr unterbunden waren, andererseits aber die Fertigprodukte nicht abtransportiert werden konnten, war das Ende der Kriegswirtschaft gekommen. In Westösterreich vollzog sich dieser Prozeß erst im März und April 1945, während der Osten des Landes praktisch seit Februar paralysiert war und schließlich noch Kriegsschauplatz wurde.

Die österreichische Industrie erlebte das Ende des Krieges in einer sehr unterschiedlichen Situation. Während ihre Kapazitäten im Westen weitgehend intakt blieben, bot sich im Osten, ihrem Hauptkonzentrationsgebiet, ein Bild beinahe völliger Zerstörung. Es trat der Zustand ein, daß Produktionszahlen der Rüstungsindustrie fast bedeutungslos wurden, wenn die erzeugten Waffen und Geräte nicht zum Schutz der Fabrikationsstätten eingesetzt werden konnten. Ferner muß das Problem der Arbeitskräftebeschaffung erwähnt werden. Es konnte bis zum Schluß nicht befriedigend gelöst werden und ist eine wichtige Teilursache des wirtschaftlichen Zusammenbruches. Der dauernde Entzug von Arbeitskräften aus der Rüstungsindustrie, um die katastrophalen Menschenverluste an der Front zu ersetzen, zeigt die Grenzen auf, denen Deutschland in seiner ganzen Kriegsführung überhaupt unterworfen war. Weder das Menschen- noch das Rohstoff- und Industriepotential des Deutschen Reiches waren groß genug, um drei Weltmächten auf längere Dauer erfolgreich widerstehen zu können. Otto Saur bezeichnete es am 18. Jänner 1945 als einen der größten Fehler, daß man die Bedeutung der Basisindustrien nicht erkannt hatte und mit viel zu geringen Kapazitäten in den Krieg eingetreten war. (137) So mußte schließlich auch die Konzeption der "qualitativen Überlegenheit" scheitern, denn gerade in der Kriegswirtschaft gilt die alte Erfahrung, daß die Höhe einer Leistungspyramide im wesentlichen von der Breite ihrer Basis bestimmt wird. Alle Versuche, dieses Grundgesetz durch Blitzkriegsmethode und Qualitätsvorsprung zu umgehen, mußten daher vergeblich sein. John Snell hat die Unfähigkeit der obersten deutschen Führung, in der Politik zwischen Mittel und Zweck unterscheiden zu können, als "romantische Realpolitik" bezeichnet. (138) In einer solchen tritt als Aktionsgrundlage an die Stelle der nüchternen Analyse eine überhebliche, provokante Machtpolitik mit der permanenten Neigung zum Hasardspiel. Letzten Endes war auch das ganze deutsche Kriegswirtschaftssystem auf Machtausweitung und militärische Erfolge aufgebaut. Durch Blitzkriege wollte Hitler in den Besitz eines "autarken, verteidigungsfähigen Großraumes" gelangen, mit dem er hoffte, auch einen Weltkrieg durchstehen zu können. Wunschenken und Gewaltanwendung waren also die Prämissen, die für eine solche Art von Politik typisch

sind. Die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten war übrigens bis zum Schluß des Krieges bezeichnend für die deutsche Führung. In seinem Brief an Hitler vom 29. März 1945 sagte zum Beispiel Speer unter anderem: "Jede Neuerung ein Jahr früher, und unser Schicksal wäre ein anderes." (139) Damit wurde auch der Rüstungsminister einer der vielen, die - zum Teil bis heute - die "Zu-spät-Theorie" propagierten und genauso wie Hitler die wahren Kräfteverhältnisse in der Welt übersahen. Der Krieg war in Wirklichkeit für Deutschland schon verloren, als Hitler angriff. Retrospektiv läßt sich natürlich leicht urteilen, im Falle des Zweiten Weltkrieges spielten aber wirtschaftliche Momente eine ungleich größere Rolle als jemals zuvor in der Geschichte.

Die abschließende Frage lautet nun, welche Bedeutung die deutsche kriegswirtschaftliche Strategie für Österreich selbst spielte. Die Eingliederung Österreichs und seine Heranziehung für die deutsche Kriegswirtschaft waren der erste Schritt zur Verwirklichung der deutschen Großraumpläne. Im Jahre 1938 ermöglichte der Anschluß mit seinem Gewinn an Devisen, Rohstoffen, Arbeitskräften und Industriekapazitäten, nicht nur weiterhin in demselben Maße aufzurüsten, sondern verschaffte Hitler einen momentanen Rüstungsvorsprung, der ihn zur Kriegsauslösung verleitete. Im Krieg selbst gewann der österreichische Raum eine zunehmende Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft. Gemessen an den Produktionsmöglichkeiten der stark entwickelten deutschen Hochleistungsindustrie war der österreichische Beitrag zur deutschen Gesamtrüstung naturgemäß bescheiden; auf einigen Fertigungsebenen wurden jedoch beachtliche Ergebnisse erzielt, die sich auch im gesamtdeutschen Rahmen bedeutungsvoll ausnahmen. Es war dies immerhin mehr als ein Drittel der Me 109-Jägererzeugung, rund die Hälfte der Panzer IV-Produktion, die gesamte Fertigung von "Jagdtigern" und "Ferdinand"-Sturmgeschützen sowie hohe Prozentsätze in der Herstellung von Panzerspähwagen, Kampfwagenkanonen, Pak- und Flakgeschützen sowie von schwerer Artillerie, Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Gewehren und Kugellagern. Dazu kamen noch Spezialerzeugnisse wie U-Boot- und Flugmotoren, V-Waffenbestandteile, hochentwickelte Nachrichtengeräte sowie Spezialmunition. (140) Die Expansion der österreichischen Industrie während der Kriegsjahre geht auch aus der Energiebilanz und der Ausbauleistung der Elektrizitätswerke in den Jahren 1937-1946 sehr deutlich hervor: (141)

	Steigerung bis 1946		
	1937	1946	1937 = 100
Ausbauleistung der hydraulischen Kraftwerke (in Mill. Watt)	744	1263	169,8
Ausbauleistung der kalorischen Kraftwerke (in Mill. Watt)	431	572	132,7
Gesamte österr. Ausbauleistung (in Mill. Watt)	1175	1835	156,2
Gesamte Stromerzeugung in öffentl. Anlagen Österreichs (in Mill. kWh)	1406	2520	179,0
davon Export (in Mill. kWh)	413	750	181,0

Der erhöhte Energiebedarf der Kriegsproduktion führte zu einem bemerkenswerten Ausbau des österreichischen Energiepotentials, wobei aber zu beachten ist, daß rund 62 % der im Krieg neu errichteten Wasserkraftwerke in Tirol und Vorarlberg liegen. Sie waren fast ausnahmslos für den Stromexport nach Deutschland eingesetzt, wie es die zwischen 1937 und 1946 beinahe verdoppelte Exportquote demonstriert. Eine weitere wichtige Folge der Rüstungswirtschaft war die unverhältnismäßig starke Zunahme der Großbetriebe. Nach 1938 entstanden Industriekomplexe, wie zum Beispiel in Linz oder Ranshofen, die für die österreichischen Bedürfnisse als Gigantomanie erscheinen mußten, heute aber Herzstücke der österreichischen Industrie darstellen. Die Expansion der Großbetriebe erfolgte ziemlich einseitig. Sie betraf in erster Linie die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie, während eine kongruente Ausweitung weiterverarbeitender Industrien unterlassen oder nur improvisiert für die Dauer des Krieges durchgeführt wurde. So besitzt die österreichische Wirtschaft seit 1945 zwar eine konsolidierte Grundstoffbasis, die darauf aufbauende Finalindustrie entspricht jedoch keineswegs einem so breiten Unterbau. Aus diesem Mißverhältnis ergaben sich strukturelle Schwächen, die bis heute zu den Problemen der österreichischen Industrie zählen. In regionaler Hinsicht allerdings führte die Kriegskonjunktur zu einer eher günstigen Vereinheitlichung der Wirtschaftsstruktur in Österreich. Die Suche nach luftgeschützten Gebieten, die auch verkehrsgünstig zu Deutschland liegen mußten, brachte die Erschließung neuer Industriezonen in Westösterreich. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die deutschen Investitionen zwar nicht im spezifisch österreichischen Interesse getätigt wurden, sich nach Kriegsende aber von potentiellstem Nutzen für die Alpenrepublik erwiesen, wobei vor allem bei der Ausbeutung der Erdölfelder und beim Ausbau der Hydroenergie die Höhe der Investitionen berücksichtigt werden muß. Die deutsche Kriegswirtschaft hat außerdem bedeutsame neue Kapazitäten in der Maschinen- und Metallindustrie geschaffen sowie modernst ausgestattete Großbetriebe errichtet, deren Wert in einer normalen Friedenswirtschaft durchaus problematisch gewesen wäre. Sie waren nicht auf die natürlichen Standortbedingungen und Eigenheiten des alpenländischen Wirtschaftsraumes, sondern auf einen europäischen Großwirtschaftsraum unter deutscher Hegemonie zugeschnitten. Nur durch die unvorhersehbare Nachkriegsentwicklung, die einer solchen Konzeption entgegenkam, hat Österreich von dieser Situation profitiert. Dabei haben sich die einzelnen Industriezweige seit 1937 sehr ungleichmäßig entwickelt. Während die Produktion von Investitionsgütern von 1937 bis 1959 um 260 % stieg, steigerte sich die Konsumgüterproduktion im selben Zeitraum nur um 80 %. Damit ist für die Alpenrepublik eine entscheidende schwerindustrielle Basis gegeben, die dem Land von der Position des "Randproduzenten" mit einer konjunkturrempfindlichen Konsumgüterindustrie zu einer ausgewogeneren, dynamischen Industriestruktur verhalf. (142)

(Auszüge aus diesem Artikel wurden am 16. Internationalen Kongreß der Geschichtswissenschaften in Stuttgart im August 1985 gehalten.)

ANMERKUNGEN

- 1 Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Mikrofilmarchiv (zit. MF), Aktenkomplex "Wehrwirtschaft-Rüstung"/OKW, T 77/751, 986 654-986 670.
- 2 Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973, S. 122-137.
- 3 Zur Blitzkriegsstrategie siehe u. a.: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1 = Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979 (vor allem die Beiträge von Hans-Erich Volkmann und Manfred Messerschmidt); Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, hg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1975 (vor allem die Beiträge von Timothy W. Mason und Alan S. Milward); Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichwirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, S. 193 ff.
- 4 Bundesarchiv Koblenz (zit. BA). Informationsbericht Nr. 27 vom 10. Juli 1936 (Dertinger), Zsg 101/29.
- 5 Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien-München 1979, S. 433.
- 6 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof (zit. IMT), Bd. XXV, Nürnberg 1949, PS-386, S. 402-413.
- 7 Ebenda.
- 8 Teilweise dokumentiert von Norbert Schausberger, Wirtschaftliche Aspekte des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (zit. MGM) 2/1970.
- 9 S. L. Gabriel, Österreich in der großdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 147, Jena 1938, S. 641-694.
- 10 Otto Klambauer, Die Frage des Deutschen Eigentums in Österreich, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979, S. 140.
- 11 Karl Stuhlpfarrer/Leopold Steurer, Die Ossa in Österreich, in: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927-1938, Wien 1975, S. 35-64.
- 12 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D (zit. ADAP), Bd. 1, Dok. Nr. 328, S. 450.
- 13 ADAP, Bd. I, Dok. Nr. 313, S. 439 f.
- 14 Schausberger, Der Griff nach Österreich, S. 567 ff.
- 15 Norbert Schausberger, Der wirtschaftliche Anschluß Österreichs 1938, in: Österreich in Geschichte und Literatur (zit. ÖGL), 5/1971, S. 249 ff.
- 16 Keesings Archiv 1938, 3488.
- 17 MF, T 71-110, 612 934 ff. Reichsstelle für Wirtschaftsausbau im Reichswirt-

- schaftsministerium vom 23. März 1938.
- 18 Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung 1939, Sonderheft Nr. 2/3, S. 41.
 - 19 MF, I 77/750, 984 772. Wirtschaftsberichte der Wehrwirtschaftsinspektion im Wehrkreis XVII, 1939.
 - 20 Lieselotte Wittek-Saltzberg, Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs, phil. Diss., Wien 1970, S. 142 ff.
 - 21 Klambauer, Deutsches Eigentum, S. 143-149.
 - 22 Karl Hendrich, Die wirtschaftliche Durchdringung Österreichs durch Deutschland und deren betriebswirtschaftliche folgen, wirtschaftswissenschaftl. Diss., Wien 1948, S. 38.
 - 23 MF, I 77/11, 722 477 ff. Aktenkomplex "Wehrwirtschaft-Rüstung" (OKW), Liste der Rüstungsbauvorhaben in den Bereichen XVII und XVIII.
 - 24 MF, I 77/752, 1 987 002. Wehrwirtschaftsberichte der Wehrwirtschaftsinspektion im Wehrkreis XVII, 1938.
 - 25 Norbert Schausberger, Rüstung in Österreich 1938-1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung, Wien 1970, Anlage 6, S. 191.
 - 26 Ebenda, S. 33 f.
 - 27 Walter Rafelsberger, Wirtschaftsplanung im Reichsgau Wien, in: Kräfte und Leistungen der ostmärkischen Wirtschaft. Ein Rechenschaftsbericht seit dem Anschluß, Die deutsche Volkswirtschaft 12/1940, S. 377.
 - 28 BA, R 24/17, fol. 1 f. Studie des Statistischen Reichsamtes. Geheime Kommandosache.
 - 29 BA, Brammer-Material, 101/33, S. 357 ff.
 - 30 Deutschland im Kampf, hg. von A. J. Berndt und Oberst von Wedel, Nr. 39/40, Berlin 1941, S. 175.
 - 31 Lajos Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Budapest 1966, S. 171.
 - 32 MF, I 77/657, 1 857 815.
 - 33 Wilhelmstraßenprozeß Nr. 408, Dok. EC-282. Carl Krauch am 28. April 1939.
 - 34 MF, I 77/751, 985 756, Wehrwirtschaftsstab im OKW.
 - 35 Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1919-1943/45), Schriften des Bundesarchivs 14, hg. von Wolfgang Birkenfeld, Boppard am Rhein 1966, S. 146-150.
 - 36 MF, I 77/750, 984 512.
 - 37 MF, I 77/749, 984 410 f.
 - 38 Schausberger, Rüstung in Österreich, S. 53.

- 39 Thomas, S. 172.
- 40 Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 12, Stuttgart 1966, S. 38.
- 41 Thomas, S. 408-411.
- 42 Ebenda, S. 432-435.
- 43 Ebenda, S. 235.
- 44 MF, I 77/739, 968 849, Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion XVIII, 1. 4. 1940-30. 9. 1941.
- 45 Schausberger, Rüstung in Österreich, S. 71-74.
- 46 Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945, hg. von Walther Hubatsch, Frankfurt 1962, S. 136-139.
- 47 Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. II, 1941-1943, Berlin 1985, S. 13 ff.
- 48 MF, I 77/749, 983 860, Lageberichte der Rüstungsinspektion XVII.
- 49 Schausberger, Rüstung in Österreich, S. 83.
- 50 MF, I 77/744, 976 171, Kriegstagebuch Rüstungskommando Linz.
- 51 Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), hg. von Percy Ernst Schramm in Zusammenarbeit mit Andreas Hillgruber, Walther Hubatsch und Hans-Adolf Jacobsen, Bd. I-IV, Frankfurt 1961-1965 (zit. KTB/OKW), Bd. II, S. 1265 ff.
- 52 Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 47 f.
- 53 Anatomie des Krieges, hg. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 373.
- 54 Willi A. Boelcke (Hg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942-1945, Frankfurt 1969 (zit. Speer-Protokolle), S. 66.
- 55 MF, I 77/11, 722 564-71, Vortrag von General Thomas über "Die militärische und wirtschaftliche Lage und die sich hieraus ergebenden neuen Forderungen bezüglich der Rüstung".
- 56 Milward, Kriegswirtschaft, S. 75.
- 57 Thomas, S. 310.
- 58 Hitlers Weisungen für die Kriegsführung, S. 183-188, Weisung Nr. 41 vom 5. 4. 1942.
- 59 Milward, Kriegswirtschaft, S. 81, Führerkonferenz vom 28. Juni 1942.
- 60 Schausberger, Rüstung in Österreich, Anlage 10.
- 61 Ebenda, Anlage 5.
- 62 MF, I 77/740, 970 517-18, Betriebsstatistik im Wehrkreis XVIII.

- 63 MF, I 77/744, 976 261 f. und 976 309 f.
- 64 MF, I 77/747, 979 982, Sondereinberufungs- und Rüstungstauschaktion.
- 65 MF, I 77/740, 970 517 f.
- 66 KTB/OKW, Bd. II., S. 1292 f.
- 67 Milward, Kriegswirtschaft, S. 91 f.
- 68 Ebenda, S. 93.
- 69 Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 125 f.
- 70 IMI XVI, S. 528.
- 71 MF, I 77/746, 979 238 f.
- 72 Michael Salewski, Die deutsche Seekriegsleitung 1935-1945, Bd. III: Denkschriften und Lagebetrachtungen 1938-1944, Frankfurt 1973, S. 365 ff.
- 73 Reichsgesetzblatt 1943, I, S. 529.
- 74 KTB/OKW, Bd. III, S. 1574/75, Führerbefehl vom 27. November 1943 zur "Auskämmung des letzten kriegsverwendungsfähigen Mannes".
- 75 Milward, S. 100.
- 76 MF, I 84/34, 1 309 900, Führerbefehl vom 6. Dezember 1943.
- 77 Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 382 f.
- 78 Ebenda, S. 383.
- 79 MF, I 77/740, 970 756 f.
- 80 Schausberger, Rüstung in Österreich, S. 130 f.
- 81 Ebenda, Anlage 5.
- 82 MF, I 77/743, 974 636, Anordnung Speers vom 18. Juli 1943.
- 83 MF, I 77/740, 970 877.
- 84 MF, I 77/744, 976 408, Die "Kugellagerschnellaktion Kessler".
- 85 Schausberger, Rüstung in Österreich, Anlage 9.
- 86 Ebenda, Anlage 10.
- 87 Ebenda, S. 138 f.
- 88 MF, I 73/183, 3 395 339 ff.
- 89 Ebenda, 3 395 354 f.
- 90 IMI, Dok. L-173. Vortrag Jodls über die strategische Lage am Anfang des 5. Kriegsjahres vor Gauleitern am 7. November 1943 in München.
- 91 Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-1945, hg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1962, S. 453 ff.

- 92 Milward, S. 126.
- 93 MF, I 77/747, 980 691.
- 94 Milward, S. 128.
- 95 Ebenda, S. 115.
- 96 Schausberger, Rüstung in Österreich, Anlage 15.
- 97 MF, I 77/745, 977 284.
- 98 Enno Georg, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 7, Stuttgart 1963, S. 57.
- 99 Im Jahre 1944 wurden in Österreich bereits 1,2 Millionen t Erdöl gefördert. Siehe: Erdöl in Österreich, hg. von der Gesellschaft für Natur und Technik, Wien 1957, S. 73.
- 100 Moosbierbaum erzeugte im Spätsommer 1944 rund 20 % des gesamten deutschen Flugtreibstoffes. Siehe Wolfgang Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff 1933-1945. Studien und Dokumente zur Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd. 8, Göttingen 1964, S. 228 f.
- 101 MF, I 71/110, 613 029.
- 102 Speer-Protokolle, S. 365 ff.
- 103 MF, I 77/743, 975 094.
- 104 Milward, S. 112 f.
- 105 Schausberger, Rüstung in Österreich, Anlage 5.
- 106 MF, I 77/745, 977 284.
- 107 MF, I 77/747, 980 809 f.
- 108 Milward, S. 131 sowie MF, I 77/747, 980 197 ff.
- 109 MF, I 77/746, 979 563.
- 110 MF, I 77/747, 980 771.
- 111 Schausberger, Rüstung in Österreich, Anlage 11.
- 112 Ebenda, Anlage 10.
- 113 Ebenda, Anlage 16 sowie MF, I 77/747, 980 771.
- 114 Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, Berlin ²1963, S. 117 f.
- 115 Speer-Protokolle, S. 468.
- 116 Milward, S. 154.
- 117 Ebenda, S. 151.
- 118 Reichsgesetzblatt 1944, I, S. 253 f. Erlaß Hitlers über die Bildung des deut-

- schen Volkssturmes vom 25. September 1944.
- 119 Hitlers Lagebesprechungen, 31. August 1944, S. 615.
- 120 Ebenda, 12. Dezember 1944, S. 721.
- 121 Ebenda, 28. und 29. Dezember 1944, S. 740 und 780.
- 122 Ebenda, 12. Dezember 1944, S. 719 f.
- 123 MF, I 77/747, 980 883 f.
- 124 Norbert Schausberger, Mobilisierung und Einsatz fremdländischer Arbeitskräfte während des 2. Weltkrieges in Österreich. Österreichischer Beitrag zum 13. Internationalen Kongreß der historischen Wissenschaften in Moskau 1970, Wien 1970, S. 11/12.
- 125 Schausberger, Rüstung in Österreich, Anlage 10.
- 126 Ebenda, S. 345.
- 127 Ebenda, Anlage 11.
- 128 MF, I 77/743, 975 307.
- 129 Schausberger, Rüstung in Österreich, Anlage 9.
- 130 Ebenda, Anlage 5.
- 131 Speer-Protokolle vom 26. 2. 1945, S. 471.
- 132 KTB/OKW, Bd. IV, S. 1605.
- 133 Hitlers Lagebesprechung am 25. April 1945, in: Der Spiegel, 20. J., Nr. 3 vom 10. 1. 1966, S. 37.
- 134 KTB/OKW, Bd. IV, S. 1447.
- 135 Ebenda.
- 136 Hitlers Lagebesprechung am 25. April 1945, S. 37.
- 137 "Man ging mit 24 Mill. t Rohstahl in den Krieg, Feindseite verfügte über 100 Mill. t!" MF, I 71/34, 428 599.
- 138 John Snell, Illusionen und Realpolitik. Die diplomatische Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Wien 1966, S. 17.
- 139 IMT XVI, S. 547 f.
- 140 Schausberger, Rüstung in Österreich, S. 190-205.
- 141 Norbert Schausberger, Die Auswirkungen der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1938-1945 auf die soziale und ökonomische Struktur Österreichs, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, hg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1977, S. 250.
- 142 Fritz Nemschak, Die Stellung der Gemeinwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft, Wien 1961, S. 11.

WOLFGANG NEUGEBAUER

WAS IST WIDERSTAND?

Referat. Internationales Colloquium: Widerstand gegen das Dritte Reich. Forschungsstand und Forschungsmöglichkeiten, Berlin 1983

Die auf den ersten Blick so einfache Frage "Was ist Widerstand?" erweist sich bei näherer Beschäftigung als ein vielschichtiges, vieldiskutiertes, politisch zutiefst umstrittenes und letztlich definitorisch kaum befriedigend zu lösendes Problem, ja man kann sagen, daß die Frage nach dem Gegenstand der Widerstandsforschung zum zentralen Thema der einschlägigen wissenschaftlichen Diskussion wurde. Im Grunde müßte in einem solchen Beitrag die gesamte Entwicklung der Widerstandsforschung, der Erforschung des NS-Regimes dargelegt werden.

Ich muß freilich gestehen, daß bei meiner Beschäftigung mit Widerstand nicht begriffliche Erfassung und theoretische Durchdringung im Vordergrund standen, sondern die praktische Aufarbeitung von Quellenmaterial und deren Edition, um sozusagen erst die Grundlagen für nachfolgende Darstellungen, Analysen und Theoriebildungen zu schaffen. Ich möchte daher nicht mit einer Begriffsbestimmung beginnen oder Thesen vorlegen, sondern in meinen Ausführungen von eigenen Erfahrungen in der Widerstandsforschung, die ich als Bearbeiter der Reihe "Widerstand und Verfolgung in österreichischen Bundesländern 1934-1945" seit 1970 gemacht habe, ausgehen. Da wir bei unserem zwar in regionale Teilarbeiten gegliederten, aber auf ganz Österreich und auf die Erfassung aller Formen von Widerstand abzielenden Projekt ständig mit der ganzen Palette der Probleme der Widerstandsforschung konfrontiert sind, kann man auch auf diese Weise der Fragestellung gerecht werden, wenn in diesem Zusammenhang spezifisch österreichische Probleme außer acht gelassen werden. Daran möchte ich einige Bemerkungen über die Entwicklung der Widerstandsforschung anschließen.

Als wir im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1970 mit der systematischen Erforschung des österreichischen Widerstandes im Rahmen unseres Projektes "Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945" begannen, war es natürlich notwendig, sich über den Begriff Widerstand Gedanken zu machen. Das österreichische Opferfürsorgegesetz aus dem Jahr 1947, Pendant zum Bundesentschädigungsgesetz der BRD, in dem der Begriff Widerstandskämpfer gesetzlich geregelt ist: "Personen, die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewußtes Österreich, insbesondere gegen Ideen und Ziele des Nationalsozialismus, mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort und Tat eingesetzt haben" (1) - dieses Gesetz bot uns dabei freilich keine Hilfestellung; denn durch diesen terminologischen Raster

wären nahezu alle großen Widerstandsgruppen und die meisten Widerstandskämpfer in bestimmten Phasen ihrer Entwicklung gefallen.

Obwohl zu diesem Zeitpunkt die Widerstandsforschung noch weitgehend auf den aktiven, politisch organisierten Widerstand konzentriert war und selbst innerhalb dieses eng gefaßten Widerstandsbegriffes politisch motivierte Ausgrenzungen weit verbreitet waren, haben wir von Anfang an unseren Arbeiten einen sehr breiten Widerstandsbegriff zugrunde gelegt. Schon mit der Wahl des Projekttitels "Widerstand und Verfolgung" wurde zum Ausdruck gebracht, daß keine enge Begrenzung - etwa im Sinne des Kampfes für ein "freies Österreich" - vorgenommen wurde, sondern daß wir das ganze Spektrum von Widerstand, Opposition und Unzufriedenheit, von Diskriminierung und Verfolgung, also jede nonkonformistische Reaktion auf die Diktaturherrschaft - zumindest exemplarisch - dokumentieren wollten. Wir folgten dabei den Auffassungen des Linzer Zeithistorikers Karl Rudolf Stadler, eines Pioniers der österreichischen Widerstandsforschung, der in seinem 1966 erschienenen Werk "Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten" schrieb: "Angesichts des totalen Gehorsamkeitsanspruches der Machthaber und der auf seine Verletzung drohenden Sanktionen muß jegliche Opposition im Dritten Reich als Widerstandshandlung gewertet werden - auch wenn es sich um einen vereinzelt Versuch handelt, 'anständig zu bleiben'." (2)

Von Anfang an wurde also auch der nichtorganisierte, politisch weniger bewußte Widerstand von einzelnen berücksichtigt, der eine breite Streuung von heimtückischen Äußerungen, Wehrkraftzersetzung, Abhören von ausländischen Sendern, Sabotage bis zu Hilfeleistungen für rassistisch Verfolgte und Kriegsgefangene aufweist. Gerade diese Bagatellfälle des Widerstandes, von dem österreichischen Schriftsteller Bruno Frei der "kleine Widerstand" genannt, spiegeln in ihrer Häufung die Stimmung der Bevölkerung wider.

Entsprechend der politischen Struktur und den Grundsätzen des Dokumentationsarchivs, in dem Vertreter verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtungen - von den Kommunisten über Sozialisten, Katholiken, Konservative bis hin zu ehemaligen "Austrofaschisten" - zusammenarbeiten, wurde in unseren Arbeiten keine Gruppe des Widerstandes von vornherein ausgeklammert, sondern jeder Widerstand - aus welchen politischen, weltanschaulichen, religiösen, sittlichen, nationalen oder sonstigen Gründen immer - dokumentiert: dissidente Kommunisten, verfolgte NS-Abspaltungen wie die "Schwarze Front", Zeugen Jehovas und andere Sekten, um nur einige, nicht selten übergangene Kleingruppen zu nennen. Von diesem Prinzip wurde nur in einem einzigen Fall abgegangen: eine Klippe, um die wir nicht herumkamen, war die Ausklammerung der illegalen NS-Bewegung in der Zeit des sogenannten "christlichen Ständestaates". Im Hinblick auf diese spezifisch österreichische Problemstellung braucht darauf hier nicht näher eingegangen werden.

Daß ein solcher breitgefaßter Widerstandsbegriff damals noch keineswegs selbstverständlich war, braucht wohl nicht betont zu werden. Eine von

aktuellen politischen Überlegungen diktierte Ausgrenzung von bestimmten Widerstandsgruppen war (und ist zum Teil) sowohl in der BRD- als auch in der DDR-Historiographie üblich, und solche aus dem Geist des kalten Krieges zu verstehende Tendenzen äußerten sich auch in Österreich, etwa in den bekannten Arbeiten von Otto Molden "Der Ruf des Gewissens" und Hermann Mitteräcker "Kampf und Opfer für Österreich".

In unsere Auffassung von Widerstand ist auch die Emigration als solche und insbesondere die politische Tätigkeit von Emigranten eingeschlossen. Herbert Strauß weist zurecht darauf hin, daß bereits im Akt der Emigration eine bewußte Ablehnung des NS-Staates zu erblicken ist. Allerdings mußten wir schon aus Arbeits- und Kostengründen diese Forschungsarbeiten vorerst zurückstellen und konnten - vom Exilsymposium 1975 abgesehen - erst 1981 mit einer umfassenden Erforschung der österreichischen Emigration beginnen. Zugegebenermaßen keine Aufmerksamkeit geschenkt haben wir bisher dem Problemkreis "innere Emigration", dem Rückzug ins Privatleben, negativ veranschaulicht durch die "geballte Faust im Sack"; vielleicht lag es im Mangel an Quellen, möglicherweise spielte diese vornehmlich im Kreise von Kulturschaffenden anzutreffende Verhaltensweise in Österreich eine geringere Rolle als im damaligen "Altreich".

Da wir nicht nur von den politischen Organisationen (beispielsweise Parteien) ausgingen, sondern übergeordnete politisch-soziale Begriffe wie Arbeiterbewegung oder katholisch-konservatives Lager als Gliederungsprinzip heranzogen, war es möglich, ein ganzes Spektrum von Widerstand und Opposition zusammenhängend zu dokumentieren, zum Beispiel für die Arbeiterbewegung: Arbeitsverweigerung, Streik, Arbeitsvertragsbrüche, Unmutsäußerungen, Sabotage, politische Organisationen. Detlev Peukert hat darüber sehr zutreffend den Begriff "Arbeiterwiderstand" geprägt.

Natürlich bleiben auch bei einem noch so breit angelegten Widerstandsbegriff Abgrenzungsprobleme nicht aus. Ein Problem stellt die Abgrenzung zwischen objektiver und subjektiver Seite einer Widerstandshandlung dar. Im Falle von Fahnenflucht etwa, objektiv zweifellos eine Schwächung der NS-Kriegsmaschinerie, kann subjektiv Feigheit die Motivation der Handlung gewesen sein. Solche und ähnliche Fälle wurden in unsere Dokumentation generell aufgenommen, da eine politisch-moralische Wertung von späteren Darstellungen vorgenommen werden kann. Oder eine andere Problematik: Wie ist die Behauptung von NS-Richtern einzuschätzen, sie hätten absichtlich milde Urteile verhängt, oder anderer wiederum, die durch hohe zeitliche Strafen politische Täter vor Todesstrafe oder Überstellung in KZ bewahrt haben wollten. Wie ist der NS-Funktionär zu beurteilen, der die Judenverfolgung mitträgt, aber einem ihm persönlich bekannten Juden half? In unserer Wien-Dokumentation scheint z. B. ein Wehrmachtsoffizier als Angehöriger einer Widerstandsgruppe im Jahre 1945 auf, von dem sich nachträglich herausstellte, daß er 1941 an Massenschießungen in Serbien teilgenommen hatte und auf der jugoslawischen Fahndungsliste stand. Ist er als Widerstandskämpfer zu betrachten?

Gewiß lassen sich da noch zahlreiche weitere Problemfälle finden.

Schwieriger scheint mir die Abgrenzung von Widerstand und Opposition gegenüber Formen asozialen Verhaltens und echter Kriminalität. Wirtschaftsdelikte wie Schwarzschlachten, Preistreiberei oder Schwarzhandel haben wir zuerst ausgeklammert, wurden jedoch in späteren Arbeiten exemplarisch dokumentiert. Vor allem bei der Erfassung bäuerlichen Widerstandsverhaltens sind Schwarzschlachten, Nichabliefereung von Produkten etc. relevant.

Den Schritt, auch die - nach heutigen Rechtsmaßstäben - terroristische Verfolgung von Kriminellen, Homosexuellen, Asozialen u. dgl. zu dokumentieren, haben wir freilich noch nicht gewagt. Denn groß wäre voraussichtlich das Unverständnis von ehemaligen Widerstandskämpfern und KZ-Häftlingen, mit jenen, die unter Umständen im KZ als Capos, Funktionshäftlinge ihre Peiniger waren, in einem Atemzug als Opfer des Nationalsozialismus genannt zu werden. Auch muß man hier die rechts-extreme Propaganda vor Augen haben, die immer schon auf die Gleichsetzung von Widerstandskämpfern, Partisanen, KZlern mit Asozialen, Verbrechern und Mördern abzielte. Wie fließend aber hier die Grenzen sind, zeigt die bekannte Methode der Gestapo, unbequemen katholischen Priestern Unzuchtsdelikte anzuhängen. Jedenfalls scheint mir die Berücksichtigung der Opfer einer exzessiven Strafjustiz - etwa Todesstrafe für Postpäckchendiebe - oder einer rigorosen KZ-Einweisungspraxis zumindest diskutierenswert.

Nach diesem ethnozentrischen Exkurs möchte ich nun versuchen, in einigen groben Zügen die Entwicklung des Widerstandsbegriffes zu skizzieren. 1965 konnte Günther Plum bei der m. E. sehr wichtigen Widerstandstagung der Friedrich-Ebert-Stiftung feststellen, daß "eine Definition des Begriffes Widerstand, wenigstens im Sinne einer Umschreibung der Handlungsweisen, die ihm zugerechnet werden sollen, /.../ in der Literatur der Bundesrepublik noch kaum versucht /wurde/". (3) In seiner sehr übersichtlichen Darstellung des Stichwortes "Widerstandsbewegungen" in der Enzyklopädie "Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft" (1972) verzeichnete Plum die bis dahin geführte internationale Diskussion um den Widerstandsbegriff, doch scheint es mir im Hinblick auf deren Irrelevanz für die heutige Forschung nicht sinnvoll, darauf näher einzugehen. Zur Illustration möchte ich lediglich eine Definition anführen, jene von Henri Michel, einem führenden französischen Widerstandsforscher, Präsident des Internationalen Komitees Geschichte Zweiter Weltkrieg, der 1963 formulierte: "Die Widerstandsbewegung ist ein patriotischer Kampf für die Befreiung des Vaterlandes. Sie ist darüber hinaus ein Kampf gegen den Totalitarismus für Freiheit und Menschenwürde." (4)

Daß eine solche Begriffsbestimmung mit ihrer Reduktion auf die in sich wiederum eingeengte politische Dimension für die Widerstandsforschung insbesondere in Deutschland und Österreich keine brauchbare Grundlage bieten kann, braucht wohl nicht näher erläutert werden. Jedenfalls wurde (und wird) in der Forschung außerhalb Deutschlands und Österreichs der

Widerstand als ein mehr oder weniger organisierter nationaler Kampf gegen die deutsch-faschistische Besatzung (bzw. die anderer Achsenmächte) verstanden. In der BRD und in der DDR hingegen wurde der Widerstandsbegriff im Sinne des jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Systems mehr oder weniger politisch eingeengt. Die Historiographie der BRD hat sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - weitgehend auf den Aufstandsversuch vom 20. Juli 1944 konzentriert und lange Zeit nur den militärischen, bürgerlichen und kirchlichen Widerstand behandelt, wobei die vor allem von Hans Rothfels vorgenommene Betonung des sittlichen Momentes gegenüber politischer Handlungsmotivation zum Tragen kam. Der weitaus größere Widerstand der deutschen Arbeiterbewegung wurde aus vornehmlich antikommunistischen Überlegungen weitgehend ignoriert, bestenfalls als sozialdemokratisches Anhängsel der Verschwörung vom 20. Juli erfaßt. Die Widerstandstätigkeit der "Roten Kapelle" wurde von einem namhaften Historiker wie Carl Ritter einfach als "Verrat" abgetan. Grotesker Höhepunkt einer solchen politisch deformierten Historiographie war die Theorie eines abgestuften Widerstandsrechtes, derzufolge nur die sogenannten "Amtsträger" aufgrund ihrer höheren Einsicht in die Zusammenhänge ein Recht zum Widerstand gehabt hätten. Wolfgang Abendroth brachte diese Gewichtung der Widerstandsforschung mit der "vorwiegend geistesgeschichtlichen und der im übrigen ohnehin vorwiegend auf die politischen Haupt- und Staatsaktionen und das jeweilige Denken der Oberschicht gerichteten Tendenz der deutschen Geschichtswissenschaft" (5) und mit rückläufigen Entwicklungen in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik in Zusammenhang.

Auf der anderen Seite schloß die in der Historiographie der DDR praktizierte Auffassung vom antifaschistischen Widerstand im Zusammenhang mit der Dimitrow-Theorie vom Faschismus als terroristischer Diktatur des Monopolkapitals weite Teile des bürgerlichen und militärischen Widerstandes aus. Im "Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung" (1969) wird der "antifaschistische Widerstand" definiert als "Kampfbewegung gegen das Hitlerregime und für den Sturz der faschistischen Diktatur", "deren Teilnehmer aus nahezu allen Kreisen und Schichten des deutschen Volkes, vor allem aus der Arbeiterklasse kamen" (6) und an deren Spitze die Kommunistische Partei Deutschlands stand. Im weiteren wird ausdrücklich festgestellt, daß die "reaktionäre" Gruppe Goerdeler-Beck-Schacht "wegen ihres reaktionären Programms zur Erhaltung der Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus nicht zum antifaschistischen Widerstand gehört". (7) Im Widerspruch zu dieser Definition und ohne nähere Begründung wurden (und werden) aber auch Kleingruppen der Arbeiterbewegung, insbesondere unbequeme kommunistische Dissidenten, etwa Trotzlisten, von der DDR-Widerstandsforschung ausgeklammert.

Es war nur konsequent, wenn sich die DDR als historisches Ergebnis eines so interpretierten antifaschistischen Kampfes und der daran anschließenden antifaschistisch-demokratischen Umwälzung verstand. Die BRD wiederum reklamierte für sich die freiheitlich-demokratische Tradi-

tion der Männer des 20. Juli 1944 - ein Anspruch, dessen Fragwürdigkeit Hans Mommsen und Ralf Dahrendorf nachwiesen. Zweifellos haben diese politischen Legitimationstendenzen die Widerstandsforschung eingeschränkt und behindert. Zu Recht ist mit viel Ironie von einer "Arbeitsteilung" zwischen west- und ostdeutscher Widerstandsforschung gesprochen worden.

Erst Ende der sechziger Jahre, nachdem eine neue, kritisch denkende Generation von Historikern die Kalte-Kriegs-Mentalität überwunden hatte, wurde in der BRD-Forschung auch der Widerstand der Unterschichten und der politischen Linken thematisiert, während gleichzeitig die kirchliche und bürgerliche Opposition einer kritischeren Untersuchung unterzogen wurde. Vor allem durch die bahnbrechenden Arbeiten des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung (Kurt Klotzbach, Hans-Josef Steinberg und Kuno Bludau) ab 1969, aber auch durch politikwissenschaftliche Arbeiten der Abendroth-Schule über kleinere linke Widerstandsgruppen und durch viele lokale und regionale Studien entstand ein wahrheitsgetreueres Bild des deutschen Widerstandes. Dabei wurde deutlich herausgearbeitet, daß der Widerstand vom Tage der Machtergreifung an durch viele Jahre in erster Linie von den Angehörigen der ehemaligen Linksparteien geleistet wurde. In der Arbeit von Hans-Josef Steinberg wurde erstmals auch der sogenannten "Volksopposition" größere Beachtung geschenkt.

Erst allmählich und im Zuge der Verlagerung auf regionale Forschungsprojekte, die über die Betrachtung des Kleinen fast unvermeidlich auf das Alltägliche stoßen mußten, rückten jene Verhaltensweisen in den Blickpunkt, die - als quantitativ entscheidende Größe - zwischen den Ansprüchen der Herrschenden und denen der Widerstandskräfte lagen, die im Laufe der Zeit zwischen diesen Polen schwankten. Die Faszination, die von der Alltagsgeschichte derzeit ausgeht, begünstigte diesen ansatzweisen Perspektivenwechsel, wodurch die gegenüber Widerstand bzw. Herrschenden bisher vernachlässigten Verhaltensweisen größere wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfuhren.

Das wichtigste derartige Vorhaben, das auf die Erfassung der ganzen Breite individuellen und Gruppenverhaltens abzielt, ist das Forschungsprojekt "Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933-1945", ist doch dieses Projekt nicht nur für die regionalgeschichtliche Forschung von Interesse, sondern mit seiner geradezu revolutionären Konzeption auch für die Fragestellung "Was ist Widerstand?" von größter Relevanz. (8) Für dieses Projekt hat Peter Hüttenberger theoretische "Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff" entwickelt und 1977 veröffentlicht, in denen Spieltheorien als heuristisches Instrument zur Erarbeitung einer mehrschichtigen Definition des Widerstandsbegriffs, insbesondere im Hinblick auf das Verhalten großer sozialer Einheiten, angewandt wurden. Ich kann freilich nicht beurteilen, inwieweit diese gewiß originellen "Vorüberlegungen" beim Bayern-Projekt tatsächlich zum Tragen kamen.

Die Herausgeber legen an Stelle des ihres Erachtens "moralisch politischen Legitimationsbegriffs 'Widerstand'" den vorgeblich strukturgeschicht-

lichen Begriff der "Resistenz" (9) ihrer Arbeit zugrunde, um auf diese Weise vorschnellen Gegenstandsverengungen und moralisierenden Betrachtungen zu entgehen. "Der so gefaßte - wertneutrale - Resistenzbegriff ist /nach Martin Broszat/ einerseits weiter, andererseits enger als der werthafte Begriff des 'Widerstandes' oder der 'Opposition', wie er sich unter verhaltensgeschichtlichem Aspekt ergibt. Er umfaßt einerseits Erscheinungsformen der - wirksamen - Herrschaftsbegrenzung des NS, die kaum oder gar nicht als bewußte Anti-Haltung politisch motiviert waren (z. B. auch die bäuerliche Widersetzlichkeit gegenüber bestimmten Planungen oder Lenkungen der nationalsozialistischen Reichsnährstandsorganisation), umgreift andererseits aber nicht die nur in individuellem Bewußtsein latent vorhandene, nicht in Handlungen oder kommunikative Wirkungen umgesetzte gegnerische Einstellung, auch wenn sie noch so 'ideal' gewesen ist." (10) "Resistenz /so heißt es bei Broszat weiter/ konnte begründet sein in der Fortexistenz relativ unabhängiger Institutionen (Kirchen, Bürokratie, Wehrmacht), der Geltendmachung dem NS widerstrebender, sittlich-religiöser Normen, institutioneller und wirtschaftlicher Interessen oder rechtlicher, geistiger, künstlerischer o. a. Maßstäbe." (11)

Weit über die Erforschung des Komplexes Widerstand und Verfolgung hinaus erhebt die Arbeit Anspruch, "zur Erkenntnis der ganzen Wirklichkeit des komplexen Verhaltens der Bevölkerung in der NS-Zeit" zu gelangen, die "Wirkungsgeschichte des NS-Regimes 'von unten', von der sozialen Basis her zu dokumentieren"; sie versteht sich als "regional- und schichtenspezifische Teilgeschichte" einer noch nicht geschriebenen Geschichte der deutschen Gesellschaft in der NS-Zeit. (12) (Martin Broszat)

Diese selbstgestellten hohen Ansprüche und die die bisherige Widerstandsforschung herausfordernde Konzeption mußten - trotz allgemeiner großer Anerkennung des Wertes des dokumentierten und analysierten Quellenmaterials - Diskussion und Kritik hervorrufen. Christoph Kleßmann aus Bielefeld sieht einerseits die Gefahr, daß Nonkonformismus und Festhalten an überkommenen Verhaltensweisen von den Betroffenen zu Opposition und Widerstand gegen das Regime hochstilisiert werden, andererseits plädiert er dafür, Widerstand nicht primär funktional als Herrschaftsbegrenzung, sondern intentional als bewußtes Handeln in einem bestimmten Bereich anzusiedeln. Reinhard Mann hat auf die Ambivalenz der herrschaftsfreien Räume hingewiesen: Sie erfüllten auch eine systemerhaltende Funktion insofern, als sie der Ausdehnung der Herrschaftsansprüche, solange sie davon nicht direkt tangiert waren, keinen Widerstand entgegensezten.

Schließlich ist auch der Begriff "Resistenz" selbst massiv in Frage gestellt worden. Willibald Ingo Holzer moniert eine nicht geleistete Definition, bezweifelt die Brauchbarkeit des aus der Biologie kommenden, dort statische Seinszustände meinenden Terminus zur Kennzeichnung gerade strukturgeschichtlich erhobener und zudem äußerst dynamischer sozialer Prozesse und sieht den Vorzug des Resistenzbegriffes "gegenüber

einem auf unangemessene Verengungen verzichtenden, seine Differenzierungsfähigkeit aber gleichwohl wahren Widerstandsbegriff nicht so ohne weiteres ein, zumal die sicherlich berücksichtigungswürdige Forderung, auf das Insgesamt der dem NS-Regime widerstehenden Faktoren abzustellen, auch mit dem bereits in der Forschung eingeführten Terminus 'Widerstand' möglicherweise doch noch einlösbar ist". (13) Holzer meint, daß "die dort wie da bestehenden Probleme bei Abgrenzungen und innerer Strukturierung des Forschungsobjektes lediglich und ohne zwingenden Grund auf einen anderen, in den Sozialwissenschaften aber noch weitgehend unerprobten Begriff abgeschoben" wurden. Für Holzer - und dem schließe ich mich an - müssen "Dimensionen ethischer oder politischer Legitimation für abweichendes Sozialverhalten /.../ von Broszat als standortgebundene und nicht objektivierbare Subjektiva an den Rand seines Resistenz-Begriffes gestellt, als verhaltensleitende Momente auch weiterhin für jeden Widerstand bezeichnenden Begriff unverzichtbar bleiben". (14)

Kritisiert - und nicht nur von Willibald Holzer - wird auch "die mit dem Resistenz-Begriff intendierte, über die vereinseitigende Konzentration auf die herrschaftsbegrenzende Funktion von Widerstand vorbereitete potentielle Gleichsetzung von Formen schlichter Anpassungsverweigerung mit auf Systemveränderung oder -vernichtung zielendem Verhalten", (15) ebenso die tendenzielle Gleichordnung von partikularen Interessenskonflikten innerhalb des faschistischen Herrschaftskartells mit eben durch diese Herrschaft herausgeforderten Formen des gesellschaftlichen Widerstehens. In unserem Zusammenhang wäre nun vor allem die Frage zu klären, ob nicht auch auf andere Weise als durch den umstrittenen Resistenz-Begriff - etwa durch einen im Sinne von Holzer differenzierten Widerstandsbegriff - das ganze Spektrum gesellschaftlichen Verhaltens zu erfassen ist. Im übrigen halte ich es für durchaus legitim, politisch-gesellschaftliche Teilbereiche als Objekte wissenschaftlicher Untersuchung heranzuziehen, wenn dabei der Zusammenhang mit dem Gesamtbereich nicht aus dem Auge verloren wird.

Versuche, einen solchen breiten und differenzierten Widerstandsbegriff zu entwickeln, liegen vor. Gerhard Botz hat in seinem Aufsatz "Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung" in der Festschrift für Herbert Steiner 1983 eine Typologie der Erscheinungsformen des Widerstands- und Resistenzverhaltens vorgelegt, die eine dreistufige Verhaltensskala beinhaltet: 1. Politischer Widerstand (im engeren Sinne), 2. Sozialer Protest, 3. Abweichendes Verhalten.

Auch Christoph Kleßmann hat seinem in Amsterdam 1982 vorgelegten Referat über den deutschen Widerstand ein dreistufiges Widerstandsmodell zugrundegelegt. Ebenso hat Richard Löwenthal in dem 1981 gemeinsam mit Patrick von zur Mühlen herausgegebenen Band "Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945" drei Grundformen des antitotalitären Widerstandes herausgearbeitet:

1. Bewußte politische Opposition und Kampf.

2. Gesellschaftliche Verweigerung (sowohl von Institutionen als auch von Individuen).
3. Weltanschauliche Dissonanz, worunter die "innere Emigration" vor allem im kulturellen Bereich gemeint ist.

Bei dieser in den letzten Jahren in Gang gekommenen Diskussion über die Ausweitung des Widerstandsbegriffes darf aber nicht übersehen werden, daß sie, soweit ich das überblicke, im wesentlichen auf die BRD und Österreich beschränkt ist. In den anderen Ländern wird an dem traditionellen, auf politisches Handeln beschränkten Widerstandsbegriff festgehalten. Ich verweise etwa auf die 1976 erschienene Arbeit von M. R. D. Foot "Resistance. An Analysis of European Resistance to Nazism 1940 to 1945". Unlängst hat der an der Tulane University in New Orleans wirkende, aus der CSSR stammende Historiker Radomir Luza, Verfasser einer umfassenden Darstellung über den österreichischen Widerstand, die Ausdehnung des Widerstandsbegriffes in unserer Arbeit "Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945" (konkret wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen) mit einer gewissen Verständnislosigkeit kritisiert.

Wenn man die kürzlich in Amsterdam stattgefundenen, von unserem niederländischen Kollegen Ger van Roon organisierten Konferenzen über vergleichende Widerstandsforschung in Europa betrachtet, so beschäftigen sich die einzelnen Länderreferate hauptsächlich mit den Formen politischen Widerstandes, zum Teil noch immer in national-heroisierender Form, gingen bestenfalls auch auf das Umfeld des aktiven Widerstandes (passive Resistenz, Streiks u. dgl.) ein, obwohl die dort ausgearbeiteten "Gesichtspunkte für eine vergleichende Untersuchung des Widerstandes in Europa vor und während des Zweiten Weltkrieges" ausdrücklich auch die "verschiedenen Dimensionen des nichtorganisierten Widerstandes" vorsahen. (16)

Zum Schluß möchte ich zur Fragestellung "Was ist Widerstand?" zurückkehren. Ich vermute doch, daß Übereinstimmung zumindest darüber herrschen wird, daß politisch, weltanschaulich, religiös oder sittlich motiviertes Handeln gegen das NS-Regime, gegen die faschistische Herrschaft oder das Besatzungsregime als Kern eines jeden Widerstandsbegriffes zu betrachten ist. Die Frage der Ausgrenzung bestimmter politischer Gruppierungen ist in diesem Kreis wohl vor allem an den geschätzten Vertreter aus der DDR zu richten, wobei die Problematik der Grenzziehung zwischen Widerstand und systeminternem Machtkampf nicht übersehen werden soll.

Ob es eine über die bloße Ablehnung des NS-Regimes hinausgehende Gemeinsamkeit - wie sie zum Beispiel der polnische Historiker Franciszek Ryszka mit Verteidigung von nationaler Freiheit, elementarer Rechtsauffassung, menschlicher Existenz und Würde formuliert hat (17) - gegeben hat, ob man in einem solchen Sinne gar von einer inneren Einheit des deutschen oder europäischen Widerstandes sprechen kann, möchte

ich aus meiner Quellenkenntnis heraus bezweifeln. Mir scheint die Definition, die Friedrich Zipfel bei der schon erwähnten Widerstandstagung der Ebert-Stiftung 1965 gegeben hat, als kleinster gemeinsamer Nenner divergierender Auffassungen in Betracht zu kommen. Er definierte Widerstand als jede Handlung, "die darauf gerichtet war, dem totalitären Staat in den Arm zu fallen, sei es, um die eigene oder die Gruppenexistenz zu behaupten oder um Unrecht im kleinen wie im großen zu verhüten, die sich darum bemühte, eine Staatsordnung zu erhalten oder vorzubereiten, die den Prinzipien des nationalsozialistischen Staates widersprach oder die danach strebte, die bestehenden Machtverhältnisse durch Propaganda oder mit den Mitteln der Gewalt zu ändern". Zipfel fügte allerdings hinzu: "Bloße Unzufriedenheit und daraus resultierende Affekthandlungen, die unter Umständen auch schwerste Bestrafungen nach sich ziehen konnten, werden schwerlich als Widerstand bezeichnet werden können." (18)

Eben um diese von Zipfel u. a. abgelehnte Ausdehnung des Widerstandsbegriffes auf die verschiedenen, weniger bewußten Protestformen, auf das bloße Festhalten an eigenen Wertvorstellungen, auf die "innere Emigration", auf abweichendes Verhalten dreht sich die einschlägige Diskussion. Ich plädiere durchaus dafür, auch solche Vorformen des Widerstandes, Verweigerung oder Resistenz, wie immer man das nennen will, in die Untersuchung des Widerstandes miteinzubeziehen, und selbstverständlich wäre im Sinne von Martin Broszat eine Gesamtgesellschaftsgeschichte des Dritten Reiches anzustreben, in die das Widerstandsverhalten als ein wichtiger, aber keineswegs dominierender Aspekt zu integrieren wäre. Aber eine völlige Aufgabe des Widerstandsbegriffes zugunsten eines nivellierenden Resistenzbegriffes ist für uns nicht akzeptabel.

ANMERKUNGEN

- 1 Bundesgesetz vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, Über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung; in der Zwischenzeit vielfach novelliert.
- 2 Karl R. Stadler, Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966 (= Das einsame Gewissen, Bd. 3), S. 11.
- 3 Günter Plum, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus als Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung in Deutschland, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Bad Godesberg 1956, S. 21.
- 4 Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. IV, Stichwort: Widerstandsbewegungen, Freiburg-Basel-Wien 1972, S. 962.

- 5 Wolfgang Abendroth, Forschungen über die Widerstandsbewegung in der Deutschen Bundesrepublik, in: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, 1. J., 1959/60, H. 1, S. 62.
- 6 Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1969, S. 72.
- 7 Ebenda.
- 8 Das Gesamtprojekt führt den Titel "Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933-1945" und wurde im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom Institut für Zeitgeschichte München in Verbindung mit den Staatlichen Archiven Bayerns bearbeitet. Die sechs Bände erschienen unter dem Titel "Bayern in der NS-Zeit", R. Oldenbourg Verlag München-Wien 1977-1983, und wurden von Martin Broszat und anderen herausgegeben.
- 9 Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, Bd. I, München-Wien 1977, S. 11.
- 10 Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Bd. IV, München-Wien 1981, S. 697.
- 11 Ebenda.
- 12 Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, S. 12 f.
- 13 Willibald I. Holzer, David und Behemoth. Projekte zur Erforschung von Verfolgung und Widerstand 1933/34-1945 in Bayern und Österreich, in: Zeitgeschichte, 9. J., 9/10, Juni/Juli 1982, S. 341.
- 14 Ebenda.
- 15 Ebenda.
- 16 Christoph Kleßmann, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland, S. 4 (Referat. "International Conference Comparative European Resistance, Free University Amsterdam, 11th-14th May 1983).
- 17 Franciszek Ryszka, Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, in: Christoph Kleßmann/Falk Pingel (Hg.), Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, Frankfurt-New York 1980, S. 25.
- 18 Friedrich Zipfel, Die Bedeutung der Widerstandsforschung für die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Bad Godesberg 1965, S. 3.

ERICH FRIED

GESCHICHTEN VON MEINER GROSSMUTTER

Wenn ich von meiner Großmutter erzähle, fangen fast alle Geschichten, ganz gleich, wie sie enden, irgendwie komisch an.

Vielleicht schon, weil diese grauhaarige, später weißhaarige, sehr kleine und zierliche Frau, die mich in meinen ersten Jahren erzog, die ich lieber hatte als Vater und Mutter und die sich halbnackt oder doch nicht anständig angezogen fühlte, wenn sie nicht ihr schwarzes Samtband um den Hals gelegt hatte, so phantasievoll und ausführlich schimpfen konnte, daß sie oft sogar meine keineswegs auf den Mund gefallenen Eltern zum Schweigen brachte. Nur ich hatte mir meine Beobachtung, daß die ärgsten Verwünschungen und Schimpfreden sich immer genau derselben Redensarten und Worte bedienten, zunutze gemacht, indem ich ihr ihre ewig gleichen Flüche, die ich natürlich längst auswendig wußte, viel schneller vorsagte, als sie selbst sie schleudern konnte. Ja, einige Zeit später, als ich etwas größer geworden war, sang ich meiner Großmutter ihre eben erst angefangenen Schimpfreden zur Melodie der Serenade von Toselli vor, wobei ich kaum ein Wort ändern mußte. Dann versuchte meine Großmutter sich das Lachen zu verbeißen, aber vergeblich, bis sie zuletzt doch herausprustete und dann sofort wegen dieses ihres Loslachsens wütend auf sich war und sich und alle Familienmitglieder einzeln verfluchte.

Gewiß, schon bei kurzem Nachdenken fragt man sich, warum sie sich nur noch durch ihr Geschimpfe Luft machen konnte, und das ist dann nicht mehr so lustig, aber trotzdem, sogar ich finde es noch komisch, wenn mir ihre vielsilbig zusammengesetzten Schimpfwörter unversehens wieder einfallen, die sich an Länge sogar mit dem in Österreich berühmten oder berichtigten Wort Donaudampfschiffahrtsgesellschaftsdampfer messen konnten.

Die Geschichten von meiner Großmutter sind auch nicht nur komisch, weil sie noch an allerlei altes Zeug glaubte, zum Beispiel, daß man, wenn man ein Katzenhaar schluckt, Epileptiker wird oder, wie sie es nannte, die Hinfallende Krankheit kriegt, oder daß man unweigerlich sterben muß, wenn man einen Kirschkern verschluckt, weil einem dann im Magen oder im Blinddarm ein Kirschbaum zu wachsen beginnt. Nein, sie hatte auch ihre ganz besonderen Eigenheiten, von denen mich eine allerdings mehr zu halbentsetztem Kichern als zum Lachen brachte. Sie konnte sich nämlich ganz unglaublich eindrucksvoll totstellen, was sie immer am Morgen tat, wenn ich am Abend zuvor nicht brav gewesen war und sie mich zuletzt noch mit den Worten bedacht hatte: "Wart nur, das wird dir schon leidtun, wenn ich erst tot bin."

Das alles war eigentlich in Wirklichkeit genau so wenig komisch wie

das Fluchen, und doch erinnere ich mich heute noch, daß in der Zeit bis etwa zwei Jahre vor dem letzten Krieg alle Geschichten, die mit meiner Großmutter zusammenhingen, komisch angingen, auch wenn es nicht darum ging, daß sie mit den Ohren wackeln konnte, ohne das Gesicht auch nur im mindesten zu verziehen, oder daß sie mit ihrem blinden Auge nach einer ganz anderen Richtung zu schauen schien als mit dem sehenden.

Die erste komische Geschichte war schon der Bericht von der Geburt meiner Großmutter.

Nämlich, als sie geboren wurde, am 27. Mai 1864, da war sie ein Zwilling und ein Siebenmonatskind, und als Siebenmonatskind am Leben zu bleiben, das war damals noch gar nicht so eine einfache Sache.

Ja, und der andere Zwilling, auch ein Mädchen, war tot oder während der Geburt gestorben, und im Haus herrschte große Verwirrung (meine Urgroßmutter bekam ihre Kinder natürlich nicht im Krankenhaus, wo damals noch das Kindbettfieber die jungen Mütter dutzendweise umbrachte, sondern in ihrem eigenen Haus und in ihrem eigenen Bett). Im Haus also herrschte große Verwirrung und Aufregung; die Hebamme, einige weibliche Familienangehörige und Dienstboten und meine Urgroßmutter eilten hin und her, hatten alle Hände voll zu tun oder machten sich doch allerlei zu schaffen, schon um sich ihre Wichtigkeit zu bestätigen. Nun, eine oder zwei von ihnen ersuchten einen Onkel meiner neugeborenen Großmutter, doch von seinem Stuhl, auf den er sich gerade gesetzt hatte, möglichst schnell aufzustehen, er habe nämlich soeben auf meiner Großmutter Platz genommen, die damals natürlich noch nicht meine Großmutter war, die aber dadurch, daß ihr Onkel sich auf sie gesetzt hatte, um Haaresbreite nie mehr meine Großmutter geworden wäre.

Wie gesagt, alle Geschichten von meiner Großmutter fangen irgendwie komisch an, was jedoch durchaus noch nicht heißt ... Aber ich will nicht vorgreifen.

Ja, also ihr Onkel stand natürlich sofort wieder auf und entschuldigte sich, und zwar in seiner Verwirrung mit den Worten, er habe geglaubt, das Kind, das da auf dem Stuhl lag, sei das tote Kind gewesen und nicht das lebende. Aber das sagte er offenbar nur, um irgend etwas zu sagen, denn schließlich war es ja auch nicht Sitte, sich auf ein herumliegendes totes Kind zu setzen, und außerdem kann eigentlich ein neugeborenes Kind, tot oder lebendig, keine besonders bequeme Sitzgelegenheit gewesen sein. Wie immer dem auch gewesen sein mag, meiner Großmutter scheint der kleine Vorfall weiter nicht geschadet zu haben, obwohl der psychologisch aufgeklärte Mensch unserer Zeit, der weiß, was ein Kindheits-trauma ist, sich natürlich verpflichtet fühlen muß festzustellen, daß die Komik dieser Episode Spätfolgen keineswegs ausschließt. Zum Beispiel könnte die bis in ihr hohes Alter in beträchtlichem Maß feststellbare Bereitschaft meiner Großmutter, sich trotz ihrer geringen Größe lautstark und durch heftiges Schimpfen gegen allerlei Mißlichkeiten zur Wehr zu setzen, durchaus mit diesem ersten, wenn auch ungewollten Unterdrück-

kungsversuch eines viel größeren Menschen zusammenhängen oder doch einigermaßen einleuchtend in Zusammenhang gebracht werden. Überhaupt sagt die Tatsache, daß die Geschichten von meiner Großmutter immer so komisch anfangen, noch nicht das geringste darüber, daß sie etwa auch so komisch aufhören müssen.

Gewiß, ihr Bericht, wie einmal, lange vor dem Ersten Weltkrieg, als sie einen kleinen Schokoladenladen führte, ein richtiger, leibhaftiger Erzherzog vor dem Schaufenster stehen blieb, die Pralinen und Bonbonnieren eingehend betrachtete und sogar ihr durch das Fenster zulächelte, entbehrt nicht einer gewissen Komik, besonders weil sie dann - immer mit den gleichen Worten, genau wie beim Schimpfen - jedes Mal hinzufügte, wenn er wirklich eingetreten wäre und etwas gekauft hätte, dann hätte das Leben der Familie eine ganz neue Wendung genommen, denn dann wären sie sicherlich Kaiserlich-Königliche Hoflieferanten geworden, was sie auch auf ihr Ladenschild geschrieben hätten, und dann wäre alles anders gekommen; dann hätte mein Großvater sich nicht so zu plagen brauchen und wäre sicher nicht so jung gestorben, und wer weiß, wo wir heute alle schon wären, vielleicht in Paris oder gar in Glasgow. Glasgow, wo sie als ganz jung verheiratete Frau einmal mit meinem Großvater gewesen war, war aus irgendeinem Grund, den ich nie herausgefunden habe, so etwas wie das Ziel ihrer Wünsche. Und tatsächlich hätte eine Übersiedelung nach Glasgow, von der ich allerdings nicht weiß, wie eine Hoflieferantenlaufbahn dorthin hätte führen sollen, ihr Schicksal wirklich ganz anders gestaltet und ihr eine andere Reise erspart. Nun, der Erzherzog überlegte es sich anders und ging weiter, ohne einzutreten. Aber das war nicht die einzige Erinnerung meiner Großmutter an die Österreichisch-Ungarische Monarchie. Nein, komischerweise und gelegentlich, als ich noch ein Kind war, zu meiner nicht unbeträchtlichen Verwirrung, hatte meine Großmutter auch der längst abgeschafften Währung des alten kaiserlichen Österreich die Treue gehalten: Sie rechnete nicht wie andere Menschen in Schillingen und Groschen, sondern immer noch in Gulden, Kronen, Kreuzern und Hellern, wobei besonders ihre Rechenmünzen wie Fünferl und Sechserl mir unlösbare Rätsel aufgaben.

Nicht, daß meine Großmutter in dieser Hinsicht völlig unelastisch gewesen wäre. Als die Inflation, die in meine ersten Kindheitsjahre fiel, vorüber war, hatte sie sich nachträglich entschlossen, in Inflationsbeträgen zu rechnen. Hundert Schilling zum Beispiel waren in ihrem Sprachgebrauch damals eine Million. Zum richtigen Gebrauch der Worte Schilling und Groschen ging sie erst viel später über, gerade als diese Schillingwährung durch den Einmarsch der Hitlerarmee, den sogenannten Anschluß Österreichs an das Dritte Reich, abgeschafft und durch Reichsmark und Reichspfennige ersetzt worden war. Nun ja, auch diese Umstellung meiner Großmutter könnte man vielleicht zur Not noch komisch nennen, obwohl die politischen Entwicklungen, die sich in den Währungsänderungen spiegelten, keineswegs sonderlich komisch waren.

Aber schon die Geschichte von dem nach einer Staroperation blind

gebliebenen Auge, mit dem sie im Alter immer nach einer ganz anderen Richtung Ausschau zu halten schien als mit seinem lebendigen Zwilling, dem sehenden Auge, und das sie, wann immer sie sich im Spiegel sah, wegen seines "blöden Blickes" beschimpfte, ist eigentlich gar nicht komisch.

Überhaupt, wenn ich eingangs gesagt habe, daß fast alle Geschichten von meiner Großmutter irgendwie komisch anfangen, so heißt das natürlich nicht, daß sie auch komisch enden. Vielleicht verbarg diese Komik auch nur einen bitteren Nachgeschmack, der aber zuletzt desto stärker werden mußte. Das Ende war, daß meine Großmutter, die wenige Monate nach dem Einmarsch Hitlers auch auf dem anderen Auge erblindet war, schließlich, zweieinhalb Jahre nach Kriegsausbruch, aus Wien, wo sie seit ihrem dritten Lebensjahr gewohnt hatte und heimatberechtigt war, ins Ghetto Theresienstadt abgeschoben und kurz darauf von dort weiter, in ein Vernichtungslager, transportiert wurde. Dort ist sie dann in ihrem neunundsiebzigsten Lebensjahr, nicht ganz zwei Jahre vor Kriegsende, vergast worden.

你是无言的申诉，
控诉纳粹的滔天罪行，
你是庄严的号召，
反对人变的敌人，
你是长啸的怒涛，
震撼着世人的灵魂，
你是不朽的丰碑，
铭刻着战火的印记，
你是千古不灭的火炬，
照耀着殉难者的斗争，
你用鲜血浇灌了民族的繁荣，
你用生命赢得了世界的尊敬，
你是坚不可摧的柱石，
就国家地利的基石，
你为了历史的公正，
法西斯必败！
人民必胜！

献给毛特劳森

中国社会科学院

杜文堂敬献

一九八五年十一月十七日于维也纳

DU WEN TANG

FÜR MAUTHAUSEN

Diese stumme Anklage,
Urteilsspruch über das Verbrechen der Nazis.
Dieser heilige Appell,
Den Feind des Lebens niederzuwerfen.
Diese immertönende Glocke
Erschüttert alle Menschen zuinnerst.
Dieses unvergängliche Mahnmahl
Verzeichnet die Ehrennamen der Kämpfer.
Hohelied,
Das ewig von wirklichen Heldentaten singt.
Mit Deinen Tränen wusch sich eine Nation in ihrer Schande.
Mit Deinem Blut gewann sie Ehre vor einer Welt.
Du - Leiden Österreichs,
Du - sein Gewissen.
Das neue Österreich ist dann erst auferstanden,
Auf diesen Schultern, Pfeilern, unzerbrechlich.
Hier steht in Tränen, Feuer, Blut
Der Urteilsspruch geschrieben:
Der Faschismus ist auf immer verdammt!
Das Volk wird siegen!

Professor Du Wen Tang von der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften schrieb dieses Gedicht nach einem Besuch des Konzentrationslagers Mauthausen am 18. November 1985 in Wien. Diese "Zueignung" steht in einer für uns vielleicht ungewohnten Tradition des kalligraphierten Gelegenheitsgedichts oder - besser gesagt- Epigramms. Die Übersetzung erfolgte aufgrund einer von Du Wen Tang übergebenen Rohübersetzung.

BRIGITTE GALANDA

RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS IN ÖSTERREICH

Referat. Internationales Expertenhearing, veranstaltet vom Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments zum Problem des Erstarkens von Faschismus und Rassismus in Europa, Brüssel 1985

In Österreich wird der Begriff des "Faschismus" im allgemeinen im Sinne von Nationalsozialismus verstanden. Um Unklarheiten sowie eine Vermischung von historischen Begriffen zu vermeiden und zutreffende Aussagen über Phänomene zu ermöglichen, die wohl am äußerst rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt sind, jedoch nicht unter nationalsozialistisch subsumiert werden können, benutzt das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in seinen Forschungsarbeiten und Publikationen den Begriff des "Rechtsextremismus", den ich im folgenden darstellen werde. Mit dieser Definition wurde ein gutes Instrumentarium zur Kategorisierung bestimmter politischer Erscheinungen geschaffen.

Rechtsextremismus sowie Rassismus können nicht allein anhand ihrer Ausdrucksformen bestimmt, sondern sollten inhaltlich erfaßt werden. Dieses Vorgehen ermöglicht es, derartige Phänomene auch eingebettet in größere historische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu analysieren. Rechtsextreme Ideologie besteht aus einem Bündel von Einzelaussagen und dogmatisch präsentierten Behauptungen, die durch keinerlei logischen Zusammenhang verbunden sind. Die einzige Begründung, die Rechtsextreme für ihre Behauptungen heranziehen, besteht in deren angeblicher "Natürlichkeit", womit den Einzelaussagen der Charakter von Unabänderlichkeit verliehen werden soll. Ergebnisse der Verhaltensforschung und der Biologie sowie Forschungsergebnisse bestimmter Psychologen, wie z. B. des Amerikaners Eysenck, werden als "Beweise" für die Richtigkeit rechtsextremer Ansichten benutzt. Dem Rechtsextremismus feindlich gegenüberstehende Weltanschauungen, wie Marxismus und Liberalismus, werden dementsprechend als "widernatürlich" abgelehnt. Zentrale Bedeutung kommt dem Begriff der "Volksgemeinschaft" zu, die als naturgegebene Einheit ähnlich der Familie aufgefaßt wird, der sich das Individuum nicht entziehen kann und der zu dienen es verpflichtet ist. Von diesem Begriff ausgehend werden alle jene Erscheinungen bekämpft, die die angestrebte Harmonie dieser Gemeinschaft nach Ansicht der Rechtsextremen stören, wie die Parteienvielfalt, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Der Interessengegensatz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird geleugnet, beide sollten gemeinsam zum Wohle des Volkes wirken, die Arbeitswelt wird in diesem Kontext als Leistungsgemeinschaft begriffen. Emanzipationsbestrebungen benachteiligter Grup-

pen seien nicht zielführend - der einzelne habe seinen Platz in der Volksgemeinschaft auszufüllen. Vor allem wird in diesem Zusammenhang den Frauen Gleichberechtigung abgesprochen, sie hätten als Dienerinnen am Volksganzen vor allem Kinder zu gebären und ihr Leben ausschließlich der Familie sowie sozialen Aufgaben zu widmen. Dem Staat wird die Ordnungsgewalt zur Herstellung dieser Harmonie zugesprochen, er wäre befugt, diese Gemeinschaft - wenn nötig - auch mit Zwangsmaßnahmen herzustellen. Rechtsextreme fordern rigide Verbrechensbekämpfung, Einrichtung von Arbeitslagern, Zwangssterilisation, Wiedereinführung der Todesstrafe. Dem Wunsch nach einem starken Staat entspricht der Wunsch nach Aufrüstung und militärischer Stärke. Daher erscheinen diesen Gruppen Chile oder das südafrikanische Apartheidregime als vorbildhaft. Dort herrsche Ruhe und Ordnung.

Der zweite Zentralbegriff der rechtsextremen Ideologie ist das "deutsche Volk", wobei die Existenz einer eigenen österreichischen Nation geleugnet und Österreich als dritter deutscher Staat betrachtet wird. In diesem Sinne wird die österreichische Zeitgeschichte interpretiert. Zur Vermeidung eigener Dissonanzen - einerseits deutsches Herrenvolk, andererseits die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes im Namen dieses Volkes - verherrlichen Rechtsextreme aller Richtungen die Zeit 1938-1945. Sie beharren bis heute auf der Rechtmäßigkeit des "Anschlusses", den ohnehin alle herbeigesehnt hätten, Autobahnbau und Beseitigung der Arbeitslosigkeit werden ohne Betrachtung der Hintergründe kritiklos als Erfolge des Regimes hervorgestrichen. Die in den letzten Jahren produzierten Hitlerfilme wurden als späte Rechtfertigungen des Führers betrachtet. Eine ganze Reihe von Publikationen versucht den Nachweis zu erbringen, daß die Verbrechen in den Konzentrationslagern, besonders die Ermordung der Juden, eine Propagandalüge der Alliierten seien. KZ-Opfer werden gegen Opfer des Luftkrieges aufgerechnet, divergierende Zahlenangaben in der zeitgeschichtlichen Forschung und Literatur werden zur Verharmlosung der Verbrechen genützt, wobei die Propagandisten vor Verfälschungen, dem Erfinden von Zitaten etc. nicht zurückschrecken.

Aus diesem Deutschnationalismus ergibt sich der Rassismus, die Behauptung der biologischen Minderwertigkeit von Gastarbeitern aus Jugoslawien und der Türkei sowie von Farbigen. Antisemitische Äußerungen sind nach wie vor zu finden, doch vorwiegend in den radikalen Blättern. Im allgemeinen tritt jener in der Argumentation zurück. Nach den schrecklichen Ereignissen der nationalsozialistischen Ära ist Antisemitismus in der österreichischen Öffentlichkeit stigmatisiert. Nach außen hin wird die Hetze gegen Gastarbeiter mit dem Arbeitsplatzargument verknüpft - ganz offen versuchen diese Gruppen mit Überschriften wie "Arbeitsloser muß mit Polen um Schaufel raufen" den Neid gegen die ausländischen Arbeitnehmer zu schüren. Es wird die kurzsichtige Erklärung verbreitet, wenn alle Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehrten, hätten alle arbeitslosen Österreicher einen Arbeitsplatz - eine Argumentation, die wirtschaftliche sowie technologische Ursachen der weltweiten Krise außer acht läßt. In den intern verbreiteten Zeitschriften rechtsextremer Grup-

pen, vor allem der militanten Kleingruppen, wird durchaus biologistisch argumentiert. Die Integration von sogenannten Fremd-rassigen würde eine Zerstörung des deutschen Volkskörpers nach sich ziehen, eine "widerliche Mischrasse" könnte entstehen, in deren Gefolge es zu Anwachsen der Kriminalität und Kulturverfall kommen müßte. Die ausländischen Arbeitskräfte übernehmen damit die Rolle der jüdischen Mitbürger während der Krise der dreißiger Jahre. Damals gelang es der NSDAP, die Angst und Hoffnungslosigkeit breiter Schichten, vor allem jedoch der Mittelschicht, in Antisemitismus und Haß gegen Linke zu kanalisieren. Den Rechtsextremen ist es jedoch bislang in Österreich nicht gelungen, vorhandenes fremdenfeindliches Potential für sich zu nützen. Einige militante Gruppen versuchten die Initiierung eines Volksbegehrens gegen "Überfremdung", es gelang ihnen aber nicht, die dafür erforderliche Zahl von Unterstützungserklärungen zu erhalten.

Der politische Stil der rechtsextremen Gruppen ist von verbaler, seltener physischer Aggressivität gekennzeichnet. Militante Kleingruppen bedienen sich nachempfunder nationalsozialistischer Uniformen, veranstalten Waffenübungen, und einzelne scheuen auch nicht vor Überfällen auf Lokale vor allem linker Organisationen zurück. Die Mehrheit der Gruppen beschränkt sich jedoch auf kampfbetonte Sprache mit klarer Herausarbeitung von Feindbildern.

Zur Zeit bestehen mehr als 50 als rechtsextrem einzustufende Organisationen in Österreich, die jedoch von unterschiedlicher Bedeutung sind. Diese Organisationen können folgendermaßen kategorisiert werden:

- a) Relativ bedeutungslose, vor allem an deutsch-völkischer Kulturarbeit interessierte Gruppen.
- b) Traditionsorientierte Gruppen, die sich auf die Rechtfertigung des nationalsozialistischen Regimes und dessen Gliederungen konzentrieren und reges internes Veranstaltungsleben pflegen.
- c) Gemäßigte Großorganisationen, deren Führungsspitze mit rechtsextremen, zum Teil noch ehemaligen Nationalsozialisten durchsetzt ist, deren Mitglieder jedoch aus verschiedenen anderen Gründen in diesen Organisationen sind. Als Beispiel kann zum besseren Verständnis der Österreichische Turnerbund angeführt werden, dessen zahlreiche Mitglieder in erster Linie dort die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung suchen.
- d) Militante Kleingruppen stellen den radikalen und am deutlichsten neonazistischen Flügel des rechtsextremen Lagers dar. Diese Gruppen verfügen über bewaffneten Saalschutz und scheuen sich auch nicht, Gewalt gegen ihre Gegner anzuwenden. Auf diese Gruppen möchte ich im folgenden etwas näher eingehen, da sie die größten propagandistischen Aktivitäten entfalten.

Die im Augenblick wohl aktivste neonazistische Gruppe Österreichs, die sogenannte "Ausländer-Halt-Bewegung" (im folgenden: AUS), entstand als

Sammelbecken besonders militanter Angehöriger anderer radikaler Gruppen. Der Aktivistenkern rekrutiert sich aus Vertretern einer 1980 behördlich aufgelösten Gruppe, die aufgrund neonazistischer Propaganda gegen den österreichischen Staatsvertrag verboten wurde. Die Ausländer-Halt-Bewegung bemüht sich besonders um Verbreitung ihrer Ideen an Schulen und unter jugendlichen Fußballanhängern. Das Phänomen der zunehmend aggressiver werdenden Sportplatzbesucher ist wohl auch aus der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien bekannt. Besonders milieugeschädigte, arbeitslose Jugendliche erweisen sich als anfällig für das Gedankengut militanter Gruppen. In der von Feindbildern geprägten Ideologie des Rechtsextremismus glauben sie, eine Erklärung für ihre Probleme, ihre Schwierigkeiten mit der Welt der Erwachsenen zu finden. Das Auftreten der AUS, Absingen verbotener nationalsozialistischer Lieder kommt dem Hang zur Provokation entgegen.

Jedoch auch an höheren Schulen versuchen neonazistische Schüler Mitkämpfer zu gewinnen. Propagandamaterial wird gezielt an Schülervereine versandt. Die AUS kandidierte bei den Nationalratswahlen 1983 im Wahlkreis Wien, konnte jedoch nur 0,4 % der Stimmen auf sich vereinen.

Mit der AUS stehen zwei weitere, bereits bedeutend länger existierende Gruppen in enger Verbindung. Die Nationaldemokratische Partei (im folgenden: NDP), 1966 als Abspaltung der Freiheitlichen Partei Österreichs entstanden, trat in der Vergangenheit mehrfach zu Wahlen zu Gebietskörperschaften an, erreichte jedoch nie die für ein Mandat erforderliche Stimmenanzahl. Der Obmann dieser Partei kandidierte 1980 bei der Bundespräsidentenwahl, wobei er 140.000 Stimmen (= 3,2 %) erhielt, was für die demokratische Öffentlichkeit ein erschreckendes Ergebnis darstellte. Die Aktion Neue Rechte (im folgenden: ANR) hingegen agiert seit 1974 an österreichischen Hochschulen und konnte 1983 bei den Wahlen zur österreichischen Hochschülerschaft 1 Mandat erzielen. Derzeit läuft eine von linken Studentenorganisationen eingebrachte Klage beim österreichischen Verfassungsgerichtshof gegen die Kandidatur der ANR, worauf ich später noch eingehen werde.

Maßnahmen von Justiz und Behörden

Nach österreichischem Recht können einerseits die Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes 1947, das Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus als auch dessen Gutheißung unter Strafe stellt, angewandt werden, andererseits untersagt eine Bestimmung des österreichischen Strafgesetzes (§ 283 StGB) die Aufhetzung gegen Religionsgemeinschaften oder gegen Gruppen der Bevölkerung aus religiösen oder rassistischen Gründen. Das Nationalsozialistengesetz wurde in der Vergangenheit von den österreichischen Gerichten nur selten gegen Personen oder Gruppen zur Beschlagnahme neonazistischer Presseprodukte herangezogen. Im Sommer 1982 verübte in Wien und Salzburg ein bundesdeutscher Rechtsextremer Bombenanschläge auf jüdische Geschäfte und Wohnungen.

Da auch enge Kontakte zwischen dem Attentäter und militanten Gruppen des rechtsextremen Lagers bestanden, nahmen die österreichischen Behörden diese Attentate zum Anlaß, neben dem Attentäter auch Vertreter von ANR, NDP und des Nationalistischen Bundes Nordland, einer ANR-Abspaltung, wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung anzuklagen. Nach monatelangem Beweisverfahren endete der Prozeß mit einer Verurteilung aller neun Angeklagten. Der Urteilspruch stützte sich unter anderem auf das Grundsatzprogramm der ANR, sodaß damit erstmals der neonazistische Charakter dieser Gruppe gerichtlich festgestellt wurde.

Ein besonderes Problem stellt die österreichische Rechtslage bezüglich Gründung bzw. Verbot von Parteien dar. Das Parteiengesetz enthält zwar einen Abschnitt über die Verfassungsmäßigkeit von Parteien, sieht jedoch keine Auflösung solcher Parteien vor, obwohl die österreichische Verfassung eindeutig die Gründung von Parteien im nationalsozialistischen Sinn untersagt. In dieser Frage konnten Juristen bisher noch keine Lösung finden. Aufgrund einer Verfassungsklage zweier Studentengruppen gegen die Kandidatur der ANR zur Studentenvertretung prüft nunmehr der österreichische Verfassungsgerichtshof die Zulässigkeit von Kandidaturen neonazistischer Gruppen zu Wahlen, wobei erstmals ein Höchstgericht die unmittelbare Anwendbarkeit des österreichischen Staatsvertrages befürwortete.

Nach Abschluß dieses Verfahrens wird es hoffentlich solchen Gruppen nicht mehr möglich sein, zu Wahlen zu kandidieren. Damit wäre ihnen auch die Möglichkeit zu breiter Propagierung ihrer Ideen geraubt.

Gesetzliche Maßnahmen und Verbote reichen jedoch nicht aus, Faschismus und Rassismus auszulöschen. Dem wird in Österreich durch vielfältige Aufklärungsarbeit Rechnung getragen. Neben Bemühungen der großen Parteien (Sozialistische Partei und Volkspartei) setzt vor allem das Bundesministerium für Unterricht Maßnahmen zur Aufklärungsarbeit in den Schulen. Besonders die Jubiläen des Jahres 1985 (40 Jahre Befreiung Österreichs, 30 Jahre Staatsvertrag) werden in diesem Sinne genutzt. Regelmäßig werden sogenannte "Zeugen der Zeit", Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgungen, in die Schulen zu Vorträgen eingeladen, es wurden ausgezeichnete Materialien für den Zeitgeschichteunterricht erarbeitet. Zehntausende Schüler werden jährlich durch die Ausstellungen und Gedenkstätten im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen geführt, sehr viele Schulklassen besuchen die ständige Ausstellung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.

Parteien und Rechtsextremismus

Wie bereits erwähnt, beziehen die beiden größten österreichischen Parteien, die Sozialistische Partei und die Volkspartei, eindeutige antifaschistische Positionen.

Grundsätzlich anders ist die Situation in der Freiheitlichen Partei Öster-

reichs (im folgenden: FPÖ). Diese entstand 1956 aus dem als Sammelbecken vorwiegend ehemaliger Nationalsozialisten gebildeten "Verband der Unabhängigen". In den letzten Jahren hat wohl mit dem derzeitigen Obmann Norbert Steger der jüngere, liberale Flügel der FPÖ die Führung übernommen, es kommt aber immer wieder zu Flügelkämpfen zwischen dem nationalen und dem liberalen Teil dieser Partei. Bemühungen, das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft aus dem Programm der FPÖ zu streichen, scheiterten bisher am Einspruch des deutsch-nationalen Teiles, der besonders in einzelnen Bundesländerorganisationen der FPÖ sehr stark ist. Einzelne Funktionäre dieser Partei sind gleichzeitig Mitglieder bei rechtsextremen Vereinigungen. Vor diesem Hintergrund muß auch die Affäre um den begnadigten Kriegsverbrecher, den ehemaligen SS-Sturmbannführer Walter Reder, gesehen werden, die Anfang des Jahres 1985 die österreichische Innenpolitik erschütterte. In einer unverständlichen Aktion wurde Reder vom Verteidigungsminister, der Angehöriger der FPÖ ist, persönlich empfangen und in einer Kaserne des Bundesheeres untergebracht. Dieses Vorgehen rief Proteste sowohl der Sozialistischen Partei und der Volkspartei als auch zahlreicher demokratischer und antifaschistischer Organisationen hervor. Beinahe die gesamte österreichische Öffentlichkeit verurteilte diesen Vorfall. Nur der deutsch-nationale Teil der FPÖ stand auf seiten des Ministers und zollte ihm Anerkennung für seine Aktion.

Einige rechtsextreme Gruppen sind zwar als Parteien registriert, konnten jedoch, wie erwähnt, keine Resonanz in der Öffentlichkeit finden. Es gibt Bestrebungen, die Gesetzeslage dahingehend zu ändern, daß ein Verbot dieser Parteien, die offen gegen die österreichische Verfassungsordnung verstoßen, möglich würde. Dabei ist jedoch nur an ein Verbot wegen Betätigung im nationalsozialistischen Sinn gedacht.

Vorurteile in der österreichischen Bevölkerung

Vom organisierten Rechtsextremismus abgesehen, der in Österreich sehr isoliert agiert, besteht dennoch ansteigende Fremdenfeindlichkeit in der österreichischen Bevölkerung, die jedoch nicht öffentlich artikuliert wird. 1982 wurde eine Repräsentativerhebung zu Vorurteilen gegen Gastarbeiter durchgeführt, wobei einige Fragestellungen aus einer Studie von 1971 übernommen wurden. Damit konnte ein Vergleich des fremdenfeindlichen Potentials über diesen Zeitraum hinweg angestellt werden. Dabei ergab sich eine Verdoppelung der Abneigung gegen nichtösterreichische Arbeitnehmer, die vor allem von der Angst um den Arbeitsplatz genährt wird. In der Realität hingegen ist die Zahl der ausländischen Beschäftigten in den letzten Jahren stark reduziert worden. Die Fremdenfeindlichkeit steigt also, obwohl die "Fremden" selbst weniger werden. Hier ergibt sich demnach ein starker Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Problemen und Gefährdung des Arbeitsplatzes mit solchen irrationalen Vorurteilen. Die allerdings geringe Arbeitslosigkeit in Österreich gibt es

in Bereichen des Arbeitsmarktes, in denen kaum Ausländer Beschäftigung finden. Diese sind vorwiegend in unqualifizierten Berufen tätig. Gleichzeitig ergab diese Studie starke negative Korrelationen zwischen Vorurteil und Kontakt mit ausländischen Beschäftigten. Je häufiger solche Kontakte stattfinden, desto geringer ist die Vorurteilsneigung.

Auch Antisemitismus ist leider nach wie vor in Österreich zu beobachten, obschon der jüdische Bevölkerungsanteil nur 0,1 % beträgt. Der Antisemitismus ist jedoch nicht nur ein Antisemitismus ohne Juden, er ist auch ein Antisemitismus ohne öffentliche Propaganda, ohne geeignete Ideologieträger und ohne Organisation. Dennoch lebt er weiter. Seriöse Studien weisen noch immer einen beträchtlichen Prozentsatz Antisemiten nach. Diese sehen sich jedoch öffentlicher Verurteilung des Vorurteils gegenüber, sodaß die Artikulation im Privaten erfolgt, das Vorurteil sozusagen in den Untergrund gedrängt wird. Doch antisemitische Haltungen zeigen sinkende Tendenz im Zeitablauf, die Zahl der starken Antisemiten ist ständig im Fallen begriffen, besonders jüngere Menschen sind bedeutend vorurteilsfreier. Auch mit steigender Bildung der Befragten sinkt deren Neigung zu Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Diese Ergebnisse könnten doch als Erfolge der Bemühungen um demokratische Erziehung der Jugend und der Anstrengungen um zeitgeschichtliche Aufklärung gewertet werden.

Internationale Beziehungen des Rechtsextremismus

Traditionellerweise verfügen Österreichs Rechtsextremisten über ausgezeichnete und vielfältige Kontakte in die Bundesrepublik Deutschland. Deutsche Entwicklungen finden oft mit geringer Verzögerung auch in Österreich statt. So stand die Gründung der NDP in engem zeitlichen Zusammenhang mit den ersten Erfolgen der westdeutschen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. Nachdem es in der Bundesrepublik bereits zahlreiche ausländerfeindliche Organisationen gegeben hatte, entstanden solche auch in Österreich. Besonders vielfältige Fäden führen von Österreich zu dem Kreis um den Herausgeber der üblen neonazistischen deutschen Zeitung "Deutsche National-Zeitung". Österreicher werden zu Vorträgen eingeladen, erhalten wertvolle Preise für ihre Arbeit im deutsch-nationalen Sinn, und neonazistisches Material aus der Bundesrepublik wird auch in Österreich verbreitet. Besonders Broschüren, die sich mit der Widerlegung der planmäßigen Ermordung der Juden in den Konzentrationslagern beschäftigen, kommen aus dem Ausland nach Österreich. Der britische revisionistische Historiker David Irving wurde Ende 1984 von Rechtsextremisten nach Österreich eingeladen, jedoch umgehend anhand fremdenpolizeilicher Bestimmungen wieder ausgewiesen. Zusammenarbeit mit deutschen Verbänden pflegen weiters die Veteranenorganisationen ehemaliger Angehöriger der SS, wobei Österreich bedauerlicherweise in der Vergangenheit mehrmals Schauplatz von SS-Treffen mit internationaler Besetzung war. Zu den Seminaren der ideologisch-kulturellen Verbände

werden Angehörige ausländischer rechtsextremer Organisationen eingeladen. Auf diese Weise sprechen deutsche Rechtsextreme ebenso in Österreich wie Angehörige der spanischen Falange. Aus den USA werden immer wieder offen rassistische und NSDAP-Materialien nach Österreich gesandt. Besonders aktiv in diesem Sinne ist die NSDAP-Auslandsorganisation in Lincoln, USA. Einige rechtsextreme Organisationen führen regelmäßige Studienreisen in Staaten durch, die ihnen ideologisch nahestehen, wie Chile und Südafrika.

HANS LANDAUER (OPERSCHALL)

LA BISBAL UND DER "ZWEITE EINSATZ"

Hans Landauer, Jahrgang 1921, entstammt einer Arbeiterfamilie aus Ober-Waltersdorf. Beide Großväter waren sozialdemokratische Bürgermeister im Bezirk Baden, sein Onkel Landtagsabgeordneter und Gewerkschaftssekretär im Elin-Werk Weiz, Landauer selbst war seit dem Februar 1934 in den Nachfolgeorganisationen der sozialdemokratischen Jugendbewegung (Rote Falken, Sozialistische Arbeiterjugend) tätig. Aufgrund einer List kam er trotz seiner Jugend am 19. Juni 1937 unter dem Mädchennamen seiner Mutter - Operschall - nach Spanien, wurde der Maschinengewehrkompanie des österreichischen Bataillons "12. Februar 1934" und nach einer Verwundung und der Genesung vom Typhus dem Spezialbataillon der 35. Division zugeteilt. Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges folgten Internierung in Frankreich und die Rückkehr nach Österreich, wo er an seinem 20. Geburtstag wegen Verdachts des Hochverrats angezeigt und kurz darauf in das KZ Dachau eingeliefert wurde. Nach der Befreiung 1945 war er in der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich tätig, nach 1948 in der Polizeidirektion in Wien.

Der folgende Text ist ein Ausschnitt aus den unveröffentlichten "Erinnerungen" Hans Landauers und schildert den umstrittenen "Zweiten Einsatz" der Interbrigaden am Ende des Spanischen Bürgerkrieges. Unmittelbar nach dem Ende der Kämpfe in Katalonien und dem Überschreiten der französischen Grenze am 9. Februar 1939 gab es im Lager St. Cyprien eine KPÖ-interne Untersuchung der Ereignisse des "Zweiten Einsatzes" bzw. des eventuellen "Fehlverhaltens" verschiedener verantwortlicher Beteiligten. Für diese Untersuchung erstellte der Autor des vorliegenden Beitrags eine Skizze, der die genauen Einsatzorte und -zeiten zu entnehmen waren. Diese Skizze wurde vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von Leopold Spira in die englische Emigration mitgenommen und 1946 dem Autor zur Einsichtnahme und Ablichtung ausgefolgt. Eine von Leopold Spira beglaubigte Ablichtung des Originals liegt heute im DÖW, das Original befindet sich noch im Besitz von Leopold Spira.

*

Die tagelange Irrfahrt zwischen Bisaura de Ter, Granollers, Grenzbahnhof Port Bou und Llansá hatte vorerst am 20. Jänner 1939 auf dem Bahnhof von Flassá ein Ende. Müde, unsicher, was die nächsten Tage bringen würden, lagerten wir mit unserem spärlichen Gepäck im und um den Bahnhof. Da ich mir in dem fast zweijährigen Soldatenleben keinerlei

irdische Güter, ja nicht einmal einen Zivilanzug erwirtschaftet hatte, tat ich mir mit meinem Kofferchen - Koffer wäre eine maßlose Übertreibung gewesen - leicht. Aus dem unsicheren Gehaben unserer ehemaligen Vorgesetzten - Offiziere wie Politikommissare - war zu ersehen, daß irgendwie Sand im Getriebe war. Ging auch in den letzten Monaten in unserer Maschinerie nicht mehr alles nach Wunsch, so herrschte jetzt offensichtlich Ratlosigkeit. Nach einiger Zeit kamen ein paar LKWs, und waggonweise wurden wir im Pendelverkehr nach einem nahe gelegenen, verschlafenen Städtchen gebracht.

Es war La Bisbal, inmitten von Orangen- und Zitronenhainen gelegen, um das der Krieg bis jetzt anscheinend einen großen Bogen gemacht hatte. Damals wie auch heute ging der Hauptteil der Bevölkerung von La Bisbal der Töpferei nach; Haus neben Haus waren die Brennöfen, und in den Häusern drehten sich die Töpferscheiben. In den wenigen offenen Cafés saßen die Alten, tranken ihren schlechten Eichelkaffee oder den wesentlich besseren und bis zum Zusammenbruch überall reichhaltig vorhandenen Wein, spielten Domino oder ein uns unbekanntes Kartenspiel. Aber auch hiebei war die Stimmung gedrückt: Keinerlei politische Diskussion, wie sie früher überall üblich war.

Nachdem wir ein Quartier gefunden hatten, gingen Edi Schaller, Ludwig Beer, Viktor Völkl und ich auf "Erkundung". Wir schauten uns in und um La Bisbal um. Noch wußten wir nicht, daß uns diese "Ortskenntnisse" in nicht allzuferner Zeit von Nutzen sein würden. Doch vorerst interessierten uns in der Stadt die von ihren Müttern, wie überall in Spanien zur damaligen Zeit, sorgsam behüteten Mädchen und in der näheren Umgebung die reifen Orangen mehr als alles andere.

Am 22. Jänner 1939 wurde für die Abendstunden eine Versammlung einberufen.

Aus den Zeitungen hatten wir schon entnehmen können, daß Francos Truppen in ganz Katalonien unaufhaltsam im Vormarsch waren. Schmerzte uns schon, zwei Monate nach Verlassen der Front, der Verlust des unter so vielen Opfern eroberten Ebro-Bogens, so war es nach Weihnachten 1938 noch schlimmer gekommen: Städte und Dörfer, wie Marsa, Falset, Vilella Baja, Borjas Blancas, Reus, Valls und Tarragona, waren in die Hände Francos gefallen; Orte, in denen wir noch vor nicht allzulanger Zeit waren, Freunde gefunden hatten, die jetzt sicherlich, wollten sie nicht wegen ihrer republikanischen Haltung umgebracht oder schwerstens verfolgt werden, auf der Flucht waren.

Der Redner - Ernst Blank (= Karl Thoma) - schilderte in kurzen Worten die verzweifelte Lage an der Front. Seiner Rede war zu entnehmen, daß man bei Barcelona auf ein ähnliches Wunder hoffte wie im November 1936 bei Madrid. Aber Barcelona war nicht Madrid, 1939 nicht 1936!

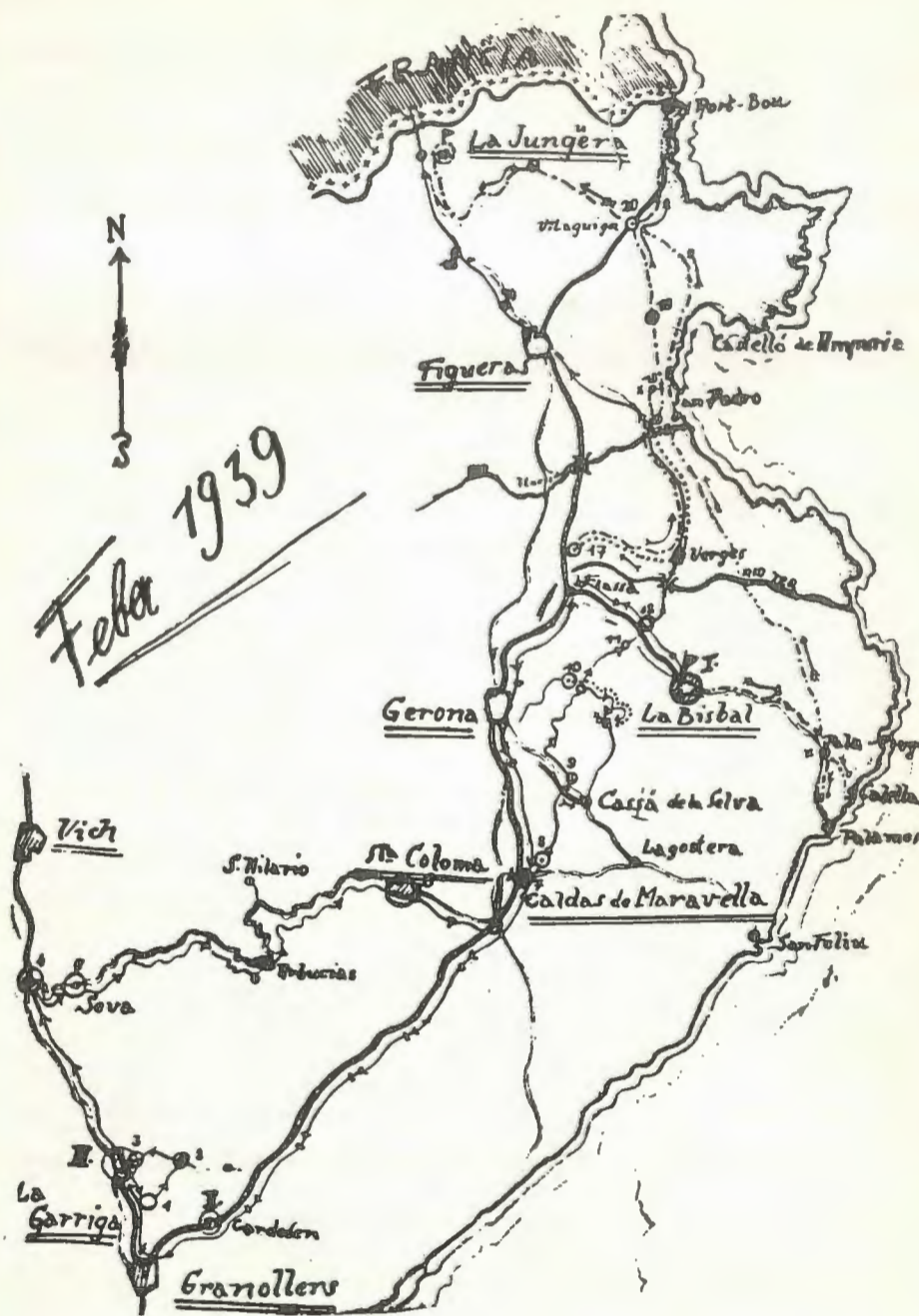
Da zu diesem Zeitpunkt die Grenze zu Frankreich geschlossen war und wir sowie die letzten kampffähigen und kampfwilligen Einheiten der Volksarmee unter Modesto, Lister und Taguena zwischen den Pyrenäen

und dem Mittelmeer in der Mausefalle saßen, kam die logische, sicherlich auch suggestive Frage, ob wir, der Rest von einigen hundert ehemaligen Interbrigadisten - Österreicher, Deutsche, Italiener, Polen, Jugoslawen, Ungarn, Tschechen und Südamerikaner - , uns nicht doch noch einmal der Regierung zur Verfügung stellen sollten, wollten wir nicht untätig zu sehen, wie sich unser Schicksal erfüllte.

In der danach folgenden Diskussion gab es einige kritische Stimmen, die auf die Aussichtslosigkeit der Lage hinwiesen. Besonders der Umstand, daß - mit einigen Ausnahmen - alle ehemaligen Offiziere und Kommissare nicht mehr an die Front gehen würden, fand einige Kritiker. Worte wie "Kanonenfutter" wurden hörbar. Hatte doch die Trennung in Mannschaft und Offiziere nach der Demobilisierung in Bisaura de Ter schon genug böses Blut gemacht. Im großen und ganzen gab es jedoch nur einen Tenor: Die Regierung ist in Gefahr; wir hatten noch einmal die Möglichkeit, Freiwillige im wahrsten Sinne des Wortes zu werden. In aller Deutlichkeit sei festgestellt, daß, auch wenn manchmal anders dargestellt, niemand zu einer Meldung gezwungen, auf niemanden auch nur psychischer Druck ausgeübt wurde. Etwa 95 % der Versammlungsteilnehmer meldeten sich zu einem neuerlichen Fronteinsatz, trugen sich noch am Versammlungsort in aufgelegte Listen ein. Die Meldungen waren also echt und spontan.

Der Riß zwischen Kampfeswilligen und Kampfesunwilligen ging allerdings quer durch die beiden maßgeblichen Parteien. Es gab Mitglieder der KPÖ und der RSÖ, die sowohl für die eine als auch für die andere Seite votierten. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht aufschlußreich, einige Worte über die immer wieder behauptete totale Überwachung durch stalinistische Apparatschiki in Spanien und auch nach dem Krieg in den jeweiligen kommunistischen Parteien zu sagen. Einer der damals nicht mehr Kampfeswilligen saß nach 1945 als die "rechte Hand" Fritz Heinrichs und Georg Nürnbergers im Kaderbüro der KPÖ in der Wasagasse. Ein anderer, Hans Elmenreich, der sich 1939 in Gurs zum Kampf gegen die SU als "Finnlandfreiwilliger" gemeldet hatte, war später Verwalter eines USIA-Gutes im Mühlviertel. Ihnen hat also ihre damalige Haltung nicht geschadet. Ob sich schon vorher die politischen und militärischen Kader, die das neu aufzustellende österreichische Bataillon in die zu erwartenden Kämpfe führen sollten, freiwillig gemeldet hatten oder bestimmt worden waren, wurde mir nicht bekannt.

Bei den RSÖ gab es in der folgenden Nacht eine Auseinandersetzung zwischen Rudolf Friemel und Hans Eichinger auf der einen sowie Hubert Mayr und Ernst Steininger auf der anderen Seite. Diese Auseinandersetzung fand in Form von Briefen ihren Niederschlag, die unmittelbar nach dem Überschreiten der Grenze nach Frankreich an die Gruppe Socialistas Alemanes y Austriacos Unidos (Vereinigte deutsche und österreichische Sozialisten) in Paris geschrieben wurden. Daß es innerhalb der KPÖ solche Auseinandersetzungen nicht gab, lag sicherlich an der Disziplin der Kader dieser Partei und der bestimmt vorhandenen Direk-



tiven Luigi Gallos und André Marty. Dies geht einwandfrei aus einem noch zu zitierenden Brief Gallos an Modesto hervor. Gegen den "Zweiten Einsatz" öffentlich zu protestieren wäre also eine Haltung gegen die Parteilinie gewesen, und wer, wenn er nicht schon parteimüde gewesen wäre, hätte dies gewagt. Es wäre auch unvorstellbar, daß Ernst Blank ohne Auftrag gehandelt hätte, weiters aus dem Umstand, daß neben Deutschen und Österreichern ja noch die anderen, noch nicht aus Spanien ausgereisten ehemaligen Interbrigadisten neuerlich zu den Waffen griffen. Wir waren also wieder Soldaten. Wir waren wieder ein österreichisches Bataillon mit Adolf Fischer (= Hugo Müller) als Kommandanten, Leo Wurzel (= Laurenz Mraz) als Politikommissar, mit den Kompanieführern Klement "Mendl" Eibisberger, Laurenz Hiebl und Viktor Suppan für die Maschinengewehrkompanie (MGK), 1. und 2. Kompanie, Julius Schindler als Bataillonsadjutant, Leo Baumann und Leo Engelmann als Kompanie-Politikommissare, Hans Hertl, Franz Gebhard (= Franz Fellner) und Josef Vocilka als Zugführer in der MGK, wobei noch zu bemerken wäre, daß kein Posten, weder bei den Offizieren noch bei den Kommissaren, doppelt besetzt wurde. Ich selbst wurde durch Fischer, den ich bereits seit Juli 1937, kurz nach meinem Eintreffen in Spanien, zuerst in der MGK des "12. Feber 34"-Bataillons, später als Kommandant im "Spezialbataillon der 35. Division", als unmittelbaren Vorgesetzten hatte, zum Bataillonsmelder auserkoren. Das alles stand aber vorerst nur auf dem Papier. Ähnlich wie die Anreise verlief auch die Abreise aus La Bisbal, das jetzt, nach dem Willen unserer Führung, die Base der Brigade war. Zurück blieben unsere bescheidenen Sachen. Man versprach, sie für uns aufzubewahren. Selbstverständlich habe ich mein Köfferchen nie wieder gesehen. Zurück blieben auch die Kampfesunwilligen. Zurück blieb eine komplette Offizierskompanie mit einem aliquoten Teil von ehemaligen Politikommissaren. Sie unterlagen dem parteiinternen Kaderschutz, der darin bestand, daß qualifizierte Leute, welche sich in den vorangegangenen Kämpfen politisch und militärisch bewährt hatten, nicht mehr zum Einsatz kamen und für spätere Aufgaben zu schonen waren. Einige verabschiedeten sich von uns. Andere wieder zogen es vor, nicht zu erscheinen. Was hätten sie auch zu sagen gehabt? Daß ihr durch den Kaderschutz sorgsam gehütetes Leben mehr wert sei als das unsrige? Ich glaube, auch sie hatten uns gegenüber kein gutes Gefühl.

Wieder transportierten uns LKWs, diesmal bereits kompanieweise und im Pendelverkehr, zum Bahnhof von Flassá. Es war der 23. Jänner 1939 spätnachmittags. Obwohl die Strecke bis Barcelona nur etwa 100 km beträgt, benötigten wir bis Gardedeu, etwa 25 km vor Barcelona, die ganze Nacht. Noch wußten wir nicht, daß Barcelona unmittelbar vor dem Fall stand. Kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof von Gardedeu hatte uns der Krieg wieder. Eine faschistische Bomberstaffel flog, aus Richtung Barcelona kommend, den Bahnhof an. Nichts wie raus aus den Waggons! Und schon rauschten die Bomben. Obwohl keinerlei Abwehr, weder in der Luft noch vom Boden aus, vorhanden war und die Bomber in "Paradeformation" fliegen konnten, waren sie Gott sei Dank schlechte Bombenschützen. Alle

Bomben schlugen links und rechts der Gleisanlagen, außerhalb des Bahnhofes, in die weichen Felder.

Nach endlos langem Warten, das nach dem vorangegangenen Bombenangriff besonders nervenzerrend war, ging es über den Bahnknotenpunkt Granollers nach La Garriga. In einer leeren Fabrik nahmen wir Quartier. Das einzige, was uns als Soldaten oder frisch "Eingezogene" auswies, waren die gerollten Decken, die wir in Form einer Schärpe, wie in der spanischen Armee üblich, um die Brust trugen. Aus der Richtung Barcelona hörte man tiefes Grollen: Artillerie und Fliegerbomben. Ansonsten herrschte verdächtige Ruhe. Es fehlte das für eine normale Etappe geschäftige Treiben der Kradmelder, Küchen- und Sanitätsautos. Von irgendwo kamen plötzlich Gewehre. Jetzt konnten wir wenigstens wieder effektive Wachen aufziehen, konnten wir uns wieder, wenn auch nur bedingt, verteidigen und uns als Soldaten fühlen.

Obwohl es außer Gewehren keine Waffen gab, wurden die ehemaligen Artilleristen, Flakkanoniere und andere Veteranen von Spezialeinheiten wieder, wenn auch nur auf dem Papier, in solche zusammengefaßt.

In einem erhalten gebliebenen Brief vom 25. Jänner 1939 an Oberst Modesto, den Chef des Ebro-Heeres, berichtete Luigi Gallo, daß in La Garriga in den nächsten Tagen etwa 2.600 Internationale konzentriert und dann zur Verfügung stehen würden. In Nationen aufgeschlüsselt handelte es sich um 450 Angehörige von Balkanvölkern, 100 Tschechen, 140 Italiener, 116 Lateinamerikaner, 880 Polen und 888 Deutsche, von denen rund die Hälfte Österreicher waren. In diesem Brief wurde weiters angekündigt, daß die neu aufzustellenden Kompanien und Bataillone nach Nationen gegliedert würden. Aus Tschechen und Balkanvölkern sollten vier Infanterie- und eine Maschinengewehrkompanie zu je 80 Mann sowie eine Artillerie-Batterie und eine Flak-Einheit aufgestellt werden. Im ganzen dachte man daran, 1800 Mann in 20 Kompanien zu organisieren.

Wie wir später feststellen konnten, war dies ein Wunschtraum. Das Projekt scheiterte an Zeit- und Materialmangel. Es war das jenes Wunschdenken, das zu allen Zeiten und in allen Armeen der Welt Generalstäbler befähigt, im Schatten der drohenden Niederlage mit nichtexistierenden Einheiten einem Optimismus zu huldigen.

Ab 26. Jänner 1939 konnte sich unsere MGK wieder als solche bezeichnen, sie bekam Maschinengewehre. Am selben Tag fiel Barcelona. Mit den MGs bezogen wir am Morgen des 28. Jänner 1939 an der Straße La Garriga - Granollers und am Steilufer des Rio Congost, auf halbem Wege zwischen den beiden Orten, Stellung. Friedlich, allzu friedlich war es jetzt. Dieser verführerische Friede sollte unserem neuen alten Brigadekommissar Ernst Blank zum Verhängnis werden. Er war zusammen mit dem Stabschef der Brigade, Gustav Szinda, im Auto von La Garriga in Richtung Granollers unterwegs, als unmittelbar nach einer Kurve ein italienisches Panzerauto auftauchte. Zum Reversieren war es zu spät. Der Schütze im Panzerauto begann zu feuern. Gustav Szinda konnte sich

schwer verletzt in unsere Linien retten, Blank und der Chauffeur hatten keine Chance.

Mit Blank war ich im Juni 1937 nach Spanien gekommen. Schon beim nächtlichen Marsch über die Pyrenäen hatte sich angedeutet, daß er als ehemaliger Reichstagsabgeordneter etwas zu sagen hatte, obwohl er damals in Spanien noch über keine Funktion verfügte. Man erkannte in ihm den Redner, der nicht anstand, Leute, die nicht hundertprozentig auf der von ihm formulierten Linie standen, abzukanzeln. Seine Baskenmütze immer ganz im Nacken tragend, im Gegensatz zu den Trägern, die der Kopfbedeckung den Namen gaben, war er später die Nummer eins in der 11. Interbrigade, speziell von uns Österreichern oder auch Holländern und Skandinavjern nicht immer geliebt, genausowenig wie Heiner Rau, aber im Gegensatz zu diesem immer respektiert. Vielleicht auch deswegen, weil man bei ihm wußte, daß er, was er sagte, auch so meinte, also niemals Wasser predigte und Wein trank. Sein Tod war hiefür die Bestätigung. Er blieb einer der wenigen Toten, die die Internationalen bei den folgenden 14 Tagen Katz- und Mausspiels, das der "Zweite Einsatz" für uns werden sollte, zu beklagen hatten. Nach dem Bekanntwerden von Blanks Schicksal räumten wir ohne jedwede Feindberührung die Stellungen und zogen uns auf einem schmalen Feldweg bis zur Verbindungsstraße La Garriga - Gardedeu in die Nähe von Canoves zurück.

Am nächsten Morgen waren wir wieder in La Garriga. Der Ort wurde an allen Einfahrtsstraßen abgeriegelt. Erstmals - sicherlich im Zusammenhang mit Blanks Tod - tauchte die Frage auf, was wir denn machen sollten, wenn der Feind mit Panzern, ja selbst nur mit Panzerautos angreifen würde. Kein allzu erhebender Gedanke. Einstweilen war das nur eine militärtheoretische Überlegung ohne praktischen Wert. Gott sei Dank.

Just in dem Augenblick, als am Abend des 29. Jänner 1939 der Befehl zum Abmarsch aus La Garriga in Richtung Vich kam, begann es zu regnen, zuerst nur leicht, aber später mit der ganzen Intensität eines katalanischen Winterregens. Auf der leicht ansteigenden Straße zog sich unsere Marschkolonnie dahin. Immer wieder kam die Ermahnung zur Eile, da man nicht wußte, ob Francos Truppen nicht schon von Manresa aus, über Caldés und Moyá kommend, Tona genommen und uns so den Weg über Vich zur Grenze abgeschnitten hatten. Als dann die Vorhut Tona und somit die Abzweigung nach Seva erreicht und die Hauptstraße nach Vich gesichert hatte, war uns - der anhaltenden Intensität des Regens zum Trotz - wohler. Züge und Kompanien suchten nun in den unbeleuchteten Häusern und Stallungen der Umgebung Schutz vor dem ungeliebten Naß.

Plötzlich tauchten einige Leute mit dicken, geräucherten Würsten und Bündeln von Zwiebeln und Knoblauch auf. Seit unserer Abfahrt von La Bisbal hatten wir unser Essen meist in Form von Konserven gefaßt, in La Garriga wieder gab es nur gekochtes Rindfleisch in einer Suppe, was Wunder, daß bei solchen Leckereien herzhaft zugegriffen wurde, bis unser

Freund und Zugsführer Hans Hertl an einen Esser die Frage stellte, von wo denn diese Sachen her wären. Als er den Herkunftsort, den Dachboden eines in der Nähe befindlichen Bauernhauses, erfuhr, gab es ein Donnerwetter. Der Hinweis, daß wir seit Tagen unregelmäßig verpflegt worden wären und in einigen Stunden, spätestens jedoch in wenigen Tagen, die Faschisten sich an diesen Sachen gütlich tun würden, wurde mit den Worten abgetan, die Leute sollten den Unterschied zwischen der Volksarmee und den Truppen Francos kennenlernen. Soweit noch nicht verspeist, mußten die Würste dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgebracht werden. Ich bin aber überzeugt, nicht alle "Organisierer" haben sich an diesen Befehl gehalten.

Bei Morgengrauen hörte der Regen auf.

Der 30. Jänner 1939 war der Sicherung der Hauptstraße durch Tona sowie der Nebenstraßen in Santa Maria de Seva gewidmet.

In der Nacht zum 31. Jänner 1939 begann jedoch ein hektisches Treiben. In aller Eile mußten die verstreut liegenden Züge und Kompanien sowie deren Vorposten eingeholt werden. Auf LKWs aus dem Fuhrpark unserer ehemaligen 35. Division, die uns wieder in den alten Verband zurückführten, ging es die steile, kurvenreiche Straße über Viladrau, San Hilario und Santa Coloma de Farnés nach Caldas de Malavella. Es gab aber wenig Grund zur Freude. Die zweieinhalb Tage, die wir in Caldas mit einigen wenigen unserer alten spanischen Kameraden verbrachten, waren Tage der Trauer und des Schmerzes. Nur mehr eine Handvoll war übrig; es waren meist Andalusier, Valencianer und Madrielen. Der Großteil unserer Kampfgefährten war in den Monaten nach unserer Demobilisierung noch bei den schweren Abwehrkämpfen im Ebro-Bogen oder später beim Rückzug durch Katalonien verwundet worden, gefallen oder verschollen. Alle waren sie Freiwillige der ersten Tage: Im Juli 1936 waren sie Milizionäre in ihren jeweiligen sozialistischen, anarchistischen oder kommunistischen Parteiformationen, später gehörten sie zu den ersten, die aus diesen Milizformationen die Einheiten der Volksarmee schmiedeten. Jahre des Kampfes und des Lernens, Jahre der Opfer schienen vergebens. Sie ließen kein gutes Haar an den Katalanen und im besonderen an den Barcelonesen. Die durch Caldas durchziehenden Zivilflüchtlinge aus Madrid und aus dem Baskenland, die der französischen Grenze zustrebten, hatten für die Katalanen nur Verachtung übrig. Nirgendwo tauchten Parolen auf - "No Pasaran" ("Sie werden nicht durchkommen") beispielsweise -, wie es 1936 in Madrid der Fall war, dafür aber die so prophetischen Worte der Pasionaria "El camino a la frontera es el camino a la esclavitud" ("Der Weg zur Grenze ist der Weg in die Sklaverei"). Noch aber war es nicht so weit.

In dem damals so bescheidenen Kurort Caldas, eingebettet zwischen sanften Hügeln und schattigen Wäldern, hatten wir für zwei Tage das Gefühl, wieder einer normalen Armee anzugehören. Das Gefühl trog. Das Auftauchen kleiner italienischer Panzer, sogenannter Tanketts, zwang uns am 3. Feber 1939 in den Mittagsstunden zum Rückzug. Wehrlos waren wir

diesem an sich harmlosen Kriegsgerät ausgesetzt. Wenn wir nur, wie in den alten Tagen, eine 4,5 Panzerabwehrkanone gehabt hätten, wäre es ein leichtes gewesen, Paroli zu bieten. Die Geschosse dieser kleinen, nur von drei Mann zu bedienenden und mit ihren Gummirädern leicht zu transportierenden Geschütze durchschlugen alle im Spanischen Bürgerkrieg eingesetzten Panzerfahrzeuge nach Belieben. So aber hieß es den Rückzug antreten.

Unmittelbarer Leidtragender war Franz Hahs. Er geriet mit seinem MG gegenüber dem Bahnhof, auf einer leicht ansteigenden Wiese liegend, in die Feuergefahr eines Tanketts und blieb mit Bauch- und Oberschenkel-durchschuß schwer verwundet liegen. Daß er mit dem Leben davonkam, verdankte er dem heutigen Apotheker von Caldas, der ihm, damals noch ein Kind, im Auftrage des Vaters täglich Milch ins Lazarett brachte, und dem Umstand, daß ihn italienische Legionäre in seinem Versteck, einem Straßendurchlaß, fanden. Sie waren es, die seine Wunden versorgten, die mordlustigen Falangisten an der sofortigen Exekution hinderten und ihn in ein ehemaliges republikanisches Feldspital brachten. Die später dort tätigen "Christlichen Nonnen" verweigerten ihm jede medizinische Hilfe.

Teils über freie Felder, teils durch die Korkeichenwälder, welche dem größeren Teil der dortigen Bevölkerung Arbeit und nur einigen wenigen Wohlstand geben, zogen wir uns in Richtung Cassá de la Selva zurück. Bis zum Einbruch der Dunkelheit hatte der Rückzug geordneten Charakter. Westlich von uns, auf der Straße Caldas - Gerona, war vereinzelt Gewehr- und MG-Feuer zu hören, südöstlich, aus der Richtung Llagostera, ebenfalls. Es wurde also, wenn schon nicht gekämpft, so doch geplänkelt. Die Frage war nur, ob die Straße Cassá de la Selva - Riudellots noch frei, also für uns passierbar war. Als wir sie erreichten, wurde zu ihrer Sicherung sofort ein MG in Stellung gebracht. Eine Notwendigkeit, wie sich bald zeigen sollte. Als wir nämlich die Straße überqueren wollten, kam in der Dunkelheit aus Richtung Cassá de la Selva eine Marschkolonne Italiener. Sollte uns nicht der Weg nach Norden abgeschnitten werden, hieß es handeln. Und der Kompaniechef "Mendl" Eibisberger aus Niklasdorf bei Leoben tat es; mit ein paar Feuerstößen trieb er die Italiener zurück.

Obwohl eigentlich kein Grund - außer der allgemeinen Unsicherheit der letzten Tage - vorhanden war, brach bei uns Panik aus. Das Bataillon löste sich im wahrsten Sinne des Wortes auf. Ungeachtet der Jahreszeit, es war schließlich die Nacht vom 3. zum 4. Feber 1939, und da kann es auch in dieser Gegend Spaniens sehr kalt sein, stürzten sich Teile des Bataillons in das knietiefe Wasser des Rio Riero, der parallel zur Straße verlief. Soviele ich mich erinnern kann, hat niemand Schnupfen bekommen, obwohl keiner eine Möglichkeit hatte, seine nassen Kleider zu trocknen. Vorerst in Grüppchen und Gruppen, später wieder in Kompanien, bei denen allerdings so mancher fehlte, ging es quer durch das Gelände. Die allgemeine Richtung nach Norden, zwischen Gerona und La Bisbal, war

bekannt. Der Witz dabei war, daß wir beim einzigen Aufeinandertreffen mit den Faschisten im Laufe des "Zweiten Einsatzes" zwar militärisch, wenn man so will, die Oberhand behielten, das Bataillon jedoch zerfiel. So fehlten vor allem beim Gros der Versprengten der Kommandant Adolf Fischer und der Kommissar des Bataillons Leo Wurzel. Knapp vor Gerona, in Quart, erreichte das Gros die Straße Cassá de la Selva - Gerona und wurde von einem Stabsoffizier des ebenfalls neu aufgestellten deutschen Bataillons in eine Nebenstraße, die eine Sackgasse war, eingewiesen. Ob Gerona für uns nicht mehr passierbar war oder ob diese Umleitung aus anderen Gründen geschah, blieb mir unklar.

Bei diesem Marsch erreichten wir nach Mitternacht in der Nähe von San Mateo de Monegro ein auf einem Hügel stehendes Bauernhaus. Tor und Fensterläden waren verschlossen. Auf das Pochen eines spanischen Politikommissars hin kam aus dem Inneren des Hauses die nicht sehr kluge Frage "Soys rojos o nuestros?" ("Seid ihr Rote oder Unsrige?") Dies sollte zu einem Drama führen. Als auf diese Frage die Antwort des Kommissars kam, daß wir selbstverständlich die Ihrigen, also Franco-Leute seien, wurde von innen der schwere Torriegel weggenommen, und der Kommissar betrat mit einigen Leuten das Haus. In der großen Bauernstube erklärte der Besitzer wortreich, wie sehr er auf das Erscheinen der Franco-Truppen gewartet hätte. Zum Beweis brachte er aus der Dachkammer zwei Deserteure der Volksarmee, die im selben Stile weiterredeten. Man hielt uns offenbar für Italiener oder Deutsche, also Francos Hilfstruppen. Als die beiden Deserteure noch dazu anfangen, darüber zu erzählen, wie sehr sie in einem KZ der Republik gelitten hätten, riß dem Kommissar die Geduld. Er holte seine bisher verborgen gehaltene Uniformkappe mit den Insignien eines Brigadekommissars hervor, setzte sie auf und erklärte: "Ich bin Brigadekommissar der Volksarmee, und das sind meine Internationalen Kameraden. Als Deserteure und Feinde der Republik werden wir über euch zu Gericht sitzen." Totenstille herrschte im Raum. Bei Kerzenlicht wurde über das Schicksal der beiden Fahnenflüchtigen und ihres Helfers befunden. Sie hatten sich nach meiner Ansicht im wahrsten Sinne des Wortes um Kopf und Kragen geredet. Vor dem Hause wurde das Urteil an den beiden Deserteuren vollstreckt, der Bauer jedoch nützte die herrschende Dunkelheit und seine Ortskenntnisse aus, sprang durch eine Hecke auf eine steile Böschung und entkam in der Dunkelheit.

Oft habe ich über diesen Vorfall nachgedacht. Hätte das Standgericht anders handeln sollen, anders handeln können? Juridisch war es ohne Zweifel im Recht, der Sachlage nach war es vielleicht sogar zu diesem Schritt gezwungen, denn jede Information über unseren Standort und unsere Stärke - besser ist die Bezeichnung Schwäche - hätte dem Gegner genützt und uns in größte Gefahr gebracht. Menschlich gesehen taten mir die beiden Deserteure damals und tun sie mir auch heute noch leid.

Am 5. Feber 1939 lagerte das Bataillon beziehungsweise das Gros desselben in der Nähe von Verges. Fischer und Wurzel waren noch immer

versprengt. Sowohl bei der Mannschaft als auch bei den Offizieren und Kommissaren herrschten tiefe Niedergeschlagenheit und offener Pessimismus. Nach Einbruch der Dunkelheit wurde eine Bataillonsversammlung abgehalten, deren einzigen Tagesordnungspunkt die Zweckmäßigkeit eines weiteren Verbleibens an der Front bildete, die faktisch keine mehr war. Die meisten Verantwortlichen - und die sich für solche hielten - entschieden sich für den sofortigen Marsch zur etwa 50 km entfernten Grenze. Hauptsprecher für diese Entscheidung waren u. a. Ludwig Beer, Ferdinand Barth und Leo Baumann. Im allgemeinen Durcheinander tauchte Fischer wieder auf. Als er zu verstehen gab, daß er nur mehr auf einen Befehl der Brigade beziehungsweise Division warten wolle, erklärte ich, bei ihm zu bleiben. Das Bataillon marschierte ab. Schon kurze Zeit nach dem Abmarsch kam ein Meldereiter und brachte den Befehl zum Rückzug, der faktisch schon durchgeführt war.

Einsam trotteten wir auf der Straße in Richtung Verges. Leichter Nebel lag über dem Ter, und ab und zu schlug ein Hund an. Bei der Brücke über den Fluß war gerade ein Pioniertrupp dabei, diese für die Sprengung vorzubereiten. Daneben stand ein Stabswagen der 35. Division und davor der Divisionär Mateo Merino und dessen Politikommissar José Maria Sastre, ein Student, beide keine 30 Jahre alt. Als Fischer ihm den selbständigen Abmarsch des Bataillons melden wollte, winkte er ab. Es war ja kurz vorher an ihm vorbeigezogen. Mit Tränen in den Augen sagte er, er hätte nicht erwartet, daß Internationale in so einer kritischen Situation die Spanische Republik im Stiche lassen würden. Tausende und Abertausende Flüchtlinge wären auf dem Weg zur Grenze; vom Widerstand der letzten kampffähigen Reste der Volksarmee hänge es ab, ob jene Frankreich und somit das "rettende Ufer" erreichen würden.

Nun hatte sich das Bataillon in den Elendszug zur Grenze, in den Zug in die Sklaverei eingereiht. Sastre informierte Fischer, daß hinter Figueras an der Straße nach La Junquera die Division eine Art Auffanglager errichtet habe. Dort würde Verpflegung ausgeteilt, noch Kampfeswillige würden auch dort gesammelt werden. Wenn wir wollten, könnten wir uns dort melden. Und so geschah es auch.

Die Pioniere nahmen uns zu diesem Sammelpunkt, einem Olivenhain westlich der Straße Figueras - La Junquera, mit. Hier trafen wir mit anderen Bataillonsangehörigen, die teilweise schon seit Caldas ihre eigenen Wege gegangen oder, besser gesagt, "gelaufen" waren, zusammen. Auf der Straße zur Grenze wurde der Flüchtlingsstrom immer stärker. Grund dafür: die Grenze war geöffnet worden. Um die Mittagszeit erschienen der Korps-Kommandant Manuel Taguena Lacorte und ein Stabsoffizier des Armeekorps sowie Leo Wurzel, um noch einmal an unsere Opferbereitschaft zu appellieren. Kein Zwang stand dabei Pate. An diesem Beispiel möge man doch endlich begreifen, wie dumm die immer wiederkehrenden Lügen vom Zwang und der angesetzten Pistole des Politikommissars sind. Das Gegenteil war der Fall, der Politikommissar mußte mit gutem Beispiel vorangehen, mußte mit Worten und Taten überzeugen. Alle

anderen negativen Beispiele sind die Ausnahme von der Regel.

Und wieder meldeten sich einige. Es waren dies unter anderen Hans Hertl, Edi Schaller, Heinrich Schubert, Laurenz Hiebl, Hans Grossegger, vulgo "Konjak-Leo", Leopold Spira, Otto Albl, Walter Wachs, Josef Voelka, Leopold Zwiefelhofer. Der Ranghöchste, Capitán Laurenz Hiebl, tat damals einen historischen Ausspruch. Als er uns abgezählt hatte, erklärte er: "47 Mann, die gleiche Anzahl wie beim Marsch der Floridsdorfer Schutzbündler zur tschechischen Grenze im Jahre 1934, und fast auf den Tag genau vor fünf Jahren." Er war damals auch dabei gewesen.

Wir hatten auf einem LKW und einem Küchenwagen, der Verpflegung nach vorne bringen sollte, Platz. Unser Ziel war der Rio Ter, dessen Brücken zwar schon gesprengt waren, der jedoch für einen Angreifer und für Verteidigungskräfte, wie wir sie jetzt zu bieten hatten, kein allzu großes Hindernis war. Nahe der Eisenbahnbrücke über den Ter bei San Jordi Desvalls bezogen wir am Nachmittag des 6. Feber 1939 Stellung. Geschlafen habe ich im Bahnhofsgebäude unmittelbar neben der Brücke auf dem nackten, eisernen Einsatz eines Bettes, da die Matratze schon jemand fortgeschafft hatte. Trotzdem schlief ich wunderbar.

Der nächste Morgen brachte herrlichen Sonnenschein und somit auch feindliche Flieger über unsere Köpfe. Da wir uns aber nicht zeigten und auf keiner Hauptstoßrichtung des Feindes lagen, blieben wir von ihnen unbehelligt. Westlich unserer Stellung, an der Hauptstraße Gerona - Figueras, gab es Gefechtslärm. Den Abschüssen und Einschlägen der Artillerie sowie den angreifenden feindlichen Flugzeugen konnten wir entnehmen, daß sich die dort kämpfenden Reste der Volksarmee in Richtung Rio Fluviá zurückzogen. Es wurde für uns wieder einmal kritisch. Sollte der Gegner seine Hauptstoßrichtung nicht nach Figueras, sondern nach San Pedro zur Küste führen, saßen wir wieder einmal in der Falle. Eigenartigerweise klappte in den letzten Tagen, je näher wir zur Grenze kamen, die Verbindung zu den Stäben, ein Meldereiter brachte uns den Rückzugsbefehl. Quer durch das Gelände, in nordwestlicher Richtung an Verges vorbei, kamen wir auf die Straße nach Torroella, und unmittelbar bei dieser Ortschaft überschritten wir den Rio Fluviá. Die Gefahr des Abgeschnittenwerdens war vorbei.

In den üppigen Gärten von Toruella wurde gelagert. Wein, Obst, Konserven sowie alles eßbare Rohgemüse, das die Gegend in reichem Maße zu bieten hatte, bescherte uns einen geradezu reich gedeckten Tisch. Abgesehen von der Gewißheit, den Krieg endgültig verloren zu haben, war die Stimmung relativ gut. Man kann auch sagen, wir fügten uns in unser Schicksal. Die Grenze war nicht mehr allzu fern, und wir wußten, daß die konservativen Kräfte Europas, vor allen Dingen in England und Frankreich, die die Spanische Republik so schändlich im Stiche gelassen, ja de facto gegen sie Partei ergriffen hatten, bald von Hitler die Rechnung präsentiert bekommen würden. Es war also eine Art Schadenfreude im Hinblick auf zukünftige Ereignisse. Noch wußten wir allerdings nicht, wie viele von uns die rettende Grenze erreichen und das Ende des bald folgenden Völ-

kermordens erleben würden.

Die kommende Nacht brachte keinerlei Probleme. Der Gegner hatte es vorgezogen, auf festem Boden, in gerader Richtung Figueras - La Junquera, zur Grenze vorzustößen; die versumpften Wiesen mit ihren vielen Wassergräben um Castelló de Ampurias boten keinen Anreiz zum Angriff, außerdem konnten die Franco-Truppen berechtigtermaßen annehmen, daß sich in diesem unwirtlichen Gebiet keine größeren Verbände des Volksherees aufhalten würden. Baumlos, nur von einer Straße nach Vilajuiga durchzogen, bot diese Gegend keinerlei Schutz, und man konnte sie mit ein paar Beobachtungsflugzeugen leicht überwachen. Nachdem Francos Truppen die Grenze erreicht hatten, fiel diesen das ganze Gebiet um Ampurias als reife Frucht in den Schoß. Wir aber, wollten wir die Grenze erreichen, mußten hier hindurch.

Es sollte der vorletzte Tag in Spanien und der letzte mit Feindberührung, wenn auch nur aus der Luft, sein. Da die einzige, bereits erwähnte Straße immer wieder von Tieffliegern mit MG-Feuer bestrichen wurde, wobei diese auf alles feuerten, was sich bewegte, zogen wir es vor, uns in "Filas de Indios" ("im Gänsemarsch"), wenn schon nicht in die nicht vorhandenen Büsche, so doch wenigstens in das manchmal brusthohe Riedgras zu schlagen. Das war sozusagen das kleinere Übel oder der sprichwörtliche "rettende Riedgrashalm", denn die zweiseitigen italienischen Tiefflieger Marke Romeo hatten am Drehkranz-MG gute Beobachter, zu unserem Glück jedoch waren sie miserable Schützen. Ihre Angriffe zwangen uns zwar in das manchmal brusttiefe Wasser der Kanäle, aber Verluste gab es keine. Da wir sowieso nur mehr in Richtung Vilajuiga, dessen Kirchturm unser Wegweiser war, marschierten, war es auch ohne Fliegernötigung notwendig, manchmal Kanäle zu durchqueren, wollten wir nicht auf Umwegen und unter Zeitverlust das Ziel erreichen. Nur beim ersten Mal wurde der Versuch unternommen, das andere Ufer mit trockener Uniform zu erreichen, hernach war das "Rein in das Wasser, raus aus dem Wasser" Routinesache.

Vilajuiga. Wie in den meisten weinproduzierenden Dörfern Spaniens gab es auch hier am Ortseingang einen Gemeinschaftskeller, in dem es nicht nur Weine verschiedenster Sorten und Güte, sondern auch Branntwein und Anischnaps gab. Ich glaube, hier habe ich das erste Mal in meinem Leben bewußt einen kräftigen Schluck Alkohol aus der Flasche getan. Mitleidig lächelnd lehnte der Kellermeister unsere Zahlungsversuche ab, wohl wissend, daß das Geld der Republik auf Spaniens Boden nur mehr für wenige Stunden Wert haben würde.

Der letzte Tag als Freiwilliger auf Spaniens Boden war angebrochen. War es wegen der Nähe der Grenze, war es, weil Franco schon jeden Schuß Munition für den Angriff auf Madrid sparen wollte, hier war es jedenfalls ruhig. Im Morgengrauen sah man links und rechts der zur Grenze führenden Straße primitive Nachtlager, manchmal nur die Gestalt eines Bauern unter einem Olivenbaum, eingewickelt in seinen Poncho, aus dem gerade noch die selbstgemachten Sandalen aus alten Autopneus hervorragten, den

Kopf mit der unvermeidlichen Boina, der Baskenmütze, bedeckt. Was bewog wohl so einen Menschen zur Flucht aus seiner Heimat? Hatte ihm die Regierung im Zuge ihrer halbherzigen Agrarreform ein Stück Land aus dem riesigen Besitz eines Granden zugewiesen, dessen unerbittliche Rache er jetzt fürchten mußte? Oder die zweifellos aus städtischem Milieu stammende Familie, die mit Hilfe eines kleinen Handkarrens ihre spärliche Habe mit sich führte - was mag das Familienoberhaupt dazu bewogen haben, den Seinen ein solches Los aufzubürden? War dieses Familienoberhaupt in einer der Gewerkschaften, in einer Volksfrontpartei tätig gewesen? Eine halbe Million Menschen auf der Flucht, und Europa rührte keinen Finger! Was waren schon die Bombentoten von Guernica, die gefallenen Internationalen vor Madrid, die hingemetzelten Milizionäre in der Stierkampfarena von Badajoz! Was war das schon - in der bürgerlichen Diktion - für ein frecher Haufen, der sich, als die damals allgemeingültigen bürgerlichen Spielregeln in seinem Lande versagten, erdreistet hatte, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen! Was waren das für anmaßende Studenten, Bauarbeiter, Bankangestellte und manchmal gerade des Lesens und Schreibens kundige Bauern, die es fertig brachten, einer im jahrelangen Drill ausgebildeten eidbrüchigen Armee und den mehr als 70.000 italienischen und 8.000 Mann deutschen Interventionstruppen Paroli zu bieten, die es in zweieinhalb Jahren zuwege gebracht hatten, zuerst Centurias (Hundertschaften), dann Bataillone, Brigaden, Divisionen und Armeekorps zu führen? In diesen Leuten sah die bürgerliche Welt für sich eine Gefahr, und für solche Leute rührte man in London, Paris, New York und speziell in Genf, am Sitz des eigentlich dazu berufenen Völkerbundes, keinen Finger.

Zurück zum 9. Feber 1939. Waren wir noch 47 Mann, die vom Lager Figueras noch einmal zum Ter gezogen waren, oder waren wir jetzt weniger oder mehr geworden durch andere Versprengte, die wir unterwegs aufgesammelt hatten? Wir zogen die steilen Serpentina der Straße von Port Bou zur Grenze hinauf. Unendlich lang zog sich der Weg, zogen sich die in den nackten, schwarzen Felsen gehauenen engen Kehren. Die bereits nur mehr wenige hundert Meter entfernte Grenze, durch französische Garde Mobile und Militär hermetisch abgeriegelt, garantierte uns Schutz. Jeder Tieffliegerangriff wäre hier verheerend gewesen; rein flugtechnisch war er ohne Grenzverletzung nicht möglich.

Nahe der schmalen Paßhöhe, die zugleich die Grenze darstellt, bot sich uns eine Überraschung, die ich heute als Operettenszene bezeichnen würde. André Marty, noch in voller Uniform der Spanischen Volksarmee, kam uns entgegen, in der Hand eine Fahne in den Farben rot-gelb-violett, den Farben der Spanischen Republik. Wir formierten uns: der Mittemann in der ersten Reihe übernahm die Fahne, und mit dem Lied der Internationalen Brigaden legten wir die letzten Meter auf spanischem Boden bis zur Grenze zurück, wobei Marty am Straßenrand unsere armelige Parade abnahm. Dann war der letzte militärische Zauber vorbei, Marty übernahm wieder die Fahne, rollte sie ein und fuhr mit einem PKW in Richtung Cerbère. Für uns aber begann das Schicksal politischer

Flüchtlinge.

Vorerst warfen wir unsere Gewehre neben dem französischen Zollhaus auf den bereits vorhandenen Waffenberg. Dann wurde jeder einzelne von uns regelrecht gefilzt, sehr im Unterschied zu anderen, in unordentlichen Haufen daherkommenden Flüchtlingen, Soldaten wie auch Zivilisten. Nachdem diese Prozedur vorbei war, bekamen wir - ebenfalls im Unterschied zu allen anderen Flüchtlingen - eine regelrechte "Ehrengarde" von einigen Garde-Mobile-Männern, die uns in geschlossener Formation zum Bahnhof von Cerbère eskortierten. Die letzten Strahlen der untergehenden Sonne begleiteten uns.

Warum sollte das alte Sprichwort, daß zum Schaden noch der Spott komme, nicht auch bei uns Anwendung finden? Vom Balkon eines der ersten Häuser von Cerbère kreischte eine hysterische, aufgetakelte Megäre in einem fort "Arriba Espana! Viva Franco!", und ein uns begleitender Garde-Mobile-Mann wollte neben seinen mangelhaften Spanischkenntnissen auch seinen feinen Sinn für Humor unter Beweis stellen, denn immer wieder fragte er leutselig "Que pasa, que pasa?" - es sollte wohl heißen: "Was ist passiert?" -, bis er von Leopold Zwiefelhofer die trockene, aber für einen Franzosen nicht sehr schmeichelhafte Antwort "Waterloo" bekam. Von da an blieb sein Mund verschlossen, und auch die Schreierin auf dem Balkon wurde mit Verachtung gestraft.

Auf unserem Marsch hatten wir immer wieder am Straßenrand ruhende Flüchtlingsgruppen, Soldaten und Zivilisten, überholt. Alle hundert Meter stand ein Garde-Mobile-Mann, dazwischen pechschwarze Senegalesen und ab und zu ein Spahi (marokkanischer Kavallerist) zu Pferd. Ich glaube, hier zeigte Frankreich wieder einmal einem Schwächeren seine zu Ende gehende imperiale Macht. Wir durften im Gegensatz zur großen Masse der Flüchtlinge nicht stehenbleiben. Was uns dieses Privileg verschaffte, weiß ich bis heute nicht. War es der Empfang durch Marty an der Grenze, war es der Umstand, daß wir als "intakte" Einheit dorthin gekommen waren, es blieb ein Geheimnis. Wie schon erwähnt, wurden wir in Cerbère aus dem allgemeinen Flüchtlingsstrom herausgelöst und auf das Bahnhofsgelände gebracht. Auf allen Rangiergleisen standen Lazarettzüge. Mit ihnen hatte man die armen Teufel, die es noch in den letzten Tagen erwischt hatte, aus Spanien gebracht. Da ich außer meiner Uniform nichts am Leibe hatte, schaute ich mich einmal in so einem Zug um. Mit Hilfe einer Krankenschwester wurde das Schlafproblem der nächsten zwei Jahre gelöst: Sie gab mir eine weiße von Blut und Urin eines Schwerverletzten verunreinigte Decke. Auf dem kalten Boden einer Verlade-rampe, bewacht von unserer "Ehrengarde", verbrachten wir vom 9. zum 10. Feber 1939 die erste Nacht in Frankreich.

Am nächsten Morgen durften wir uns wieder in den Elendszug der Küstenstraße einreihen. Banyuls, Port Vendres, Collioure - überall dasselbe Bild: Die Straße war gesäumt von Frankreichs Staatsmacht, von Polizei und Militär. Nach Collioure, in der Ebene, waren an den Straßenkreuzungen Offiziere postiert, die eine gewisse Ordnung in den Flüchtlingsstrom

bringen sollten. Ordnung war das einzige, mit dem man uns beglücken wollte. Keine Teeküchen für die am Straßenrand nächtigenden Massen. Kein Obdach für Kinder und Säuglinge. Keine freigemachten Schulen für die Alten und Schwangeren. Dafür gab es an verschiedenen Stellen der grenznahen Küste, in Saint Cyprien, Argelès, Barcarès, um nur einige zu nennen, für die Flüchtlinge ein Stück Strand, von drei Seiten mit Stacheldraht eingezäunt. Für diese Pferche gab es den sinnigen Namen "Camp d'accueil" - "Empfangslager". Hier gab es buchstäblich nichts. Oder doch? Ein großes Loch im Stacheldraht, das sich Tor nannte, durch das man wohl hinein, aber nicht mehr hinaus konnte.

Schon am nächsten Tag tauchten die Aasgeier aller geschlagenen Armeen des letzten Jahrhunderts, die Werber der Fremdenlegion, auf. In voller Wucht, demonstrierend, wie schön das Soldatenleben sein konnte, erschießen je ein Deutscher, Italiener und Spanier. Als sie von uns nicht gerade freundlich empfangen wurden, verlegten sie sich auf Lautsprecheraufrufe. Aber auch dabei ernteten sie nur Hohn und Buhrufe.

In den letzten Tagen waren etwa 50.000 ehemalige Soldaten der Spanischen Republik in den Pferch von Saint Cyprien gekommen. Wir trafen wieder auf die Zurückgebliebenen aus La Bisbal und die Leute, die aufgrund des Bataillonsbeschlusses vorzeitig die Front und über La Junquera Spanien verlassen hatten; ebenso auf einige Leichtverletzte und Kranke, welche die letzten Tage in Spanien im Spital verbringen mußten. Da der Stacheldraht für so eine Anzahl gewiefter Soldaten natürlich nur ein symbolisches und kein wirkliches Hindernis sein konnte, postierte man in kurzen Abständen Kolonialsoldaten aus Senegal, denen man anscheinend eingeredet hatte, sie hätten Schwerverbrecher zu bewachen. Bei der geringsten Annäherung an den Stacheldraht, beim geringsten Versuch, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, kam das Gewehr in Anschlag, und in ihrem gutturalen Französisch hieß es "Allez, allez, reculez", was einen kubanischen Interbrigadisten zum berühmten Lied des Rückzugs "En la ultima retirada del Ejercito del Este" mit dem Refrain "Allez, allez, reculez" inspirierte.

Innerhalb des Stacheldrahtes gab es vorläufig überhaupt keine Organisation. Sprecher der Internationalen war in den ersten Tagen Ludwig Renn. Ganz unregelmäßig kamen Armeelastkraftwagen, fuhren nahe an den Stacheldraht heran und warfen haufenweise das französische Weißbrot in die wartende, hungrige Menge. Selbst bei äußerst disziplinierten Einheiten kann man sich das Ergebnis vorstellen. Da auch alle sanitären Anlagen fehlten, gab es nur einen Platz, den Strand. Wie dieser nach einigen Tagen aussah, kann man sich vorstellen. Da aber auch die für die Lager zuständigen Militärbehörden eingesehen haben dürften, daß ein Leben unter solchen Umständen auch für die umliegenden Dörfer vom gesundheitlichen Standpunkt eine Gefahr darstellen könnte, kam die zweite Art von Militärautos. Sie brachten Schnittholz, Pfosten, Nägel, Dachpappe und einiges Werkzeug. Die Parole hieß: Laßt uns Hütten bauen! Hier zeigte sich wieder der Geist der Interbrigadisten. In Kürze standen Hütten,

manchmal war es auch nur ein Windfang, ähnlich den Hirtenhütten in der Pußta, aber man konnte die Sandlöcher, in denen man in den ersten Tagen gehaust hatte, verlassen. Mit einigen Pfosten und starken Brettern wurde ein "Donnerbalken" hinaus ins Meer gebaut, sozusagen ein echtes "Wasserklosett". Aus diesen Pioniertagen stammt auch der allen Spaniern und Internationalen, die diese Zeit mitmachten, geläufige Ausdruck "A la playa", das - frei übersetzt - dem klassischen österreichischen "Geh ..." entspricht. Der Wind fegte mit eisiger Kälte durch den Golf von Lyon und füllte alles mit Sand; selbst beim Essen einer Konserve knirschte dieser zwischen den Zähnen. Am dritten Tag bekamen wir eine Gulaschkanone. Es wurde Tee gekocht.

Das Leben der paar hundert Internationalen begann sich langsam zu normalisieren. Mit der Normalisierung kam wieder die Organisation, kam wieder die Hierarchie und kam, wie es ja in der damaligen Zeit kommen mußte, die Debatte über den "Zweiten Einsatz", dessen Wichtigkeit oder Notwendigkeit, sowie über das Versagen oder Nichtversagen der daran Beteiligten.

Heute kommt es mir vor, daß man hierbei sehr geschickt den logischen Gegensatz zwischen uns "letzten Kämpfern", die wir unsere Waffen direkt an der Grenze niedergelegt hatten, und dem Rest des Bataillons ausnützte. Ohne Zweifel waren wir, das Häuflein der "Aufrechten" - man könnte vielleicht auch der "reinen Toren" sagen - etwas "ang'fressen". Dementsprechend fiel auch das Resultat bei den durchgeführten Parteiausschlußverfahren innerhalb der KPÖ-Lagerorganisation aus. Die meisten Kompaniekommandanten und Politikommissare des "Zweiten Einsatzes" wurden aus der KPÖ wegen Versagens und Feigheit vor dem Feind ausgeschlossen. Wäre die Sache nicht so traurig gewesen und hätten nicht einige Leute zeitlebens unter diesem Makel gelitten, hätte man lachen können. Waren doch unter den "Anklägern" Leute, die erst beim Einmarsch Hitlers in Österreich den Weg nach Spanien gefunden hatten, und andererseits "Kämpfer", die während ihres ganzen Spanien-Aufenthaltes nie eine Kugel hatten pfeifen gehört. Dabei möchte ich gar nicht verschweigen, daß ich aus den angeführten Gründen eine gehörige Portion Wut im Bauche hatte und auch ich für den Ausschluß stimmte. Rückblickend mußte man sich jedoch fragen, ob es richtig war, daß der Führungsstab schon bei der Aufstellung des Bataillons für einige Leute den Kaderschutz in Anwendung brachte. Hatten jene, die durch die chaotischen Zustände an der Front verunsichert waren, nicht das Recht, sich zu fragen, ob der Einsatz noch zu rechtfertigen sei? Hatte aber nicht auch der Divisionskommissar José Maria Sastre von seinem Standpunkt aus recht, als er von der Haltung eines Teiles des Bataillons enttäuscht war? Heißt es nicht, in der Not erkennt man seine Freunde? Der "Zweite Einsatz", dessen Berechtigung und Notwendigkeit ich auch heute nicht in Frage stellen möchte, ist nur unter der Berücksichtigung der damaligen Umstände zu betrachten. Die Volksarmee war in Auflösung begriffen. Einzelne Truppenteile, wie Lister, Modesto und Taguena, kämpften an den wichtigsten Straßenkreuzungen nahe der französischen Grenze einen heroischen,

aber aussichtslosen Kampf. Manchmal war es nur ein Panzer mit einer Handvoll entschlossener Männer, die für Stunden den Weg blockierten. Und nun kamen wir, die wir schon über Monate Zivilisten gewesen waren, unzulänglich bewaffnet - und dies ist noch ein milder Ausdruck - in dieses Chaos. Es konnte nicht anders kommen. Wer will schon in den letzten Tagen eines zu Ende gehenden, noch dazu verlorenen Kampfes sterben? Ich bin stolz darauf, getreu meinem Versprechen - das Wort Eid geht mir leider schwer über die Lippen, zu viele Menschen haben ihn schon geschworen und gebrochen - dem spanischen Volk gegenüber, mein Gewehr bis zur Grenze getragen zu haben. Ich glaube aber auch, daß jene, die den Kampf schon früher für verloren und somit jedes weitere Opfer für sinnlos hielten, genauso gute Kämpfer für die gerechte Sache waren.

Sicherlich hatte André Marty nicht recht, wenn er noch am 7. Feber 1939 vor der Grenze in La Junquera die Offiziere und Kommissare des kampflos zur Grenze gekommenen Bataillons vor ein Kriegsgericht stellen wollte. Leuten aber, die, aus welchen Gründen immer, beim "Zweiten Einsatz" nicht dabei waren, obwohl sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten, spreche ich die Rolle eines moralischen Richters ab. Und wenn sie dann noch behaupten, es hätte beim "Zweiten Einsatz" keine militärischen Strukturen in Form von Bataillonen, Brigaden und Divisionen gegeben - wie effizient und mannschaftsstarke diese auch immer waren, ist eine andere Sache -, dann mögen sie die einschlägige Literatur und die spanischen Archive konsultieren. Sie können dem Schicksal oder der damaligen Führung ihrer Partei, die für sie den Quargelsturz des Kaderschutzes über sie stellte, dankbar sein. Sie mögen heute aber schweigen. Wie sie geschwiegen haben, als man in unseren Nachbarländern die Spanienkämpfer Rajk und Sling zur Richtstätte führte. Mit welchen Gedanken mögen diese Genossen zum Galgen gegangen sein? Leute, die alle Bocksprünge einer pervertierten Politik Stalins mitmachten, ja sie sogar noch der großen Masse der "gläubigen" Arbeiter "theoretisch" erklärten, haben ebensowenig ein Recht, heute noch ernst genommen zu werden, wie die "pragmatischen Politiker" einer Arbeiterpartei, die mit den geistigen Nachfolgern der Arbeitermörder von gestern koalieren.

Ludwig Beer und Leo Engelmann auf der einen, Hugo Müller und Laurenz Mraz auf der anderen Seite gaben wenige Jahre nach diesen umstrittenen Ereignissen der letzten Tage in Spanien im Kampfe gegen den Faschismus ihr Leben. Alle waren sie würdige Söhne der österreichischen Arbeiterbewegung.

PETER EPPEL

DER SCHWERPUNKT EXILFORSCHUNG IM DO- KUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHIS- SCHEN WIDERSTANDES

Einer jener mehr als 130.000 Österreicher, die ihre Heimat in den Jahren 1938-1945 verlassen mußten, ist der Hauptinitiator des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW): Herbert Steiner. Seine Tätigkeit in London als Sekretär von "Young Austria", Leiter des Exilverlages "Jugend voran", Schriftsetzer und Korrektor bei Exilschriften sowie als Sprecher bei der BBC (1) war jenem Ziel verpflichtet, dem unzählige andere österreichische Exilanten auch zustrebten - das Interesse an einem von der Landkarte verschwundenen Österreich wachzuhalten, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu unterstützen und zur Wiederherstellung eines freien demokratischen Österreich beizutragen. Nach dem Krieg studierte dann Herbert Steiner Geschichte, was insofern bezeichnend ist, als für Österreich ganz allgemein gilt, daß die ersten Anstöße zur Exilforschung in diesem Land "nicht aus dem Umfeld der Germanistik, sondern von engagierten Historikern /kamen/. Die Wiederentdeckung von emigrierten, verdrängten und vergessenen Autoren ist durchaus eine Erscheinung erst der jüngeren Vergangenheit, womit die etwas weiter zurückliegende freilich noch lange nicht 'bewältigt' ist". (2)

Seit der im Frühjahr 1963 erfolgten Gründung des DÖW gehört es zu dessen Hauptaufgaben, das österreichische Exil 1934-1945 zu erforschen, das als integrierender Bestandteil von Widerstand und Verfolgung betrachtet wird. Dabei findet auch die "Nichtprominenz" unter den Exilierten Beachtung.

Exilbestände des DÖW

Die umfangreichen Exilbestände des DÖW sind nicht in einer separaten Exilabteilung aufbewahrt, sondern in den verschiedenen Beständen des Archivs zu finden: in der Dokumentensammlung, der Bibliothek, im Schnittarchiv, in der Sammlung "Periodika, Flugblätter, Streuzettel und Broschüren betreffend illegale Propaganda und alliierte Kriegspropaganda (1933-1945)" sowie in der Photosammlung; kleinere Exilbestände gibt es auch in der ständigen Ausstellung "Der österreichische Freiheitskampf", in der Sammlung "Erzählte Geschichte" und in der Mikrofilmsammlung.

In die Dokumentensammlung des DÖW wurden, wie das älteste Eingangsbuch beweist; von Anfang an Dokumente des Exils aufgenommen, wohingegen die 1949 gegründete Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main, "um zusätzliche Nachlaßzersplitterung zu vermeiden /... erst/ Ende der sechziger Jahre /dazu übergang/, gezielt ungedrucktes

Material, insbesondere Briefsammlungen, zu erwerben". (3) Der Vermittlung österreichischer Auslandsvertretungen, dem Entgegenkommen ausländischer Archive, Schenkungen von Organisationen und Einzelpersonen sowie systematischen Nachforschungen im Zuge der wissenschaftlichen Großprojekte des DÖW verdankt dessen Dokumentensammlung u. a. wertvolle Bestände aus den Nachlässen von Raoul Auernheimer, Richard Beer-Hofmann, Wilhelm Boerner, Joseph Buttinger, Martin Fuchs, Irene Harand, Robert Heine-Geldern, Leopold Hornik, Otto Leichter, Alma Mahler-Werfel, Robert Neumann, Willibald Plöchl, Josef Redlich, Heinrich Schnitzler, Maximilian Schreier, Robert Stolz, Friedrich Torberg, Robert Uhler, Ernst Karl Winter, Walter Wodak, Otto Zelenka und Stefan Zweig. Im Falle des Nachlasses von Robert Neumann war es beispielsweise so, daß dieser über Vermittlung des DÖW von der Österreichischen Nationalbibliothek erworben werden konnte, während das DÖW hierfür Kopien von der Korrespondenz Robert Neumanns erhielt; oder im Falle der bedeutenden Exilsammlung Joseph Buttingers wurden dem DÖW umfangreiche Originalmaterialien, insbesondere Korrespondenzen betreffend die Hilfstätigkeit des Ehepaares Mary und Joseph Buttinger für bedrohte Emigranten, überlassen. Die Dokumentensammlung enthält im wesentlichen Ausbürgerungslisten, Manuskripte der Österreichsendungen des US-Informationsdienstes in London (1944/45) sowie der BBC, Programme des ebenfalls in London spielenden österreichischen Exil-Kabarets "Laterndl", Schulungsmaterial aus sowjetischen Antifa-Lagern, in denen Österreicher unterrichtet (1944/45), sowie Korrespondenzen von Exilanten mit dem Kulturstadtrat Viktor Matejka, der erstere in einer leider einmalig geliebten Art und Weise zur Rückkehr aufforderte (1946/47). (4) Die meisten Exildokumente des DÖW aus der Zeit vor 1938 betreffen Österreicher in der CSR, in der Sowjetunion und im Spanischen Bürgerkrieg. Das Gros der Exildokumente des DÖW aus dem Zeitraum 1938-1945 bezieht sich auf die österreichische Emigration in Großbritannien, Frankreich, USA, UdSSR, Schweden, Belgien, Niederlande, Lateinamerika und China. Als Findmittel zur Benützung der Dokumentensammlung des DÖW dienen eine Namenskartei, die alle in den Akten genannten Personen umfaßt, und ein fortlaufender Katalog, wobei es sich empfiehlt, die auf Grund der Namenskartei herausgefundenen Aktenzahlen mit dem fortlaufenden Katalog zu vergleichen, um "unnötige" Akten mittels genauerer Angabe ausscheiden zu können.

Die Bibliothek des DÖW umfaßt eine einzigartige Sammlung von Büchern, Broschüren, Katalogen, Zeitungen und Zeitschriften, die ebenfalls vorwiegend dem österreichischen Exil zugehören. Unveröffentlichte Autobiographien und seltene Exemplare von Exilromanen stehen hier neben der neuesten Sekundärliteratur zur Exilforschung. Erhalten hat das DÖW die Exilpublikationen beispielsweise aus jener New Yorker Studienbibliothek, die Joseph Buttinger ab 1940 aufbaute, und zwar "durch den Erwerb vieler Privatbibliotheken von Deutschen und Österreichern, die schon länger in den Vereinigten Staaten lebten, oder auch von Flüchtlingen, die Deutschland und Österreich zu einer Zeit verlassen hatten, als

es noch möglich war, einen Teil ihrer Habe mitzunehmen". (5) Hugo H. Price übergab dem DÖW seine umfangreiche Bibliothek als Ganzes. Einzelne Werke wurden dem DÖW u. a. aus den New Yorker Exilverlagen von Alois Engländer und Frederick Ungar sowie aus dem Jerusalemer Exilverlag Willi Verlags überlassen, der, wie Engländer, nach Wien zurückgekehrt ist. Die Tatsache, daß das DÖW über die - nicht nur in Österreich - bedeutendste österreichische Exilsammlung verfügt, ist nicht zuletzt seinen größtenteils im Original erhaltenen österreichischen Exilzeitungen und Zeitschriften aus mehr als 20 Ländern zu verdanken. Die Bibliotheksbestände des DÖW sind in einer Autorenkartei, einer Schlagwortkartei und einem Standortregister erschlossen. Die Schlagwortkartei umfaßt u. a. die Schlagworte "Exilliteratur", "Deutsche im Exil" und "Österreicher im Exil", wobei die "Österreicher im Exil" nach Ländern unterteilt sind. Darüber hinaus sind die Exilzeitungen des DÖW in einem gedruckten Katalog mit dem Titel "Periodika 1933-1945. Untergrund - Exil - Alliierte" erfaßt, der die Konzentration auf österreichische Untergrundpresse und Exilzeitungen widerspiegelt, aber auch "Illegale deutsche Zeitungen und deutsche Emigration 1933-1945" erfaßt.

Das Schnittarchiv des DÖW bietet Exilforschern einerseits abgeschlossene Ausschnittsammlungen englischer, amerikanischer sowie kanadischer Zeitungen und Zeitschriften aus dem Besitz von Robert Heine-Geldern, Robert Neumann, Willibald Plöchl und Josef Redlich, andererseits mehrere tausend Ausschnitte, die laufend aus in- und ausländischen Zeitungen ergänzt werden. Die abgeschlossenen Zeitungsausschnittsammlungen sind Problemen der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit gewidmet und teils chronologisch, teils thematisch geordnet. Jener weit umfangreichere Teil des Schnittarchivs, der laufend ergänzt wird, enthält u. a. biographisches Material über Exilanten, das in zahlreichen "Bildende Kunst", "Literatur" bzw. "Theater, Musik, Film" betitelten Ordnern jeweils alphabetisch gereiht ist.

Die Sammlung Periodika, Flugblätter, Streuzettel und Broschüren betreffend illegale Propaganda und alliierte Kriegspropaganda (1933-1945) umfaßt u. a. von den Alliierten unter Beteiligung österreichischer Exilanten speziell für Österreich verfaßte Flugblätter sowie Flugblätter aus dem Spanischen Bürgerkrieg. Benützern ist diese Sammlung vor allem durch thematische und chronologische Karteien erschlossen.

Was die umfangreiche Photosammlung des DÖW zum Thema Exil zu bieten hat, ist einer Namenskartei, einem fortlaufenden Katalog bzw. den Photomappen "Emigration nach Staaten - Übersee" und "Emigration nach Staaten - Europa" zu entnehmen.

In der ständigen Ausstellung "Der österreichische Freiheitskampf" sind zahlreiche Museumsgegenstände über das österreichische Exil 1934-1945, in der Galerie des DÖW Kunstwerke von Siegfried Charoux, Benedikt Dolbin, Georg Eisler, Hans Escher, Otto Flatter, Carry Hauser, Axel Leskoschek, Curt Konrad Loew, Oskar Ko-

koschka, Heinrich Sussmann u. a. zu besichtigen. Die Kontakte des DÖW zu ehemaligen Emigranten werden keineswegs nur, aber auch dadurch gepflegt, daß ein Besuch der ständigen Ausstellung des DÖW auf dem Besuchsprogramm steht, wenn Emigranten von offizieller Seite zu einwöchigen Besuchen der alten Heimat eingeladen werden.

Die Sammlung "Erzählte Geschichte" des DÖW geht hauptsächlich auf ein gemeinsam mit dem Institut für Wissenschaft und Kunst durchgeführtes Projekt zurück, in dem die persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen von Widerstandskämpfern und Verfolgten aus der Zeit 1934-1945 mittels Interviews erfaßt werden, um damit historisch wertvolles Material zu sichern. Auf den bislang erworbenen mehr als 1000 Kassetten, Tonbändern und Schallplatten des DÖW sind u. a. Berichte der Exilanten Robert Bauer, Richard Berczeller, Maria Berl-Lee, Elisabeth Freundlich, Irene Harand, Gina Kaus, Leopold Kohr, Bruno Kreisky, Albert Loewy, Eduard März, Robert Neumann, Elisabeth Neumann-Viertel, Otto Preminger, Robert Stolz, Maria Trapp und Karl Werner sowie alliierte Rundfunksendungen für Deutschland und Österreich zu hören.

Von der relativ kleinen Mikrofilsammlung des DÖW ist vor allem der Bestand "Selected Documents from the Papers of F. D. Roosevelt concerning US-Austrian Relations 1938-1945, microfilmed at the F. D. Roosevelt Library, Hyde Park, New York" hinsichtlich des österreichischen Exils interessant. Die Verfilmung von Exilzeitungen wurde zwar mit der "Austro American Tribune" und dem "Zeitspiegel" begonnen, ist aber noch nicht weit gediehen.

Benützung - Entlehnung - Kopierung

Sämtliche erwähnten Materialien und Hilfsmittel können im Leseraum (9 Arbeitsplätze) des DÖW von Montag bis Donnerstag 9-17 Uhr benützt werden. Der zuständige Sachbearbeiter, Peter Eppel, sowie der wissenschaftliche Leiter, Wolfgang Neugebauer, und seine Mitarbeiter stehen jederzeit zur Beratung zur Verfügung. Eine Entlehnung von Akten ist nicht, jene von Büchern in begründeten Ausnahmefällen möglich. Kleinere Kopieraufträge können jederzeit durchgeführt werden.

Mit wesentlicher Materialunterstützung des DÖW wurden seit 1966 u. a. folgende wissenschaftliche Arbeiten zum Thema "Exil" abgeschlossen:

KLUSACEK, Christine: Österreichische Wissenschaftler und Künstler unter dem NS-Regime. Wien u. a.: Europa Verl. 1966

FRICK, Karl: Umdenken hinter Stacheldraht. Österreicher in der UdSSR. Wien u. a.: Europa Verl. 1967

MAREINER, Hilde: "Zeitspiegel". Eine österreichische Stimme gegen Hitler. Wien u. a.: Europa Verl. 1967

- SCHEU, Friedrich: Die Emigrationspresse der Sozialisten 1938 bis 1945. Wien u. a.: Europa Verl. 1968
- SPIEGEL, Tilly: Österreicher in der belgischen und französischen Résistance. Wien u. a.: Europa Verl. 1969
- GROSSBERG, Mimi: Österreichs literarische Emigration in den Vereinigten Staaten 1938. Wien u. a.: Europa Verl. 1970
- LETTNER, Johann: Aspekte der österreichisch-jüdischen Emigration in England 1936-1945. Phil. Diss. Salzburg 1972
- LINK, Benjamin: Die österreichische Emigrantenpresse in den Subkulturen von New York City 1942 bis 1948. Phil. Diss. Salzburg 1972
- VOGELMANN, Karl: Die Propaganda der österreichischen Emigranten in der Sowjetunion für einen selbständigen österreichischen Nationalstaat (1938-1945). Phil. Diss. Wien 1973
- MAIMANN, Helene: Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938-1945. Wien u. a.: Böhlau 1975
- SCHWAGER, Ernst: Die österreichische Emigration in Frankreich in der Zeit vom "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 bis zum Kriegsende 1945. Phil. Diss. Wien 1979 (eine überarbeitete Fassung erschien 1985 bei Böhlau)
- HEINZ, Karl Hans: Ernst Karl Winter. Österreichs Rufer und Warner. Dokumentation. Wien 1980
- MAIMANN, Helene: Exil als Lebensform. In: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1979. Wien: Löcker Verlag 1980. S. 9-56.
- Österreicher im Exil von 1934 bis 1945. Linz: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich o. J.

Als Beispiel für Radio- bzw. Fernsehsendungen, die unter maßgeblicher Verwendung von Materialien des DÖW zum Thema "Exil" gestaltet wurden, sei Franz Richard Reiters fünfteilige Serie "Harret aus. Österreich wird wieder frei! Radio als Waffe 1938-1945" erwähnt. Sie wurde zwischen 1. und 29. Oktober 1985 im ersten Programm des Österreichischen Rundfunks gesendet. Um Beispiele für die Art des Interesses anderer Benützer der Exilbestände des DÖW - Schüler, Studenten, Wissenschaftler und Journalisten - zu geben, seien einige der in letzter Zeit bearbeiteten Forschungsthemen angeführt: "Joseph Roth", "Situation der österreichischen Schriftsteller im Exil", "Die Heimkehr" oder "Emigranten in Shanghai".

Daß das Interesse an der Beschäftigung mit dem österreichischen Exil in den letzten Jahren zugenommen hat, ist eindeutig und dürfte nicht zuletzt auf einschlägige Veranstaltungen und Publikationen des DÖW zurückzuführen sein.

Exilprojekte des DÖW

Eine der wichtigsten Initiativen auf dem Gebiet der österreichischen Exilforschung bedeutete sicherlich das im Juni 1975 vom DÖW gemeinsam mit der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur in Wien abgehaltene Internationale Symposium zur Erforschung des österreichischen Exils 1934-1945. 105 Historiker und Literaturwissenschaftler diskutierten mehr als 50 Referate über politische und kulturelle Aspekte der Emigration. Das "Protokoll des internationalen Symposiums zur Erforschung des österreichischen Exils von 1934 bis 1945" wurde von den Veranstaltern 1977 herausgegeben und ist mittlerweile vergriffen. Anlässlich des Exilsymposiums 1975 wurde vom DÖW die Ausstellung "Österreicher im Exil 1934-1945" erarbeitet, die seither als Wanderausstellung in aller Welt gezeigt werden konnte und noch immer gerne verwendet wird.

An einschlägigen Sonderexpositionen organisierte das DÖW in den vergangenen Jahren u. a. Ausstellungen über "Kabarett und Satire im Widerstand 1933-1945", Theodor Kramer, Otto Leichter, Robert Neumann, Heinrich Sussmann, André Verlon (Willy Verkauf) und versuchte sowohl bei Ausstellungseröffnungen als auch bei den Jahresversammlungen des DÖW mittels Lesungen an das Schaffen exilierter Autoren zu erinnern. Die stärkere Berücksichtigung der Phänomene Emigration und Exil im Schulunterricht förderte das DÖW beispielsweise durch die Mitarbeit an jenen unter dem Namen "Medienkoffer" erscheinenden Unterrichtsmaterialien. (6) Einen "Jugendwettbewerb 1986" für Jugendliche in ganz Österreich hat das DÖW so ausgeschrieben, daß die Aufmerksamkeit der Teilnehmer in der Alterskategorie 17 bis 20 Jahre auf das österreichische Exil der Jahre 1938-1945 hingelenkt wird.

Die Verbindung zwischen Exilforschung und Lehre wird von einzelnen Mitarbeitern des DÖW durch das Abhalten einschlägiger Lehrveranstaltungen an den Universitäten Wien bzw. Salzburg, durch Vortragsreisen und durch regelmäßige Kontakte mit interessierten Ordinarien hergestellt. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte in München plant das DÖW einen die Bereiche Kunst und Wissenschaft betreffenden Österreich-Band des "Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigranten nach 1933".

Das größte Vorhaben des DÖW im Bereich der Exilforschung ist jedoch das Forschungsprojekt "Österreicher im Exil 1934-1945". Es geht auf einen Forschungsauftrag zurück, der dem DÖW Ende 1980 vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erteilt wurde, und bezweckt die systematische, wissenschaftliche Dokumentierung des österreichischen Exils in Form einer kommentierten Quellenedition vorwiegend unpublizierten und wissenschaftlich kaum ausgewerteten Quellenmaterials nach dem Vorbild der vom DÖW herausgege-

benen Reihe "Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern". "In dieser Arbeit sollen das Schicksal und die Aktivitäten jener 130.000 Österreicher dokumentiert werden, die aus politischen oder 'rassischen' Gründen ihre Heimat verlassen mußten und einen nicht geringen Beitrag zum Wiedererstehen Österreichs, aber auch zum Ansehen Österreichs in der Welt leisteten." (7) In der nach Kontinenten bzw. Ländern gegliederten Reihe wird für jeweils ein Drittel des Umfangs die Form der Darstellung, ansonsten die Form der auszugswisen Präsentation von Dokumenten gewählt. Inhaltliche Schwerpunkte bilden: "Grundzüge der Exilpolitik der einzelnen politischen Gruppen; Exilpolitik und Krieg - Kriegserwartungen bzw. Verhältnis der einzelnen Gruppen zu ihrem Aufnahmeland, zum Krieg und zum Widerstand in der Heimat; Teilnahme von Österreichern am aktiven (militärischen und zivilen) Widerstand in okkupierten Aufnahmelandern; Verhältnis der Exilgruppen zueinander - Koalitionen und Dachorganisationen; Nachkriegskonzeptionen für Österreich und Europa (Unabhängigkeit, nationale Frage); Kulturarbeit der Organisationen, Mitwirken an der alliierten Propagandakriegsführung; Hilfeleistungen für Nachkriegsösterreich; Rückkehr oder endgültige Integration in das Aufnahmeland." (8) Das Schwergewicht der Projektarbeit liegt auf der Dokumentation. Es geht im Sinne von "Grundforschung" um die Erschließung von Quellenmaterial für wissenschaftliche Fragestellungen und weitere Arbeiten. Als hauptsächliche Quellen dienen die Exilbestände des DÖW, zur Ergänzung solche aus dem US-Department of State, dem Public Record Office, London, den National Archives, Washington/D. C., dem Leo Baeck Institute, New York, der Deutschen Bibliothek, Frankfurt am Main, der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, dem Institut für Zeitgeschichte, München, und französischen Archiven. Neben vorwiegend unpubliziertem Material werden auch Autobiographien und literarische Texte wie Gedichte und Ausschnitte aus erzählender Prosa herangezogen. Jedes Dokument wird mit einem "Kopf" versehen, "der die ursprüngliche Bezeichnung des Dokuments nach Möglichkeit exakt wiedergibt; insbesondere /wird/ auf die Anführung der Art des Dokuments (Brief, Bericht, Aussage, Artikel, Interview usw.), des Urhebers, des Adressaten, des Betreffes (Inhalts) und des Datums Wert gelegt". (9) Nicht nur mit der Form der Dokumentation wird mit dem Projekt "Österreicher im Exil 1934-1945" wissenschaftliches Neuland betreten. Man hat nämlich "die österreichische Emigration bisher in fast allen Veröffentlichungen der Exilforschung (ob aus der BRD, der DDR oder den USA) vernachlässigt bzw. unter dem Oberbegriff der deutschen Emigration subsumiert, ohne dabei auf die unterschiedlichen Zielsetzungen und spezifischen Bedingungen einzugehen. Diese Leerstelle zu füllen ist ein Ziel unseres Projektes". (10) Die Bände der Reihe "Österreicher im Exil 1934-1945" erheben nun keineswegs den Anspruch, als die umfassende Geschichte des österreichischen Exils verstanden zu werden. Beabsichtigt ist vielmehr eine exemplarische, zugleich aber ausgewogene Dokumentierung der jeweils wesentlichen Aspekte. Um der Vielfalt von Standpunkten und Erfahrungen gerecht werden zu können, konstituierte sich am 5. März 1981 in den Räumen des DÖW eine wissenschaftliche Kommission, die sich aus Histori-

kern, Germanisten und vor allem ehemaligen Emigranten aus Politik, Wissenschaft und Kunst zusammensetzt. (11) Als erster Band in der Reihe "Österreicher im Exil 1934-1945" erschien im Herbst 1984 jener über Frankreich, der Beiträge von Kristina Schewig-Pfoser und Ernst Schwager enthält, wobei Ulrich Weinzierl als Koordinator und Bearbeiter fungierte. Bereits bei dieser Publikation hat es sich bewährt, daß die Kommission "beratend tätig war, außerdem jedoch bei der Endredaktion der einleitenden Gesamtdarstellung durch Ergänzungen und Korrekturen aktiv wurde". (12) Gegenwärtig liegt das Manuskript der Einleitung Gundl Herrstadt-Steinmetz' für den Band über Belgien zur Einsicht auf. Der Belgien- und der Spanien-Band werden 1986 erscheinen, die Reihe soll 1987 mit den Bänden über Großbritannien und die USA fortgesetzt werden. Alle, die erwähnten und die für die fernere Zukunft geplanten Dokumentationsbände der Reihe "Österreicher im Exil 1934-1945" werden vom DÖW im Österreichischen Bundesverlag herausgegeben.

ANMERKUNGEN

- 1 Arbeiterbewegung - Faschismus - Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, hg. von Helmut Konrad und Wolfgang Neugebauer, Wien-München-Zürich 1983, S. 417.
- 2 Ulrich Weinzierl, Zur Problematik des österreichischen Exils und seiner Erforschung, in: Österreichische Exilliteratur in den Niederlanden 1934-1940, Red. Patricia Balzer, Leiden 1985.
- 3 35 Jahre Exilliteratur 1933-1945 in der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main. Ein Beitrag zur Geschichte der Exilforschung in der Bundesrepublik Deutschland, hg. von Günther Pflug, Frankfurt 1984, S. 183.
- 4 Vgl. Viktor Matejka, Widerstand ist alles. Notizen eines Unorthodoxen, Wien 1984, S. 190 ff.
- 5 Joseph Buttinger/Muriel Gardiner, Damit wir nicht vergessen. Unsere Jahre 1934 bis 1947 in Wien, Paris und New York, Wien 1978, S. 156.
- 6 Siehe insbesondere Medienkoffer 1: Österreichische Zeitgeschichte 1938-1955, hg. von Peter Dusek, Gerhard Jagschitz, Wolfgang Neugebauer und Ulrich Weinzierl, Wien 1980.
- 7 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Bedeutung - Entwicklung - Tätigkeit, hg. vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1982, S. 36.
- 8 Ebenda, S. 37.

- 9 Österreicher im Exil. Frankreich 1938-1945. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien-München 1984, S. 3.
- 10 Ebenda, S. 1.
- 11 Vgl. Nachrichtenbrief Nr. 3, Dezember 1984, S. 29.
- 12 Österreicher im Exil. Frankreich 1938-1945. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien-München 1984, S. 2.

PETER EPPEL

FERIENSPIEL - AKTION "FRIEDE IST MEHR" - JUGENDWETTBEWERB 1986 DES DOKUMENTATIONSARCHIVS DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES ZUM THEMA "HOLOCAUST"

Im Sommer 1985 beteiligte sich das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) am Wiener Ferienspiel nicht nur mit dem üblichen Angebot, nämlich fachkundigen Führungen durch die ständige Ausstellung "Der österreichische Freiheitskampf". Erstmals wurde den vorwiegend jugendlichen Besuchern im Anschluß an die Führung auch die Möglichkeit gegeben, Tonband-Interviews mit ehemaligen KZ-Häftlingen zu machen, Lieder aus Verfolgung und Widerstand zu lernen und bei einem Fragebogen-Gewinnspiel mitzutun. Eine Frage lautete zum Beispiel: "Wieviele Menschen sind im Zweiten Weltkrieg umgekommen: 7,5 Millionen (ebensoviele Einwohner hat Österreich) oder 54 Millionen (mehr als siebenmal sovjet)?" Das Sonderangebot bewährte sich so sehr, daß das DÖW vom Landesjugendreferat Wien nachdrücklich aufgefordert wurde, 1986 auch am Winter- sowie am Semester-Ferienspiel mitzuwirken. Jener Teil des "Sonderprogramms", der Kurt Hahns Darbietung über Lieder aus Verfolgung und Widerstand beinhaltet, wurde in erweiterter Fassung von der Österreichischen Phonotheek aufgezeichnet.

Im Rahmen der im Herbst 1985 vom Wiener Stadtschulrat gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien durchgeführten Aktion "Friede ist mehr" wurde das Sonderprogramm des DÖW wiederum von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichster Herkunft besucht. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe kamen sie aber nicht einzeln bzw. in Ausnahmefällen mit älteren Verwandten, sondern klassenweise. Wie die Kinder der Allgemeinen Sonderschule Wien 22, Meißnergasse 1, den "Besuch unserer Klasse im DÖW" erlebten, fand dabei in Form von Kinderzeichnungen seinen Niederschlag. Die engagierte Lehrerin, Frau Maria Klausner, ließ mit Hilfe dieser und anderer Zeichnungen ihrer Schüler einen Kalender drucken. Diese verkauften ihren (!) Kalender am Advent-Flohmarkt, "Profil" berichtete darüber am 2. Dezember 1985.

Um die Auseinandersetzung Jugendlicher mit den erschreckenden Folgen des Nationalsozialismus noch mehr zu fördern, führt das DÖW 1986 (Einsendeschluß: 31. Juli) mit Hilfe des von Ernie Goldblum zur Erinnerung an seine Eltern Elias und Mariem Esther Goldblum - zwei der unzähligen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus - gestifteten "Goldblum-Fonds" einen Aufsatzwettbewerb durch, bei dem u. a. eine achttägige Israelreise zu gewinnen ist. Zu den Teilnahmebedingungen gehört der Besuch der Ausstellung "Der österreichische Freiheitskampf" im DÖW, gefragt wird in der Alterskategorie 13 bis 16 Jahre "Gründe, warum im

'Dritten Reich' Widerstand geleistet wurde", in der Alterskategorie 17 bis 20 Jahre "Warum sind Österreicher und Österreicherinnen in den Jahren 1938-1945 ins Exil gegangen, und was haben sie dort gemacht?" Publizität wird diesem Aufsatzwettbewerb u. a. die Jugendredaktion des ORF verschaffen. Arbeiten und Spenden (Creditanstalt Wien 21-44376, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) werden unter dem Kennwort "HOLOCAUST-Jugendwettbewerb 1986" vom DÖW dankbar entgegengenommen.

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

JAHRESBERICHT 1985

Jahresversammlung 1985

Die traditionelle Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) am 12. März 1985 stand im Zeichen der 40. Wiederkehr des Jahrestages der Befreiung Österreichs vom Faschismus. Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport Dr. Herbert Moritz gedachte in seiner Festrede der Opfer des Faschismus und des Widerstandskampfes und würdigte die Verdienste jener, die aus den Trümmern des Jahres 1945 die Zweite Republik in demokratischem Geist errichteten.

Burgschauspieler Wolfgang Hübsch trug Gedichte von Ingeborg Bachmann, Erich Fried und Heinrich Steinitz vor, für die musikalische Umrahmung sorgte der ÖGB-Chor unter Leitung von Prof. Erich Weiss.

Vorstand

Bei der an den Festakt anschließenden Jahresversammlung des Kuratoriums wurde Landtagspräsident i. R. Hubert Pfoch einstimmig als Präsident des DÖW wiedergewählt. Folgende Persönlichkeiten gehören dem neugewählten Vorstand an: Ehrenpräsidenten: NR-Präs. a. D. Prof. Dr. Alfred Maleta und Bürgermeister a. D. KR Bruno Marek; Vizepräsidenten: Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock, NR a. D. Rosa Jochmann, Domvikar Prof. OStR Msgr. Josef Pinzenöhler, Sekt. Chef Dr. Kurt Skalnik und Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner; Kassier: Gen. Dir. i. R. KR Dr. Paul Schärf; Stellvertretender Kassier: LAbg. i. R. Dr. Ludwig Soswinski; weitere Mitglieder: Archiv-Dir. Univ. Prof. Dr. Felix Czeike, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, Präs. Hofrat Dr. Ivan Hacker, Univ. Prof. Präl. Dr. Franz Loidl, Hofrat i. R. Hans Marsalek, Präs. Heinz Mayer, Abg. z. NR Ing. Ernst Nedwed, Reg. Rat Franz Pernauer, Gesandter Doz. DDr. Robert Prantner, Univ. Prof. Dr. Eduard Rabofsky, OMR Dr. Kurt Scholz, Leitender Sekretär Alfred Ströer, Univ. Prof. Dr. Erika Weinzierl, Oberrat i. R. Mag. Dr. Josef Windisch, Wissenschaftlicher Leiter und Sekretär Dr. Wolfgang Neugebauer.

Der Kontrolle gehören an: Geschäftsführer i. R. Franz Forster, Prof. Dr. Jonny Moser, Ing. Kurt Pordes. Neu in das Kuratorium wurden aufgenommen: Dir. Dr. Erich Fröschl, Dr. Winfried Garscha, Dr. Wolfgang Maderthaler, Mag. Meinrad Pichler, Hofrat Dr. Georg Schmitz, Mag. Rainer Stepan, Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, Peter Turrini.

Im Berichtsjahr betrauernten wir das Ableben unseres Vorstandsmitgliedes

Regierungsrat Franz Pernauer, Obmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, sowie unserer Kuratoriumsmitglieder Dir. i. R. Hofrat Dr. Walter Schwarzer, Prof. Carry Hauser, LG Präs. i. R. Dr. Robert Skorpil, BM a. D. Dr. Franz Korinek.

Stiftung Dokumentationsarchiv

Die Tätigkeit des Vereins Dokumentationsarchiv erfolgt in engstem Einvernehmen mit der seit Anfang 1984 in vollem Umfang tätigen Stiftung.

Dem Stiftungsrat, der von Vertretern der Stifter Republik Österreich, Stadt Wien und Verein DÖW gebildet wird, gehören an: Vorsitzender: Landtagspräsident i. R. Hubert Pfoch; Stellvertretende Vorsitzende: BM a. D. Dr. Hertha Firnberg, Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock; Schriftführer: Leitender Sekretär Alfred Ströer; Kassenschatz: LAbg. i. R. Dr. Ludwig Soswinski; weitere Mitglieder: Gemeinderat Rudolf Edlinger, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, Bürgermeister a. D. KR Bruno Marek, amtsführender Stadtrat Franz Mrkvicka, Oberrat DDr. Franz Pichler, Domvikar Prof. OStR Msgr. Josef Pinzenöhler, seit Oktober 1985 Dr. Evelyn Klein; Wissenschaftlicher Leiter: Dr. Wolfgang Neugebauer.

Dem Kontrollausschuß gehören an: Vorsitzender: Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner; Stellvertretende Vorsitzende: Min. Rat Dr. Rudolf Horak, OMR Dr. Werner Sejka; weitere Mitglieder: Bezirksvorsteher Ing. Heinrich Heinz, Min. Rat Dr. Leopold Rettinger, Oberrat i. R. Mag. Dr. Josef Windisch.

Ausstellungen

1985 wurde die ständige Ausstellung des DÖW in der Bürgerstube des Alten Rathauses, "Der österreichische Freiheitskampf", von annähernd 11.000 Personen besucht, darunter zahlreiche Schulklassen, Polizei- und Gendarmerieschüler, Jugendgruppen aus dem In- und Ausland sowie Botschafter und offizielle Delegationen aus dem Ausland. Insgesamt wurde die Ausstellung bisher von mehr als 80.000 Interessierten besucht.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Sonderausstellungen gezeigt: "Arbeiten und Dokumente aus den beiden Leben des bildenden Künstlers Heinrich Sussmann", "Kabarett und Satire im Widerstand 1933-1945", "Robert Danneberg (1885-1942)".

Die nunmehr als Plakatmappe vorliegende Wanderausstellung des DÖW wurde von zahlreichen Schulen und Organisationen erworben. Die in zwei Exemplaren vorhandene Wanderausstellung "Der österreichische Freiheitskampf" entlehnten folgende Institutionen: Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus Oberösterreich, Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Sacre Cœur Pressbaum, Integrierte Gesamtschule Herzgasse, Wien 10., Kulturverein und Stadtgemeinde Vöcklabruck, Ju-

gendwohnheim Ober St. Veit, Hauptschule Spallartgasse, Wien 14., BG und BRG Gottschalkgasse, Wien 11., Erzbischöfliches Amt für Unterricht und Erziehung, SPÖ Bezirksorganisation Zwettl, Josefstadt, Margareten, Penzing (Sektion 21), Liesing, Brigittenau, Rudolfsheim, SPÖ Tirol bzw. Innsbruck, Bundesbildungssekretariat der SPÖ.

Die Wanderausstellung "Österreicher im Exil" wurde an der Universität Passau gezeigt.

Die vom DÖW betreute Gedenkstätte im ehemaligen Haus der Gestapo am Morzinplatz (heute Leopold-Figl-Hof) wurde renoviert und verzeichnete ebenfalls sehr guten Besuch.

Archiv, Bibliothek, Sammlungen

Als Folge der wissenschaftlichen Projekte des DÖW konnten auch im vergangenen Jahr die Bestände des DÖW beträchtlich erweitert werden. Das Archiv verfügt gegenwärtig über rund 180 Laufmeter (etwa 22.000 eingearbeitete) Akte. Eine wertvolle Bereicherung erfuhren die DÖW-Bestände durch Akten des Volksgerichtshofes Berlin über Verfahren gegen 760 Österreicher, die das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR dem KZ-Verband übergab. Letzterer überließ dem DÖW diese Materialien zur Archivierung. Die Bibliothek umfaßt zum Zeitpunkt der Berichtslegung ungefähr 16.500 Titel. Auf 8500 Stück ist die Sammlung illegaler Druckwerke angewachsen. Die Fotosammlung beinhaltet 17.000 Bilder, die Plakatsammlung ungefähr 1700 Exemplare. Im Laufe des Projektes "Erzählte Geschichte" konnte ein umfangreicher Bestand an Interviews mit Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus angelegt werden, der laufend weiter ergänzt wird. Bisher wurden rund 260 Personen befragt, die Interviews liegen sowohl als Tonbandkassette als auch in Abschrift auf. Die Mikrofilmsammlung erschließt hauptsächlich Bestände ausländischer Archive, während die Dokumentarfilmsammlung des DÖW u. a. vom ORF häufig benutzt wird. Die Zeitungsausschnittsammlung wird ständig aus in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften ergänzt; Schwerpunkte sind Widerstand, Verfolgung, Exil, Rechtsextremismus, wobei vor allem die letztgenannte Thematik auf großes Interesse stößt. Sämtliche Sammlungen sind durch Karteien und Kataloge erschlossen. Die Weiterführung und ständige Ergänzung der Sammlungen und Kataloge stellt eine der Hauptarbeiten für unsere Mitarbeiter dar. Die Bestände des DÖW wurden 1985 von 710 Benutzern, in der Mehrzahl von Studenten und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland, für wissenschaftliche Arbeiten herangezogen, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um ungefähr 50 % entspricht (schriftliche Anfragen nicht mit inbegriffen).

Benützerstatistik

Gesamt absolut	710
Berufsgruppen	
Journalisten, Theater, Rundfunk	15,4 %
Studenten, Wissenschaftler	62,3 %
Sonstige	22,3 %
	<u>100,0 %</u>
Regionale Herkunft	
Wien	64,5 %
Bundesländer außer Wien	19,2 %
Ausland	16,3 %
	<u>100,0 %</u>
Zweck	
Seminar-, Proseminararbeiten	23,2 %
Diplom-, Hausarbeiten, Dissertationen,	
Habilitationen, Forschungsaufträge	16,4 %
Zeitungsartikel	12,2 %
Ausstellungen, Theater, Film, Fernsehen, Rundfunk	17,0 %
Buchveröffentlichungen	12,0 %
Sonstige	19,2 %
	<u>100,0 %</u>
Themen	
"Ständestaat", Nationalsozialismus	59,4 %
Rechtsextremismus	12,4 %
Österreicher im Exil	6,4 %
Sonstige	21,8 %
	<u>100,0 %</u>

Dieser Zuwachs an Benützern ergibt sich nicht zuletzt aus dem wesentlich erhöhten Angebot an universitären Lehrveranstaltungen zu Fragen Widerstand, Verfolgung und Exil. Auch für zahlreiche Ausstellungen des Jubiläumsjahres 1985 sowie Film- und Fernsehproduktionen wurden Materialien des DÖW verwendet. Auf dem Xerox-Gerät wurden seit der letzten Berichtslegung ungefähr 125.000 Kopien angefertigt, mit einem zweiten Gerät wird nach wie vor außer Haus kopiert.

Wissenschaftliche Vorhaben und Publikationen

Die wissenschaftlichen Arbeiten an den Dokumentationen über Widerstand und Verfolgung in österreichischen Bundesländern 1934 bis 1945 konnten dank großzügiger Förderung u. a. von Seiten des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und mehrerer Landesregierungen erfolgreich fortgesetzt werden. Die Arbeiten an den Dokumentationen Niederösterreich und Salzburg schreiten zügig voran. Zahlreiche Kapitel der Niederösterreich-Arbeit sind bereits gesetzt, das Werk wird 1986 in drei Bänden mit rund 2000 Seiten präsentiert. Für die Dokumentation über Salzburg wurden im Berichtszeitraum bereits die ersten Kapitel für den Druck eingerichtet. Die Bearbeitung der Bundesländer Steiermark, Kärnten und Vorarlberg wird einen Arbeitsschwerpunkt für die Zukunft darstellen.

Auch die Arbeit an dem zweiten Großprojekt des DÖW, der Dokumentation "Österreicher im Exil", konnte im Berichtszeitraum fortgeführt werden. Im Frühjahr 1986 wird die Arbeit über Belgien der Öffentlichkeit vorgestellt, für Juli 1986, anlässlich des 50. Jahrestags des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkriegs, ist die Präsentation der Dokumentation "Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg" vorgesehen. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte in München wird im DÖW der Österreicher-Band des "Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933" bearbeitet.

Im Rahmen des vom DÖW und dem Institut für Wissenschaft und Kunst getragenen Projekts "Erzählte Geschichte" wird eine neue Publikationsreihe des DÖW erstellt. Der erste Band, Arbeiterbewegung, konnte im Spätherbst 1985 veröffentlicht werden, 1986 und 1987 werden je ein Band über das christlich-konservative Lager und aus sogenannten "rassischen Gründen" verfolgte zusammengestellt.

Die beschämenden Ereignisse rund um die Überstellung des Kriegsverbrechers Walter Reder nach Österreich nahm das DÖW zum Anlaß, eine Informationsbroschüre über die Vorgänge in Marzabotto und die Nachkriegsgeschichte Walter Reders anhand des im DÖW aufliegenden Dokumentenmaterials zusammenzustellen. Die Broschüre wurde gemeinsam mit dem von Helmut Zobl gestalteten Geschenk der Stadt Wien für Marzabotto im DÖW präsentiert.

Erstmals ab 1986 gibt das DÖW ein Jahrbuch heraus, das vor allem kleinere wissenschaftliche Arbeiten, Referate und Vortragstexte von Mitarbeitern, Vorstands- und Kuratoriumsmitgliedern enthält. Ab nun ist die alljährliche Zusammenstellung eines solchen Jahrbuches geplant, und wir laden unsere Vorstands- und Kuratoriumsmitglieder ein, uns dafür bisher unpublizierte Texte zur Verfügung zu stellen.

Ende 1984 konnte eine Neuauflage der Schallplatte "Zum Tode verurteilt" mit Texten aus dem gleichnamigen Buch von Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner und einem Vorwort von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk (zu

jener Zeit Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport) im DÖW präsentiert werden. Der Text der Platte ist auch auf Tonbandkassette erhältlich.

Sonstige Aktivitäten

Seit Februar 1972 konnten bis Ende 1985 bereits 73 Folgen unserer "Mitteilungen" herausgegeben werden. Die Auflage beträgt ungefähr 2800 Stück, wobei rund die Hälfte an Bezieher im Ausland, zum größten Teil wissenschaftliche Institute und Forscher, versandt wird. Die "Mitteilungen", die eine für den Kontakt zwischen dem DÖW und seinen Freunden wichtige Funktion erfüllen, können auf Wunsch kostenlos bezogen werden.

Das DÖW arbeitet auch in der vom DÖW-Kuratoriumsmitglied Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka geleiteten "Gesellschaft für politische Aufklärung" mit. Im Berichtszeitraum wurde gemeinsam mit der Gesellschaft eine Enquete zum Thema "Wiederbetätigung und Rechtsordnung" durchgeführt, die auch in der Presse breites Echo fand.

Zahlreiche Mitarbeiter und Kuratoriumsmitglieder des DÖW stellen sich laufend als "Zeugen der Zeit" und Referenten für die Aufklärungsaktion des Unterrichtsministeriums in den Schulen zur Verfügung. Weiters nahmen zahlreiche Vorstands- und Kuratoriumsmitglieder sowie Mitarbeiter an wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen im In- und Ausland teil, legten Referate vor oder hielten Vorträge. Darüber hinaus beteiligte sich das DÖW an verschiedenen Veranstaltungen bzw. arbeitete mit gleichgesinnten Organisationen und Institutionen zusammen. In Kooperation mit der Stadt Wien wurde das DÖW mit seiner ständigen Ausstellung und einem Sonderprogramm für junge Menschen zwischen 13 und 19 Jahren in das Wiener Ferienspiel einbezogen. Ebenso beteiligte sich das DÖW an einem Projekt des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien "Friede ist mehr".

Die Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH), die seit 21 Jahren regelmäßig in Linz Konferenzen abhält, hat im DÖW ihren Sitz. In den Projektteams des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung betreffend "Zeitgeschichte" und "Geschichte der Arbeiterbewegung" sowie in der wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich ist das DÖW durch den wissenschaftlichen Leiter Dr. Wolfgang Neugebauer, Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner sowie mehrere Kuratoriumsmitglieder vertreten. Das DÖW arbeitet aktiv im Internationalen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges mit. Des weiteren ist das DÖW im Verband österreichischer Geschichtsvereine und im Verband österreichischer Archivare Mitglied.

Aufgrund der ständigen Erweiterung der Bestände des DÖW mußte infolge des immer drückender werdenden Platzmangels ein Umbau vorgenommen werden. Mit Hilfe einer in den Nebenräumen des DÖW eingezogenen Zwischendecke konnte ein neuer Raum für Bücher und Archivalien ge-

schaffen werden (ca. 900 Laufmeter).

Der Vorstand dankt allen für die geleistete Arbeit und Unterstützung. Er wird bemüht sein, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes weiter auszubauen.

DIE AUTOREN

DU WEN TANG

Prof. der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, Peking

PETER EPPEL

Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

ERICH FRIED

Schriftsteller, London

BRIGITTE GALANDA

Mag. rer. soc. oec., Mitarbeiterin des DÖW, Wien

SIEGWALD GANGLMAIR

Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

HANS LANDAUER

Mitarbeiter des DÖW, Ober-Waltersdorf

HERBERT MORITZ

Dr. phil., Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport

WOLFGANG NEUGEBAUER

Dr. phil., Wissenschaftlicher Leiter des DÖW, Wien

NORBERT SCHAUSBERGER

o. Prof. für neueste österreichische Geschichte an der Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

Bisher erschienen:

WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN WIEN 1934-1945Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H., Wien, 3 Bände, Wien 1975, 2. Auflage, Wien 1983
Ladenpreis je Band: Karton S 280,-**WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IM BURGENLAND 1934-1945**Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H., Wien, 1 Band, Wien 1979, 2. Auflage, Wien 1983
Ladenpreis: Karton S 250,-**WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN OBERÖSTERREICH 1934-1945**Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H., Wien, Oberösterreichischer Landesverlag, Linz, 2 Bände, Wien 1982
Ladenpreis je Band: Leinen S 350,-/Karton S 250,-**WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN TIROL 1934-1945**Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H., 2 Bände, Wien 1984
Ladenpreis je Band: Leinen S 350,-/Karton S 250,-**ÖSTERREICHER IM EXIL - FRANKREICH 1938-1945**Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H., Wien, Wien 1984
Ladenpreis: Leinen S 250,-/Karton S 200,-**ERZÄHLTE GESCHICHTE****Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten
Band 1: Arbeiterbewegung**Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H., Wien, Wien 1985
Ladenpreis: Leinen S 280,-/Karton S 200,-

RECHTSEXTREMISMUS IN ÖSTERREICH NACH 1945

Österreichischer Bundesverlag, Wien
5. überarbeitete und ergänzte Auflage, Wien 1981
Ladenpreis: S 265,-

AM BEISPIEL WALTER REDER

Die SS-Verbrechen in Marzabotto und ihre "Bewältigung"

Verfasser: Christian S. Ortner
Herausgeber: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
Wien 1986
Ladenpreis: S 40,-

In Vorbereitung:

WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN NIEDERÖSTERREICH 1934-1945

Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H.,
Wien, 3 Bände, Erscheinungstermin: Ende 1986
Ladenpreis je Band: Leinen S 350,-/Karton S 250,-

FÜR SPANIENS FREIHEIT

Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936-1939

Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H.,
Wien, 1 Band, Erscheinungstermin: Sommer 1986

ÖSTERREICHER IM EXIL - BELGIEN 1938-1945

Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H.,
Wien, Erscheinungstermin: Herbst 1986
Ladenpreis: Leinen S 180,-/Karton S 140,-

ERZÄHLTE GESCHICHTE

Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten

Band 2: Christlich-konservatives Lager

Band 3: Rassische Verfolgung

Österreichischer Bundesverlag, Wien/Jugend und Volk Verlagsges. m. b. H.,
Wien, Erscheinungstermin: Herbst 1986 bzw. 1987
Ladenpreis je Band: Leinen S 280,-/Karton S 200,-

**Bibliothek
Dokumentationsarchiv
des österreichischen
Widerstandes**

**Die Bank zum Erfolg. Erfolg
ist nicht nur Geld. Menschliche
Werte sind für uns Maßstab
des Handelns. Damit wollen
wir mit unseren Kunden
und für unsere Kunden
den Weg zum Erfolg gehen.
CA, die Bank zum Erfolg.**



CREDITANSTALT